



DEMOKRATIEBERICHT zur Lage der politischen Bildung in Nordrhein-Westfalen

Politische und demokratische Lebenswelten der
nordrhein-westfälischen Bevölkerung



Impressum

Herausgeberin:

Landeszentrale für politische Bildung Nordrhein-Westfalen
im Ministerium für Kultur und Wissenschaft
Völklinger Straße 4, 40219 Düsseldorf

Veröffentlichung: Oktober 2021

Redaktion: Dr. Guido Hitze, Jannika Schlitt, Dr. Karina Hauke-Hohl

Wissenschaftliche Begleitung und Analyse: Prof. Dr. Thomas Goll

Gestaltung, Satz und Lektorat: Kreativ Konzept, Bonn

Durchführung der repräsentativen Umfrage: forsa Politik- und Sozialforschung GmbH

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

damit Demokratie kein abstraktes Konzept bleibt, sondern vielmehr die Lebenswelt der Menschen bestimmt, müssen demokratisches Handeln und ein demokratisches Bewusstsein unseren Lebensalltag prägen. Es ist die Aufgabe von politischer Bildung, das demokratische Bewusstsein der Menschen in Nordrhein-Westfalen und die demokratische Kultur im Land zu fördern.

Unsere Demokratie steht vor großen Herausforderungen und unter großem Druck: Die Bewältigung der Corona-Pandemie und von deren Folgen, Angriffe von demokratiefeindlichen Bewegungen, gesamtgesellschaftliche Probleme wie Rassismus, Antisemitismus und Rechtsextremismus – es ist offensichtlich, dass unsere Demokratie tagtäglich verteidigt werden muss. Damit dies gelingt, darf Demokratie keine Floskel oder Redensart, sondern muss unsere gemeinsame Lebenswelt und unser Handeln prägendes Konzept sein.

Im Mai 2019 hat der Landtag von Nordrhein-Westfalen die Landesregierung gebeten, einen regelmäßigen Demokratiebericht als Instrument zur Stärkung der Demokratiebildung sowie der politischen Bildung vorzulegen. Ich sehe in der Bitte des Parlaments eine willkommene Initiative. Besonders freue ich mich, dass diese Initiative eine fraktionsübergreifende ist und somit von der großen demokratischen Mehrheit des Parlaments getragen wird. Mit dem Demokratiebericht haben wir in Nordrhein-Westfalen die Möglichkeit, anhand einer empirischen Grundlage konkrete Bedarfe für weiteres politisches Handeln aufzuzeigen und dadurch die Demokratie und die Weiterentwicklung der Angebote politischer Bildung zu stärken.

Eine erfolgreiche politische Bildung vermittelt mehr als nur reines Wissen über das Politische: Sie motiviert die Menschen, sich aktiv in das gesellschaftliche und politische Leben einzubringen und ermutigt dazu, Beteiligung und Selbstwirksamkeit zu erleben. Hier in Nordrhein-Westfalen existiert eine lebendige und plurale Landschaft der politischen Bildung mit einer Vielzahl an engagierten Akteurinnen und Akteuren, die die Menschen in Nordrhein-Westfalen bei der Herausbildung einer demokratischen Haltung unterstützen und ihre politische Urteils- und Handlungsfähigkeit fördern. Diese Landschaft der politischen Bildung in Nordrhein-Westfalen hat in den vergangenen Monaten der Pandemie Großartiges geleistet. All denjenigen, die sich auch und gerade in der Pandemie für die Stärkung der Demokratie eingesetzt haben, möchte ich an dieser Stelle meinen großen Dank und meinen Respekt aussprechen.

Ich freue mich sehr, mit diesem ersten Demokratiebericht zur Lage der politischen Bildung in Nordrhein-Westfalen den ersten Meilenstein in einer Reihe von Demokratieberichten setzen zu können. Damit leisten wir einen Beitrag zur Zukunftsfähigkeit der Demokratie.

Ich hoffe auf eine breite gesellschaftliche Diskussion und wünsche viel Freude beim Lesen!

Klaus Kaiser

*Parlamentarischer Staatssekretär
im Ministerium für Kultur und Wissenschaft des Landes Nordrhein-Westfalen*



© MKW/Bettina Engel-Albustin

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

die Veröffentlichung des ersten Demokratieberichts fällt zusammen mit dem 75-jährigen Jubiläum des Landes Nordrhein-Westfalen sowie der Landeszentrale für politische Bildung. 1946 hat der erste Ministerpräsident Nordrhein-Westfalens, Rudolf Amelunxen, die heutige Landeszentrale für politische Bildung gegründet – damals noch unter dem Namen „Staatsbürgerliche Bildungsstelle“. Sein Ziel, *„die Mitbürger für die Demokratie zu gewinnen, von der Notwendigkeit der Demokratie zu überzeugen und für die Demokratie zu begeistern“* (vgl. Amelunxen 1946, zitiert nach Courts 1994: 20), hat an Bedeutung und Aktualität keineswegs verloren. Seit 75 Jahren setzt sich die Landeszentrale für politische Bildung dafür ein, demokratisches Bewusstsein und politische Partizipation zu fördern.

Mit dem Demokratiebericht liegt uns nun ein Instrument zur weiteren Stärkung der Demokratie vor, das uns konkrete Anhaltspunkte liefert, um politische Bildungsangebote zu vertiefen und weiterzuentwickeln. Der erste Demokratiebericht schafft die Grundlage für weitere Berichte mit unterschiedlichen Schwerpunkten. Er folgt daher nicht dem Anspruch eines abgeschlossenen Formats, sondern möchte auch Fragen aufwerfen, an welchen Stellen tiefergehende Betrachtungen notwendig sind.

Ein Teil des Berichts stellt die Ergebnisse einer repräsentativen Umfrage unter der Bevölkerung Nordrhein-Westfalens ab 14 Jahren dar. Insgesamt zeichnen die Ergebnisse kein „alarmierendes“ Bild von der Haltung der Menschen zur Demokratie. Gleichmaßen machen die Ergebnisse deutlich, wie viel Arbeit noch vor politisch Bildenden in Nordrhein-Westfalen liegt. So zeigt sich, dass Demokratie bisher insbesondere als Staatsform von den Menschen im Land getragen wird, während Demokratie weitaus weniger als Haltung und Lebensform verstanden wird.

Darüber hinaus muss politische Bildung konkrete Bedrohungslagen für die Demokratie, die in diesem Bericht nicht den Schwerpunkt bilden, stärker in den Blick nehmen. So stellen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus weiterhin die größten Bedrohungen für die Sicherheit im Land dar. Gleichzeitig sind derzeit auch hybride Formen des Extremismus zu beobachten, die sich in die Mitte der Gesellschaft tragen und dort ein Geflecht bilden, das die demokratische Ordnung aus verschiedenen Perspektiven angreift. Beispielhaft ist hier das Nebeneinander von extremistischen und Friedenssymbolen auf Corona-Demos zu nennen: Neben „Reichskriegsflaggen“ und anderen rechtsextremen Symbolen waren dort auch Regenbogenfahnen und Friedenstauben zu sehen. Hier liegen unter anderem die maßgeblichen Zukunftsaufgaben, an deren Bewältigung sich auch die politische Bildung in Nordrhein-Westfalen messen lassen muss.

Die politische Bildungslandschaft in Nordrhein-Westfalen wird auch angesichts der genannten Herausforderungen und Bedrohungslagen nicht müde, die Menschen für das Demokratielernen und -leben zu begeistern – ganz im Sinne des ersten Ministerpräsidenten des Landes Nordrhein-Westfalen.

Ich wünsche Ihnen gute und ermutigende Erkenntnisse bei der Lektüre!

Dr. Guido Hitze

Leiter der Landeszentrale für politische Bildung Nordrhein-Westfalen



© MKW/Philipp Sanke

Auf einen Blick

Dieser erste Demokratiebericht soll als Grundlage für die Weiterentwicklung und Stärkung der Demokratie sowie der politischen Bildung dienen. Er zeigt, dass eine funktionierende Struktur mit einer Vielzahl an Akteurinnen und Akteuren der politischen Bildung in Nordrhein-Westfalen vorhanden ist. Gleichwohl muss diese Struktur gestärkt und ausgebaut werden. Gleichzeitig liefert der Bericht anhand der politischen und demokratischen Lebenswelten der nordrhein-westfälischen Bevölkerung Anhaltspunkte für die Weiterentwicklung politischer Bildungsangebote und somit für die Stärkung der Demokratie:

- **Die Lebenszufriedenheit unter der Bevölkerung Nordrhein-Westfalens ist stark ausgeprägt:** Eine große Mehrheit der Menschen in Nordrhein-Westfalen ist mit den heutigen Lebensbedingungen und Lebensverhältnissen zufrieden. Noch zufriedener sind die Menschen mit ihrer persönlichen Lebenssituation.
- **Das Idealbild einer Demokratie scheitert an der politischen Realität:** Die Menschen in Nordrhein-Westfalen sind mit der Demokratie, so wie sie im Grundgesetz festgelegt ist, zufriedener als mit der demokratischen Praxis.
- **Demokratische Alltagskompetenzen sind ausbaufähig:** Während die verfassungsrechtlichen Aspekte einer Demokratie, wie zum Beispiel Rechtsstaatlichkeit, Gewaltenteilung, Presse- und Meinungsfreiheit, häufiger als zwingende Bestandteile einer Demokratie angesehen werden, gilt das weniger häufig für lebensweltliche Aspekte einer Demokratie, wie zum Beispiel Kompromissfähigkeit, Chancengleichheit oder Respekt vor Andersdenkenden.
- **Das politische Geschehen auf Bundes- und Landesebene prägt die Lebenswelt der Menschen im Land:** Rund drei Viertel der Befragten interessieren sich jeweils stark oder sehr stark für das politische Geschehen auf Bundes- sowie auf Landesebene.
- **Große Offenheit für Partizipation an politischen Beteiligungsformen:** Gleichwohl dominieren niederschwellige und kurzfristige Partizipationsformen. Zeitlich aufwändige und mit persönlichem Engagement verbundene Möglichkeiten werden seltener genutzt. Nichtsdestotrotz war oder ist mehr als die Hälfte der Befragten ehrenamtlich aktiv.
- **Das politische Informationsverhalten der Menschen spiegelt die jeweiligen Lebensrealitäten:** Über politische Themen informieren sich ältere Menschen in Nordrhein-Westfalen nach wie vor hauptsächlich über das Fernsehen, die jüngeren Befragten informieren sich häufiger im Internet und den sozialen Medien.
- **Die von der Bevölkerung genannten Herausforderungen korrespondieren mit ihrer als existenziell empfundenen Bedeutung:** Die größten Herausforderungen für Deutschland sehen die Befragten in der Bewältigung der Corona-Pandemie, dem Klimawandel, der wirtschaftlichen Stabilität, der Migration und Integration von Zugewanderten. Für Nordrhein-Westfalen spielt auch das landeshoheitliche Thema Bildung und Schule eine große Rolle. Mehr als neun von zehn Befragten finden es zudem wichtig, dass beim Vorgehen gegen Rassismus, Antisemitismus und jede Form von Extremismus in den nächsten Jahren Verbesserungen erreicht werden.

- **Klassische Rollenbilder bestimmen das Themeninteresse der Befragten:** So interessieren sich Frauen häufiger für die Themen Bildung und Schule, Männer für den Bereich Wirtschaft und Finanzen.
- **Kennen und nutzen die Menschen im Land politische Bildungsangebote?** Je höher der Bildungsabschluss der Befragten, desto eher kennen die Befragten Institutionen, die politische Informationsangebote zur Verfügung stellen. Dabei werden die Angebote der Landeszentrale für politische Bildung häufiger von Jüngeren und von Menschen mit formal höherer Bildung nachgefragt.
- **Die Auseinandersetzung mit der jüngeren sowie der Zeitgeschichte hat eine hohe Relevanz für die Menschen in Nordrhein-Westfalen:** Rund drei Viertel der Befragten haben schon einmal eine Gedenkstätte oder ein zeitgeschichtliches Museum besucht oder können sich einen Besuch vorstellen.

Inhaltsverzeichnis

Ein Demokratiebericht als Grundlage zur Stärkung der politischen Bildung.....	11
A. Politische Bildung in Nordrhein-Westfalen – ein Überblick	15
1. Rahmenbedingungen politischer Bildung in Nordrhein-Westfalen	16
1.1 Was ist politische Bildung?	16
1.2 Landschaft der Träger und Einrichtungen politischer Bildung in Nordrhein-Westfalen	18
1.2.1 Akteure politischer Bildung in freier Trägerschaft	19
1.2.2 Staatliche Akteure politischer Bildung	22
2. Angebote politischer Bildung der Landesregierung	23
2.1 Politische Bildung im Elementarbereich	23
2.2 Politische Bildung im Schulbereich.....	23
2.3 Politische Bildung in der Kinder- und Jugendhilfe	24
2.4 Politische Bildung im außerschulischen Bereich.....	25
2.5 Politische Bildung in der Aus-, Fort- und Weiterbildung	25
2.6 Politische Bildung und Präventionsmaßnahmen.....	26
B. Politische Bildung vor dem Hintergrund der politischen und demokratischen Lebenswelten der Menschen in Nordrhein-Westfalen.....	29
1. Wahrnehmung des politischen Systems und der Lebensverhältnisse	29
1.1 Zufriedenheit mit den Lebensverhältnissen.....	30
1.2 Zufriedenheit mit der Demokratie	31
2. Was macht eine Demokratie aus?.....	33
3. Teilnahme und Interesse am politischen Leben.....	37
3.1 Politisches Interesse	37
3.2 Politische Beteiligung.....	39
3.3 Ehrenamtliches Engagement	43
3.4 Kontakte mit politischen Mandatstragenden	44
4. Das politische Informationsverhalten der Menschen im Land	45
5. Die größten Herausforderungen aus Sicht der Bevölkerung.....	47
5.1 Die größten Herausforderungen für Deutschland und Nordrhein-Westfalen.....	47
5.2 Problemprioritäten.....	50

6. Diese Themen interessieren die Menschen in Nordrhein-Westfalen.....	53
7. Kennen und nutzen die Menschen im Land politische Bildungsangebote?	55
7.1 Kenntnis über Institutionen als Informationsquelle	55
7.2 Nutzung von Angeboten der politischen Bildung	57
7.3 Nutzung der Angebote der Landeszentrale für politische Bildung Nordrhein-Westfalen	61
C. Handlungsmöglichkeiten zur Weiterentwicklung der politischen Bildung in Nordrhein-Westfalen	63
Literaturverzeichnis.....	70
Abbildungsverzeichnis	73
Anhang	74
1. Politische Bildungsangebote der für Bildungsfragen zuständigen Ressorts.....	74
2. Fragebogen der repräsentativen Umfrage	89
3. Soziodemografische Merkmale der Befragten	95



Ein Demokratiebericht als Grundlage zur Stärkung der politischen Bildung in Nordrhein-Westfalen

Demokratie ist keine Selbstverständlichkeit. Demokratie existiert nicht von alleine. Demokratie muss gelernt, gelebt und kontinuierlich gefestigt und verteidigt werden. Demokratie braucht Demokratinnen und Demokraten. Dazu bedarf es einer politischen Bildungslandschaft, die dazu beiträgt, dass demokratisches Handeln erfahren, geübt, gelernt und umgesetzt werden kann. Denn politisch gebildete Menschen, die von der Möglichkeit zur Nutzung demokratischer Mitwirkungs- und Gestaltungsräume Gebrauch machen, sind eine wichtige Basis der Demokratie. Politische Bildung ist somit ein essenzieller Bestandteil einer freien und offenen Gesellschaft, weil sie eine streitbare und wehrhafte Demokratie stärkt (vgl. Bundesministerium des Innern 2020).

Auch vor diesem Hintergrund forderten die Fraktionen der CDU, der SPD, der FDP und von Bündnis 90/DIE GRÜNEN die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen am 14. Mai 2019 dazu auf, regelmäßig einen „Demokratiebericht zur Lage der politischen Bildung vorzulegen“ (LT-Drs. 17/6245 2019: 3). Der Antrag wurde am 23. Mai 2019 in der 58. Sitzung des Landtags Nordrhein-Westfalen gegen die Stimmen der Fraktion der AfD gebilligt (PIBPr 17/58 2019). Mit dem regelmäßig erscheinenden Bericht liegt künftig eine Beratungsgrundlage für den federführend zuständigen Hauptausschuss sowie andere interessierte Ausschüsse vor, der Veränderungen im Zeitverlauf und im Wandel der politischen Kultur aufzeigen kann.

Für die Erstellung des Berichts ist die Landeszentrale für politische Bildung Nordrhein-Westfalen verantwortlich. Als überparteilich arbeitende Einrichtung hat sich die Landeszentrale in den vergangenen Jahrzehnten insbesondere in der Demokratiebildung sowie der strukturellen Förderung der politischen Bildungslandschaft in Nordrhein-Westfalen profiliert. Programme, Projekte und Maßnahmen in diesem Bereich der politischen Bildung werden fortlaufend weiterentwickelt und an aktuelle gesellschaftliche Herausforderungen angepasst.

Dieser Bericht bildet den Auftakt einer regelmäßigen Berichterstattung zum Stand der Demokratie und zur Lage der politischen Bildung in Nordrhein-Westfalen. In den nächsten Jahren folgen weitere Berichte, um aktuelle Aspekte und neue Schwerpunktthemen zu ergänzen und Entwicklungen im Zeitverlauf zu beobachten. Dies erscheint schon deshalb notwendig, weil es nicht möglich ist, in diesem ersten Demokratiebericht abschließend auf die Vielfalt und den Umfang politischer Bildung in Nordrhein-Westfalen einzugehen. Der vorliegende Bericht dient daher als Grundlage für eine kontinuierliche Weiterentwicklung der gesamten politischen Bildung in Nordrhein-Westfalen in den nächsten Jahren.

In diesem ersten Bericht liegt der Fokus auf dem Status quo staatlich verantworteter Angebote sowie aktueller Herausforderungen politischer Bildung in Nordrhein-Westfalen. Er macht unter anderem deutlich, inwiefern politische Bildung das Zusammenspiel von Demokratie als Staats- und Lebensform stärken kann.

Wie ist politische Bildung in Nordrhein-Westfalen organisiert? Welche Rolle spielt politische Bildung bzw. die Beschäftigung mit politischen Themen in der alltäglichen Lebenswelt der Menschen in Nordrhein-Westfalen? Welchen Herausforderungen sieht sich die politische Bildung gegenübergestellt und wie können diese bewältigt werden?

Der Demokratiebericht möchte sich den Antworten auf diese Fragen nähern. Dafür braucht es Kenntnisse über die Menschen im Land, über ihre Einstellungen und Themeninteressen, über ihre politischen und demokratischen Lebenswelten. Diese sollen Aufschluss darüber geben, ob politische Bildung die Menschen in Nordrhein-Westfalen erreicht und an welchen Stellen angesetzt werden muss, um sie noch stärker in ihrer jeweiligen Lebenswirklichkeit abzuholen und bei der Herausbildung einer demokratischen Haltung zu unterstützen. Denn: Politische Bildungsarbeit hilft niemandem, wenn sie diejenigen, die sie ansprechen will, trotz aller Mühen letztlich nicht erreicht. Schließlich soll der Bericht Bedarfe zur Weiterentwicklung bestehender Angebote sowie

zur Entwicklung zusätzlicher Angebote politischer Bildung identifizieren und Handlungsmöglichkeiten aufzeigen.

Klar ist: Nicht alle drängenden gesellschaftspolitischen Fragen können vom vorliegenden, ersten Demokratiebericht aufgegriffen werden. Dieser Bericht kann sich vielen Fragen nähern, anderen aber aufgrund der Vielschichtigkeit des Themas auch nicht. Wesentliche Themenschwerpunkte und Bedrohungslagen können nur angerissen werden. So müssen beispielsweise das Potenzial für extremistische Einstellungen unter der Bevölkerung Nordrhein-Westfalens¹, die Anfälligkeit für Verschwörungsmymen oder auch die für viele Menschen wichtige Frage nach den Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die eigene Biografie und auf unser gesellschaftliches Zusammenleben an anderer Stelle intensiver diskutiert werden. Der Bericht kann ferner keine Aufschlüsselung nach Regionen oder Quartieren in Nordrhein-Westfalen, in denen die Demokratie besonders herausgefordert wird bzw. in denen politische Bildung forciert werden muss, geben. Darüber hinaus wird der Bericht keine Analysen und Interpretationen zu Besonderheiten der Situation politischer Bildung bei Menschen mit Einwanderungsgeschichte anbieten – all dies wäre vor dem Hintergrund der Fragestellungen des ersten Demokratieberichts zu ambitiös.

Aufbau des Berichts:

- **Politische Bildung in Nordrhein-Westfalen – ein Überblick:** Der erste Teil des Berichts gibt einen Überblick über strukturelle Rahmenbedingungen und konkrete Angebote politischer Bildung in Nordrhein-Westfalen. Ergänzt wird dieser Teil des Berichts durch einen umfassenden Anhang (Anhang 1), der die konkreten Angebote staatlich verantworteter politischer Bildung bündelt und umreißt.
- **Politische Bildung vor dem Hintergrund der politischen und demokratischen Lebenswelten der Menschen in Nordrhein-Westfalen:** Die Ergebnisse einer repräsentativen Umfrage unter der Bevölkerung Nordrhein-Westfalens und die daraus resultierenden Herausforderungen für die Demokratie und die politische Bildung werden im zweiten Teil des Berichts dargestellt und analysiert. Die dort präsentierten Ergebnisse zeigen, an welchen Stellen politische Bildung ansetzen muss, um die Menschen im Land noch besser zu erreichen und für die Angebote politischer Bildung zu gewinnen.
- **Handlungsmöglichkeiten zur Weiterentwicklung der politischen Bildung in Nordrhein-Westfalen:** Der Demokratiebericht zeigt schließlich Bereiche auf, in denen die Verantwortlichen politischer Bildung Akzente für eine demokratische Weiterentwicklung der Gesellschaft setzen können.

1 Im Hinblick auf die Bedrohungslage durch Antisemitismus kann auf die Studie „Antisemitismus in Nordrhein-Westfalen – Wahrnehmungen und Erfahrungen jüdischer Menschen“ verwiesen werden. Diese wurde im Auftrag der Antisemitismusbeauftragten des Landes Nordrhein-Westfalen durch SABRA NRW gemeinsam mit Bagrut e.V., der Kölnischen Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit und dem Bundesverband RIAS e.V. erstellt (vgl. Antisemitismusbeauftragte des Landes Nordrhein-Westfalen 2020).

Zum methodischen Vorgehen:

Grundlage dieses Berichts stellen die Ergebnisse einer repräsentativen Umfrage unter der Bevölkerung Nordrhein-Westfalens ab 14 Jahren dar. Diese hatte zum Ziel, Einschätzungen zur Demokratie und zu Lebensverhältnissen sowie zentralen gesellschaftlichen Herausforderungen zu ermitteln.

Mit dieser repräsentativen Umfrage hat die Landeszentrale für politische Bildung Nordrhein-Westfalen das Umfrageinstitut „forsa Politik- und Sozialforschung GmbH“ beauftragt. Die Befragung von 1.000 Personen in Nordrhein-Westfalen ab 14 Jahren wurde vom 14. bis 22. Dezember 2020 mithilfe computergestützter Telefoninterviews und des repräsentativen Online-Panels „forsa.Omninet“ durchgeführt, es wurden also jeweils 500 Personen der Grundgesamtheit telefonisch und 500 online befragt. Die durchschnittliche Befragungsdauer betrug 25 Minuten bei den telefonischen Interviews bzw. 18 Minuten bei den Online-Interviews. Die Ergebnisse wurden anhand der offiziellen Bevölkerungsfortschreibung von Dezember 2018 bzw. der Daten des Mikrozensus 2017 repräsentativ nach Alter, Geschlecht und Bildungsstand gewichtet. Aufgrund der Stichprobengröße und Zusammensetzung ist die Umfrage repräsentativ für die Bevölkerung ab 14 Jahren in Nordrhein-Westfalen. Um die Ergebnisse jedoch richtig einschätzen zu können, müssen die bei allen Stichprobenerhebungen möglichen Fehlertoleranzen von +/- 3 Prozentpunkten mit bedacht werden. Zudem fand die Befragung während der zweiten Welle der Corona-Pandemie statt. Zwar sind daraus resultierende Einflüsse auf das Ant-

wortverhalten bei den meisten Fragen anhand der Daten nicht erkennbar, aber an den (wenigen) Stellen, an denen ein „Corona-Einfluss“ zu vermuten ist, ist dies entsprechend angemerkt. Die Interpretation und Einordnung der Ergebnisse wurde von Prof. Dr. Thomas Goll (Lehrstuhl für integrative Fachdidaktik Sachunterricht und Sozialwissenschaften an der Technischen Universität Dortmund) wissenschaftlich begleitet.

Darüber hinaus umfasst der Bericht Erkenntnisse aus Fachliteratur, sozialwissenschaftlichen Studien, parlamentarischen Dokumenten sowie die Beiträge folgender für Bildungsfragen zuständigen Ressorts der Landesregierung²:

- Staatskanzlei
- Ministerium für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration
- Ministerium des Innern
- Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales
- Ministerium für Schule und Bildung
- Ministerium für Kultur und Wissenschaft
- Landeszentrale für politische Bildung im Ministerium für Kultur und Wissenschaft

² Die vollständigen Textbeiträge der einzelnen Ressorts sind im Anhang 1 zu finden. Im Demokratiebericht selbst werden die Themenschwerpunkte der Ressorts zusammengefasst.

A



A. Politische Bildung in Nordrhein-Westfalen – ein Überblick

Politische Bildung stellt einen essenziellen Bestandteil unserer freien und offenen Gesellschaft dar. Klimakrise, extremistische Bedrohungslagen und Digitalisierung sind nur einige der Stichworte, die den enormen Bedarf an Information, Aufklärung und Orientierung beschreiben, die im Rahmen der politischen Bildung ermöglicht werden sollen. Auch der Umgang mit den historisch einmaligen, wenn auch befristeten Einschränkungen unserer Grundrechte im Rahmen der Bekämpfung der Corona-Pandemie wirft Fragen auf, die das Selbstverständnis unserer Demokratie berühren und von der politischen Bildung aufgegriffen werden müssen. Politische Bildung kann Angebote machen, um in diesen gesellschaftlichen Debatten Orientierung zu stiften und eine aufmerksame und aufgeklärte Zivilgesellschaft zu stärken.

In Nordrhein-Westfalen erhielt die politische Bildung durch das Ende des Nationalsozialismus und den damit zusammenhängenden Neuaufbau demokratischer Institutionen in der Zeit nach 1945 einen großen Entwicklungsschub. So haben sich in der Nachkriegszeit zahlreiche Initiativen, Verbände und Vereine der politischen Jugend- und Erwachsenenbildung in freier Trägerschaft entwickelt. Besonders im Jahr 1974 kam es mit der Verabschiedung des Weiterbildungsgesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen zur Neugründung zahlreicher Bildungseinrichtungen und damit zu einer erheblichen Erweiterung der Angebote politischer Bildung.

Auch die Entstehung der Landeszentrale für politische Bildung Nordrhein-Westfalen ist auf die unmittelbare Nachkriegszeit zurückzuführen. So wurde bereits lange vor Gründung der Bundesrepublik Deutschland die heutige Landeszentrale für politische Bildung des Landes Nordrhein-Westfalen am 2. Oktober 1946 vom ersten Ministerpräsidenten des Landes, Rudolf Amelunxen, in Düsseldorf errichtet – damals noch unter dem Namen „Staatsbürgerliche Bildungsstelle“.

Anlass waren zum einen die Erfahrungen mit dem Zusammenbruch der Weimarer Demokratie und

der darauffolgenden nationalsozialistischen Diktatur sowie zum anderen die Reeducation-Politik der westlichen Alliierten nach 1945 mit dem Ziel, die Deutschen zu Demokratinnen und Demokraten zu erziehen und ein Fortbestehen der nationalsozialistischen Ideologie zu verhindern. So sollten staatliche Behörden geschaffen werden, die mit ihren Bildungsangeboten den Gedanken der Demokratie und die Rahmenbedingungen demokratischen Handelns verbreiten sollten (vgl. Courts 1994: 13-20).

In der konstituierenden Sitzung des ersten Landtags im provisorisch wieder instandgesetzten Opernhaus der neuen Landeshauptstadt Düsseldorf formulierte Ministerpräsident Amelunxen in seiner ersten Regierungserklärung die Zielvorgaben für eine staatsbürgerliche Bildungsstelle:

„Wir wollen unsere Mitbürger für die Demokratie gewinnen, von der Notwendigkeit der Demokratie überzeugen und für die Demokratie begeistern. [...] Aufklärung tut not über das, was war, was ist und was sein muss. Es ist notwendig, die nazistische und militaristische Ideologie, die das Unterbewusstsein vieler Zeitgenossen noch belastet, auszumerzen. Daher werden wir in der Landesregierung eine Staatsbürgerliche Bildungsstelle einrichten, die im westfälischen Raum sich gut bewährt und die Aufgabe der staatsbürgerlichen Aufklärung übernommen hat, selbstverständlich frei von jeder Parteipolitik“ (vgl. Amelunxen 1946, zitiert nach Courts 1994: 20).

Im Laufe der Jahre änderten sich Name und Schwerpunkte der Institution: 1967 wurde aus der Staatsbürgerlichen Bildungsstelle die Landeszentrale für politische Bildung Nordrhein-Westfalen. An den Grundsätzen der Amelunxenschen Maximen hat sich aber im Grundsatz nichts geändert. Seine Zielvorgaben für eine staatliche politische Bildung im Jahr 1946, wie der Grundsatz der Überparteilichkeit, das Werben für die Demokratie und ihre Institutionen sowie die Auseinandersetzung mit der Zeit des Nationalsozialismus sind auch heute noch von großer Aktualität.

Dieses Beispiel der Entstehung und Entwicklung der Landeszentrale für politische Bildung Nordrhein-Westfalen zeigt exemplarisch, dass die „*Erfolgsgeschichte der deutschen Nachkriegsdemokratie*“ (Kalina 2014: 17) eng mit den Beiträgen der politischen Bildung verbunden ist. Die Institutionen und Einrichtungen politischer Bildung als eine Art „*Werbeagentur für Demokratie*“ (Kalina 2014: 17) unterstützen die Menschen dabei, demokratische Spielregeln zu beherrschen, Strukturen in Politik und Gesellschaft kennenzulernen

und über das aktuelle Geschehen informiert zu sein. Diese Aspekte bilden wiederum wichtige Voraussetzungen, um sich politisch beteiligen zu können.

Um die politische Bildung und ihre Ausprägung in Nordrhein-Westfalen verständlich zu erfassen, wird im Folgenden ein Überblick über die Rahmenbedingungen und Angebote politischer Bildung gegeben.

1. Rahmenbedingungen politischer Bildung in Nordrhein-Westfalen

Politische Bildung in Nordrhein-Westfalen erfolgt nicht im luftleeren Raum, sondern steht in Abhängigkeit zu gegebenen Strukturen sowie Anforderungen und Qualitätsstandards. Doch welchen Anforderungen sieht sie sich gegenübergestellt und wie ist sie in Nordrhein-Westfalen organisiert? Und was ist unter politischer Bildung eigentlich zu verstehen?

1.1 Was ist politische Bildung?

„*Demokratie ist die einzige politisch verfasste Gesellschaftsordnung, die gelernt werden muss – immer wieder, tagtäglich und bis ins hohe Alter hinein*“ (Negt 2010: 174).

Diese bekannte und viel zitierte Aussage des Soziologen Oskar Negt macht das Verhältnis von politischer Bildung³ und Demokratie sehr deutlich. Ihr liegt die Annahme zugrunde, dass Demokratinnen und Demokraten nicht einfach geboren werden, sondern demokratische Prinzipien von Generation zu Generation neu erlernt werden müssen (vgl. Bundeszentrale für politische Bildung 2015). Demokratie lebt darüber hinaus von der Bereitschaft, Verantwortung für die Gesellschaft zu übernehmen. Sie ist daher auf informierte, engagierte, urteilsfähige, politisch gebildete und mündige Menschen angewiesen.

Das übergeordnete Ziel politischer Bildung ist die Förderung der politischen Mündigkeit der Bevölkerung, die Befähigung und der Wille zum vernünftigen und selbstständigen Denken (einen Überblick über Kompetenzentwicklung und Kompetenzmodelle bietet Detjen 2013, Teil III). Im Vordergrund stehen „*die Entwicklung politischer Urteilsfähigkeit, eines demokratischen Bewusstseins und gesellschaftlichen Verantwortungsgefühls sowie der Erwerb politischer Handlungskompetenzen*“ (Netzwerk Stiftungen und Bildung 2020). Die Gesellschaft für Politikdidaktik und politische Jugend- und Erwachsenenbildung (GPJE) definiert dementsprechend neben einem auszubildenden konzeptuellen Deutungswissen die politische Urteils- und Handlungsfähigkeit sowie die zugehörigen methodischen Fähigkeiten als Kernbereiche einer politischen Kompetenzentwicklung. Die politische Urteilsfähigkeit ermöglicht es mündigen Bürgerinnen und Bürgern, politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Probleme unter Heranziehung unterschiedlicher Aspekte analysieren und bewerten zu können, während politische Handlungsfähigkeit durch die Befähigung zur Interessenvertretung und das Aushandeln von Kompromissen realisiert wird. Die Grundlage der Urteils- und Handlungsfähigkeit bilden neben dem notwendigen Wissen vor allem auch die methodischen Kompetenzen, sich

3 Die Begriffsbezeichnungen rund um die politische Bildung sind sehr vielfältig. Die Rede ist häufig von Demokratiebildung, Demokratielernen, Demokratieerziehung, Demokratiepädagogik etc. Dieser Bericht beschränkt sich auf die Begrifflichkeit der politischen Bildung. Einen Überblick über die unterschiedlichen Akzentuierungen von politischer Bildung ermöglichen u. a. folgende Publikationen: Sander, Wolfgang (Hrsg.) (2014): *Handbuch politische Bildung*, 4. Auflage, Schwalbach/Ts., Wochenschau Verlag sowie Pohl, Kerstin (Hrsg.) (2016): *Positionen der politischen Bildung*, 2. Auflage, Schwalbach/Ts., Wochenschau Verlag.

selbstständig und kontinuierlich mit aktuellen politischen Themen fachgerecht auseinandersetzen zu können (vgl. GPJE 2004: 13).

Vor diesem Hintergrund werden in dem vorliegenden Demokratiebericht unter dem Begriff der politischen Bildung „*alle bewusst geplanten und organisierten, kontinuierlichen und zielgerichteten Maßnahmen von Bildungseinrichtungen*“ verstanden, die zum Ziel haben, Bürgerinnen und Bürger „*mit den zur Teilnahme am politischen und gesellschaftlichen Leben notwendigen Voraussetzungen auszustatten*“ (Massing 2003: 501).⁴

Standards und Anforderungen an die politische Bildung

Den bis heute anerkannten Rahmen der politischen Bildung stellt der sogenannte Beutelsbacher Konsens von 1976 dar, der seinerzeit als Minimalkonsens vor dem Hintergrund einer in Öffentlichkeit und Wissenschaft stark polarisierten Diskussion um die Grundlagen und Zielsetzungen politischer Bildung formuliert werden konnte (vgl. Sutor 2002: 24). Trotz unterschiedlichster wissenschaftstheoretischer, politischer und didaktischer Positionen gelang es den Beteiligten der Fachtagung im schwäbischen Beutelsbach, eine Einigung über drei Grundprinzipien politischer Bildung zu erzielen. Obwohl nie formal beschlossen und in erster Linie mit Blick auf die Schule formuliert, wird der Beutelsbacher Konsens auch im Bereich der außerschulischen politischen Bildung „*im Grundsatz bis heute von allen Vertretern der politischen Bildung anerkannt*“ (Detjen 2013: 189). Der Beutelsbacher Konsens im Wortlaut:

- **„Überwältigungsverbot:** *Es ist nicht erlaubt, den Schüler – mit welchen Mitteln auch immer – im Sinne erwünschter Meinungen zu überumpeln und damit an der ‚Gewinnung eines selbstständigen Urteils‘ zu hindern. Hier genau verläuft nämlich die Grenze zwischen Politischer Bildung und Indoktrination. Indoktrination aber ist unvereinbar mit der Rolle des Lehrers in einer demokratischen Gesellschaft und der – rundum akzeptierten – Zielvorstellung von der Mündigkeit des Schülers.*

- **Was in Wissenschaft und Politik kontrovers ist, muss auch im Unterricht kontrovers erscheinen:** *Diese Forderung ist mit der vorgenannten aufs engste verknüpft, denn wenn unterschiedliche Standpunkte unter den Tisch fallen, Optionen unterschlagen werden, Alternativen unerörtert bleiben, ist der Weg zur Indoktrination beschritten. Zu fragen ist, ob der Lehrer nicht sogar eine Korrekturfunktion haben sollte, d.h. ob er nicht solche Standpunkte und Alternativen besonders herausarbeiten muss, die den Schülern (und anderen Teilnehmern politischer Bildungsveranstaltungen) von ihrer jeweiligen politischen und sozialen Herkunft her fremd sind. Bei der Konstatierung dieses zweiten Grundprinzips wird deutlich, warum der persönliche Standpunkt des Lehrers, seine wissenschaftstheoretische Herkunft und seine politische Meinung verhältnismäßig uninteressant werden. Um ein breites genanntes Beispiel erneut aufzugreifen: Sein Demokratieverständnis stellt kein Problem dar, denn auch dem entgegenstehende andere Ansichten kommen ja zum Zuge.*
- **Der Schüler muss in die Lage versetzt werden, eine politische Situation und seine eigene Interessenlage zu analysieren** sowie nach Mitteln und Wegen zu suchen, die vorgefundene politische Lage im Sinne seiner Interessen zu beeinflussen. Eine solche Zielsetzung schließt in sehr starkem Maße die Betonung operationaler Fähigkeiten ein, was eine logische Konsequenz aus den beiden vorgenannten Prinzipien ist. Der in diesem Zusammenhang gelegentlich – etwa gegen Herman Giesecke und Rolf Schmiederer – erhobene Vorwurf einer „Rückkehr zur Formalität“, um die eigenen Inhalte nicht korrigieren zu müssen, trifft insofern nicht, als es hier nicht um die Suche nach einem Maximal-, sondern nach einem Minimalkonsens geht.“ (Wehling 1977: 179 f.).⁵

Die Eignung als zentrales Prinzipiengebäude und fachliches Selbstverständnis wird gleichwohl immer wieder hinterfragt. Zum einen sei, so die Kritiker, das Feld politischer Bildung „*deutlich breiter, als dass es in einer Profession und schon gar nicht reduziert auf den kleinen Ausschnitt unter-*

⁴ Eine vertiefte Auseinandersetzung mit dieser Vorstellung von politischer Bildung ermöglicht unter anderem die Publikation „Politische Bildung: Geschichte und Gegenwart in Deutschland“ von Prof. Dr. J. Detjen.

⁵ Ergänzt wurde der Beutelsbacher Konsens 1997 durch das Münchner Manifest, mit dem der Bildungsauftrag der Bundeszentrale sowie der Landeszentralen für politische Bildung für das 21. Jahrhundert festgeschrieben wurde (vgl. Golz/Kost 2014: 159).

richtsbezogener Bildung in den Blick käme. Zum anderen definiert der Beutelsbacher Konsens kein fachliches Selbstverständnis, weil er für ein demokratisch verfasstes Bildungs- und Wissenschaftssystem schlicht selbstverständlich (und beinahe trivial) sein sollte.“ (Eis 2016: 132).

Ein Beispiel solcher Überlegungen stellt die im Juni 2015 veröffentlichte „Frankfurter Erklärung“ dar, in der die Unterzeichnerinnen und Unterzeichner mit dem Ziel einer Neujustierung der Prinzipien und Standards politischer Bildung ihre „Positionen einer kritisch-emanzipatorischen politischen Bildung deutlich machen“ (Frankfurter Erklärung 2015). In einer fachdidaktischen Positionierung wird darin ein „professionelles Selbstverständnis, das sich nicht auf einen prozeduralen Minimalkonsens (*»agree to disagree«*) reduzieren lässt“ (Eis 2016: 135), formuliert. Als inhaltlicher Ausgangspunkt politischer Bildung sollten demnach die „Umbrüche und vielfältigen Krisen unserer Zeit“ (Frankfurter Erklärung 2015) dienen, vor deren Hintergrund dann Konflikte und Dissens sichtbar gemacht werden müssten. Im Beutelsbacher Konsens kaum berücksichtigte Macht- und Herrschaftsverhältnisse, die auch in Bildungsprozessen wirken, gelte es wahrzunehmen und zu analysieren. Dies sei insbesondere für das Verhältnis von Lehrenden und Lernenden von Relevanz, da erst die Thematisierung gesellschaftlicher Machtstrukturen eine Überwältigung der Lernenden verhindere. Politische Bildung müsse dabei an die konkreten Lebensbedingungen der Beteiligten anknüpfen und Macht- und Ohnmachtserfahrungen thematisieren, um schließlich Wege der politischen Mitbestimmung aufzeigen zu können (vgl. Eis 2016: 135 ff.).

Die außerschulische politische Bildung in Nordrhein-Westfalen wird zudem über das „Weiterbildungsgesetz Nordrhein-Westfalen“ (WbG NRW) gefördert. Dieses setzt den Rahmen für die Förderung der Erwachsenenbildung durch das Land. Zentrales Ziel ist die Sicherstellung eines bedarfsdeckenden Angebots. Auf dieser gesetzlichen Grundlage steht in Nordrhein-Westfalen im Bereich der politischen Bildung ein breites Weiterbildungsangebot der Einrichtungen der politischen Bildung sowie der kommunalen Volkshochschulen zur Verfügung.

Um die Weiterbildung zu stärken und zukunftsfest aufzustellen, haben die Fraktionen der CDU, SPD, FDP und von Bündnis 90/Die GRÜNEN am

3. März 2021 einen gemeinsamen Gesetzesentwurf zur Weiterentwicklung des Weiterbildungsgesetzes (LT-Drs. 17/12755) eingebracht. Die Weiterentwicklung des Gesetzes wurde in einem breiten und dialogisch angelegten Beteiligungsprozess mit Einrichtungen und Trägern vorbereitet. Der Dialogprozess hat gezeigt, dass die nach dem WbG geförderte gemeinwohlorientierte plurale Weiterbildung strukturell gestärkt und in Bezug auf neue Herausforderungen, die sich beispielsweise aus der Integration neu Zugewanderter in Arbeitswelt und Gesellschaft oder den im Kontext der Digitalisierung veränderten Qualifizierungsbedarfen ergeben, zukunftsfähig aufgestellt werden muss. Im Zuge der Änderung des WbG soll u. a. die bisherige Förderung von Einrichtungen der politischen Bildung der Landeszentrale für politische Bildung, die schwerpunktmäßig auf diesem Gebiet tätig sind, auf eine gesetzliche Grundlage gestellt und damit auch die Rahmenbedingungen ihrer Arbeit verbessert werden. Der Landtag hat das Gesetz zur Weiterentwicklung des WbG am 30. Juni 2021 beschlossen (Vorabdruck 17/153). Das novellierte WbG tritt zum 1. Januar 2022 in Kraft.

1.2 Landschaft der Träger und Einrichtungen politischer Bildung in Nordrhein-Westfalen

Der Komplexität der Aufgaben politischer Bildung sowie des politischen Pluralismus entsprechend ist die Landschaft der Strukturen und Träger im Bereich der politischen Jugend- und Erwachsenenbildung außerordentlich vielfältig. Eine Segmentierung, die durchaus gewollt ist: „Denn der Bereich der politischen Bildung soll ganz bewusst ein pluralistisches und subsidiär gestaltetes kooperatives System darstellen, in dem ein breites Spektrum an gesellschaftlichen und politischen Orientierungen und Grundüberzeugungen der politischen Bildnerinnen und Bildner zum Tragen kommen“ (Kalina 2014: 21).

Bei den Trägern der politischen Bildung lassen sich zur Vereinfachung zwei grundsätzliche Gruppen unterscheiden. Zum einen sind dies die staatlichen Akteure politischer Bildung, zum anderen die sogenannten freien Träger. Gleichwohl gibt es auch Akteure, die nicht ausschließlich einer der Gruppen zuzuordnen sind, sondern zum Teil in freier, aber auch in öffentlicher Trägerschaft sind.

Ein Beispiel hierfür sind die Gedenkstätten und Erinnerungsorte in Nordrhein-Westfalen: Einige Einrichtungen befinden sich zwar in kommunaler Trägerschaft, andere werden hingegen von einem Verein getragen. Die Gedenkstätten und Erinnerungsorte in Nordrhein-Westfalen setzen sich insbesondere mit der Geschichte des Nationalsozialismus auseinander und leisten einen wichtigen Beitrag zur historisch-politischen Bildung und Erinnerungskultur im Land. Die Profile der Einrichtungen sind dabei sehr vielfältig und reichen von Orten, an denen die Geschichte des jüdischen Lebens im heutigen Nordrhein-Westfalen beispielhaft dokumentiert wird, über Stätten, an denen Opfer des NS-Regimes misshandelt und ermordet wurden, bis hin zu Orten, an denen nationalsozialistische Eliten indoktriniert wurden oder Verbrechen befohlen haben. Die 29 NS-Gedenkstätten und -Erinnerungsorte in Nordrhein-Westfalen haben sich in einem Arbeitskreis zusammengeschlossen und werden von der Landeszentrale für politische Bildung gefördert. Grundlage der Gedenkstättenarbeit sind fundierte Recherche- und Forschungserkenntnisse. Nur so kann gesichertes Wissen darüber entstehen, was am authentischen Ort und in der Region geschehen ist. Von großer Bedeutung für die historisch-politische Bildungsarbeit der Gedenkstätten ist die Frage nach der Verantwortung des Einzelnen. Die Beschäftigung mit dieser Frage berührt unmittelbar auch die Grundlagen unseres heutigen Zusammenlebens und ist damit wichtiger Bestandteil einer lebendigen Erinnerungskultur.

Weitere Akteure politischer Bildung in Nordrhein-Westfalen werden im Folgenden vorgestellt.

1.2.1 Akteure politischer Bildung in freier Trägerschaft

In Nordrhein-Westfalen existieren zahlreiche Initiativen, Verbände und Vereine der politischen Jugend- und Erwachsenenbildung in freier Trägerschaft, die nach 1945 entstanden sind. Ohne diese wäre die Landschaft der politischen Bildung in Nordrhein-Westfalen nicht vorstellbar.

In den Bildungsangeboten der Akteure politischer Bildung in freier Trägerschaft kommen die jeweiligen politischen, gesellschaftlichen und weltanschaulichen Profile unter dem einenden Dach der

freiheitlich-demokratischen Grundordnung ausdrücklich zum Tragen (vgl. Kalina 2014: 23-24). Dabei spiegeln die Aktivitäten und Bildungsangebote meist die Kontexte der jeweiligen Anbieter bzw. Auftraggeber – Stiftungen, Verbände, Unternehmen, religiöse Gemeinschaften – wider. Beispiele hierfür sind:

- **Bildungseinrichtungen der parteinahen Stiftungen:** Die parteinahen Stiftungen leisten einen wichtigen Beitrag zur politischen Bildung in Nordrhein-Westfalen. Ihre Bildungsmaßnahmen richten sich – wie ihre gesamte Tätigkeit – an den politischen Grundwerten der ihnen nahestehenden Parteien aus und stehen allen Menschen offen. Die parteinahen Stiftungen haben das Ziel, die Menschen für die Beschäftigung mit politischen Fragen zu begeistern sowie ihr politisches Engagement zu fördern und zu vertiefen (vgl. Massing 2015). Zur Durchführung des breiten Spektrums von gesellschafts-politischen Bildungsveranstaltungen besitzen die parteinahen Stiftungen eigene Bildungseinrichtungen, wie zum Beispiel Akademien und Bildungswerke. In Nordrhein-Westfalen werden in der aktuellen Legislaturperiode folgende parteinahe Stiftungen von der Landeszentrale für politische Bildung gefördert⁶:

- Die der CDU nahestehende Konrad-Adenauer-Stiftung mit dem „Politischen Bildungsforum Nordrhein-Westfalen“ sowie die Karl-Arnold-Stiftung mit ihrem „Karl-Arnold-Bildungswerk“.
 - Die der SPD nahestehende Friedrich-Ebert-Stiftung mit der „Politischen Akademie in NRW“.
 - Die der FPD nahestehende Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit mit der „Theodor-Heuss-Akademie“.
 - Die der Partei Bündnis 90/DIE GRÜNEN nahestehende Heinrich-Böll-Stiftung mit dem „Bildungswerk der Heinrich-Böll-Stiftung NRW e.V.“.
- **Bildungseinrichtungen in gewerkschaftsnaher Trägerschaft:** Die gewerkschaftliche Bildungsarbeit versteht sich ausdrücklich als politische Erwachsenenbildung. Aus Sicht der gewerkschaftlichen politischen Bildung stärken

⁶ Die der Linkspartei nahestehende Rosa-Luxemburg-Stiftung NRW wird in dieser Legislaturperiode nicht gefördert.

das Engagement im Betrieb und das damit zusammenhängende Erleben von Veränderungen von Bedingungen zum Positiven das Selbstwirksamkeitsgefühl. Dadurch brächten sich diese Beschäftigten auch in andere demokratische Prozesse konstruktiv ein. In der Demokratie sei der Betrieb mehr als ein Ort der Wertschöpfung. Er sei ein Ort der Solidarisierung und Demokratiebildung. Die wichtigsten Zielgruppen der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit sind Betriebs- und Personalräte, aber auch Mitglieder ohne Funktionen (vgl. Wentzel 2015). Als größter Anbieter der politischen Bildung in Nordrhein-Westfalen ist hier das „DGB Bildungswerk NRW“ sowie „Arbeit und Leben“ zu nennen.

- **Bildungswerke in kirchennaher Trägerschaft:** Die politische Bildung ist auch in den Evangelischen sowie den Katholischen Akademien, den sozialen Bildungswerken, den gemeindebezogenen kirchlichen Erwachsenenbildungswerken sowie in zielgruppenbezogenen Einrichtungen und Bildungswerken mit spezifischen Bildungsangeboten verankert (vgl. Beer 2015). Beispielhaft ist hier das „Politische Forum“ des Evangelischen Erwachsenenbildungswerks Westfalen und Lippe e.V. zu nennen.
- **Heimvolkshochschulen:** Die in Nordrhein-Westfalen ansässigen Heimvolkshochschulen, wie zum Beispiel die „Europäische Tagungs- und Bildungsstätte Bonn“ des Gustav-Stresemann-Instituts e.V. oder die „Akademie Biggese“⁷, schaffen mit ihren mehrtägigen Angeboten im Bereich der politischen Bildung die Möglichkeit, sich tiefgehend und differenziert mit politischen und gesellschaftlichen Themen auseinanderzusetzen. Damit einhergehend ist ebenso das soziale Lernen der Teilnehmenden von besonderer Bedeutung.

- **Bildungseinrichtungen der Wohlfahrtsverbände:** Unter den Werten und dem Leitbild der Wohlfahrtsverbände bieten diese mit ihren jeweiligen Bildungseinrichtungen – häufig auf regionaler Ebene – Angebote im Bereich der politischen Bildung an, so zum Beispiel der Verband Arbeiterwohlfahrt (AWO).
- **Bildungseinrichtungen mit europäischer Ausrichtung:** Vor dem Hintergrund der Europäischen Integration spielen Einrichtungen mit EU-spezifischen Themen eine wichtige Rolle in der Vermittlung demokratischer Werte und europapolitischer Inhalte (vgl. Kalina 2014: 25). Beispielhaft sind hier das „Deutschland- und Europapolitische Bildungswerk“ sowie die „Europäische Akademie Nordrhein-Westfalen“ zu nennen.
- **Bildungseinrichtungen von Bürgerbewegungen, Initiativen, Vereinen und Zivilgesellschaft:** Neben den bereits genannten existieren in Nordrhein-Westfalen zahlreiche weitere Bildungseinrichtungen von Bürgerbewegungen, Initiativen, Vereinen und Zivilgesellschaft, die sich aus unterschiedlichen Beweggründen entwickelt haben und das breite Angebot der politischen Bildung komplettieren.

Alle Einrichtungen der politischen Bildung in Nordrhein-Westfalen sind in Abbildung 1 dargestellt.⁷

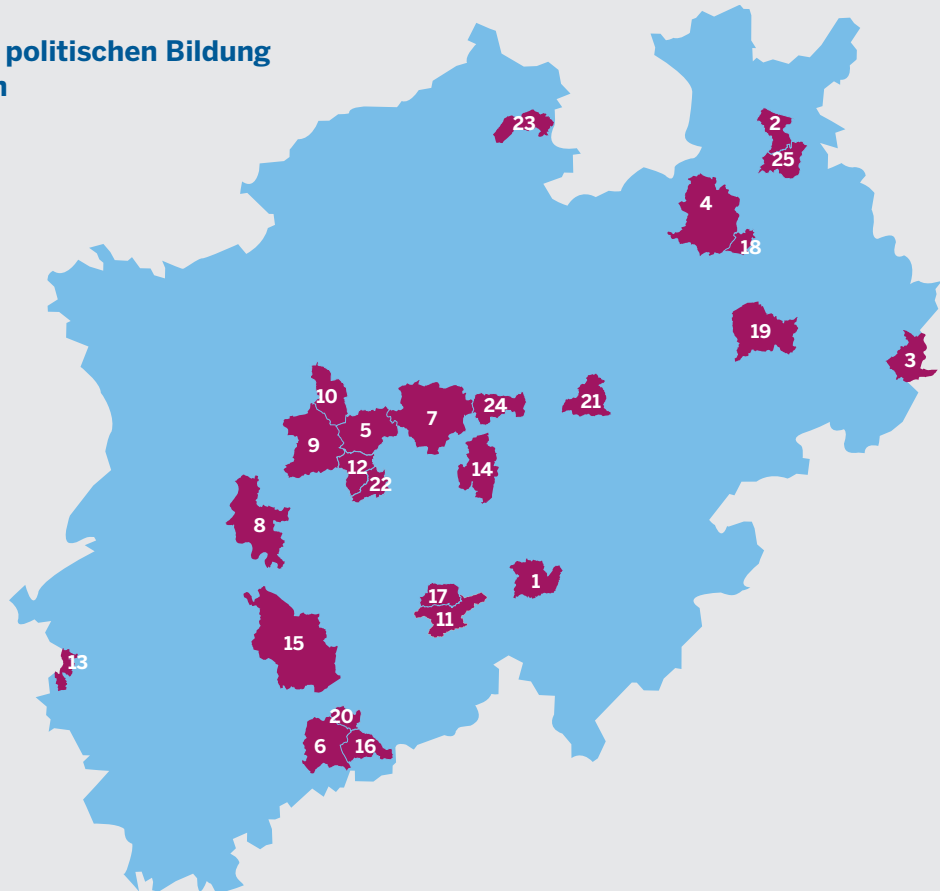
⁷ Einen umfassenden Einblick in durchgeführte Veranstaltungen der Einrichtungen der politischen Bildung bietet der Jahresbericht der Landeszentrale für politische Bildung zur Förderung der politischen Bildung in Nordrhein-Westfalen (<https://www.politischebildung.nrw.de/wir-partner/weiterbildung/materialien>).

Abbildung 1:**Alle Einrichtungen der politischen Bildung in Nordrhein-Westfalen**

Stand: Februar 2021

In Summe:

25 Gemeinden und Städte mit insgesamt 44 Einrichtungen der politischen Bildung, die nach dem WbG NRW anerkannt sind

**1 Attendorf**

– Akademie Biggesee

2 Bad Oeynhausen– Institut für politische Weiterbildung (IPW)
– ESTA Europa-Forum**3 Beverungen**

– IG Metall Bildungszentrum

4 Bielefeld– Haus Neuland
– Interkulturelles Bildungswerk „Friedenshaus“ (IBF)
– ver.di – Institut für Bildung, Medien und Kunst**5 Bochum**

– Bildungswerk des Instituts für Umwelt- und Zukunftsforschung (IUZ) e.V.

6 Bonn– Europäische Akademie NRW
– Europäische Tagungs- und Bildungsstätte Bonn des Gustav-Stresemann-Instituts e.V.
– IKAB-Bildungswerk e.V.
– Politische Akademie der Friedrich-Ebert-Stiftung in NRW e.V.
– Politisches Bildungswerk: Junge Erwachsene machen Politik (JumP)
– Studiengemeinschaft des Politischen Arbeitskreises Schulen (PAS) e.V.**7 Dortmund**– Forum Eltern und Schule (FESCH)
– Heinz-Kühn-Bildungswerk
– Institut für politische Bildung der Auslandsgesellschaft.de e.V.
– Politisches Forum im Evangelischen Erwachsenenbildungswerk Westfalen und Lippe e.V.**8 Düsseldorf**– Arbeit und Leben DGB/VHS NRW
– Bildungswerk der Heinrich-Böll-Stiftung NRW e.V.
– Bildungswerk Stenden
– DGB-Bildungswerk NRW
– Forum Demokratie Düsseldorf**9 Essen**– Bildungswerk der Humanistischen Union NRW
– Paul-Gerlach-Bildungswerk**10 Gelsenkirchen**

– aktuelles forum

11 Gummersbach

– Theodor-Heuss-Akademie der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit

12 Hattingen

– DGB Tagungszentrum Hattingen

13 Herzogenrath

– Nell-Breuning-Haus – Lernort Arbeit und Menschenwürde

14 Iserlohn

– Bildungsforum Aspekte

15 Köln– Karl-Arnold-Bildungswerk
– Willi-Eichler-Bildungswerk**16 Königswinter**– Jakob-Kaiser-Akademie
– Arbeitnehmer-Zentrum Königswinter (AZK)**17 Marienheide**

– Informations- und Bildungszentrum Schloss Gimborn

18 Oerlinghausen

– Institut für Migrations- und Aussiedlerfragen – Heimvolkshochschule St. Hedwigs-Haus

19 Paderborn

– Bildungswerk „Bürger in Gesellschaft und Staat“

20 Sankt Augustin

– Politisches Bildungsforum NRW der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

21 Soest

– Gesellschaftspolitische Akademie des Kolping-Bildungswerks Paderborn gGmbH

22 Sprockhövel

– Bildungszentrum Sprockhövel der IG Metall

23 Tecklenburg

– Deutschland- und Europapolitisches Bildungswerk NRW

24 Unna

– Forum Unna

25 Vlotho– Arbeitskreis für politische Bildung und Erziehung (AKPE)
– Gesamteuropäisches Studienwerk

Die Träger und Institutionen der Erwachsenenbildung organisieren sich in aller Regel in Verbänden, Arbeitsgemeinschaften, Zusammenschlüssen etc., um Foren für fachlichen Erfahrungsaustausch, Fortbildung und gemeinsame bildungspolitische Interessenvertretungen zu etablieren und auf diese Weise auch ihr politisches und gesellschaftliches Gewicht zu bündeln. Die Anzahl derartiger Zusammenschlüsse ist sehr vielfältig. Beispiele hierfür sind:

- **Gesprächskreis für Landesorganisation der Weiterbildung in NRW:** Hierbei handelt es sich um einen Zusammenschluss von landesweit arbeitenden Verbänden, Vereinen und Landesarbeitsgemeinschaften der Weiterbildung. Innerhalb des Gesprächskreises bündelt die „AG politische Bildung“ die Interessen und Anliegen der politischen Bildung in Nordrhein-Westfalen.
- **Arbeitskreis der Bildungsstätten und Akademien (Heimvolkshochschulen) in Nordrhein-Westfalen e. V. (kurz @ba):** In diesem Arbeitskreis haben sich 45 Bildungshäuser der außerschulischen Jugend- und Erwachsenenbildung mit unterschiedlichen Profilen zusammengeschlossen.
- **Landesarbeitsgemeinschaft für eine andere Weiterbildung NRW e. V. (LAAW NRW):** Hierbei handelt es sich um einen Zusammenschluss von über 40 unabhängigen, nach dem Weiterbildungsgesetz NRW anerkannten Einrichtungen.
- **Landesarbeitsgemeinschaft Demokratischer Bildungswerke in Nordrhein-Westfalen (LDB):** In dieser Landesarbeitsgemeinschaft haben sich Träger politischer Bildung zusammengeschlossen, die sich den Grundwerten des demokratischen Sozialismus verpflichtet haben.

1.2.2 Staatliche Akteure politischer Bildung

In Nordrhein-Westfalen übernehmen auch staatliche Institutionen selbst unmittelbare Verantwortung für politische Bildung. Es kommt auf die Vermittlung der allgemeinen staatsbürgerlichen Mündigkeit an, ohne spezifische politische bzw. weltanschauliche Sichtweisen und Wertvorstellungen zu favorisieren, solange sie sich im freiheitlich-demokratischen Spektrum bewegen. Eine oftmals geforderte Neutralität in dem Sinn, dass antidemokratische, rassistische o. ä. Positionen toleriert werden müssten, gibt es nicht. Der Verfassungsauftrag einer Bildung „im Geiste der Menschlichkeit, der Demokratie und Freiheit“ (Art. 7, Abs. 2, Landesverfassung NRW) ist bindend. Den Adressatinnen und Adressaten soll jedoch vor diesem Hintergrund der Raum gegeben werden, ihr eigenes politisches Weltbild zu entwickeln (vgl. Kalina 2014: 22).

In kommunaler Trägerschaft sind hier insbesondere die Volkshochschulen zu nennen. In allen nordrhein-westfälischen Volkshochschulen gehört die politische Bildung zum identitätsstiftenden Grundangebot. Nach dem WbG zählt diese zu den Pflichtaufgaben der Volkshochschulen. Die kommunalen Weiterbildungszentren stellen eine flächendeckende Präsenz politischer Bildung im Land sicher. Aus ihrem Selbstverständnis als Werkstätten der Demokratie heraus übernehmen die Volkshochschulen die Funktion zentraler kommunaler Dialogforen. Die Volkshochschulen sind mit ihren parteipolitisch und weltanschaulich neutralen Veranstaltungen eine wichtige Basis der Demokratiebildung für die Menschen in Nordrhein-Westfalen und fördern mit lebensweltbezogenen Bildungsangeboten politisches Handeln und ehrenamtliches Engagement der Menschen vor Ort. Durch ihre große Programmvielfalt und den bestehenden Kontakt mit unterschiedlichen Zielgruppen können Angebote der politischen Bildung in Volkshochschulen besonders gut zielgruppenspezifisch angeboten werden, z. B. in den Bereichen der Integration oder kompensatorischen Grundbildung.

Darüber hinaus gelten insbesondere die Schulen sowie die Landeszentrale für politische Bildung als staatliche Akteure politischer Bildung in Nordrhein-Westfalen. Die Angebote bzw. die Wirkungsbereiche von diesen und weiteren staatlichen Akteuren werden im Folgenden dargestellt.⁸

⁸ Die folgende Darstellung beschränkt sich auf die Angebote und den Wirkungsbereich der Landesregierung.

2. Angebote politischer Bildung der Landesregierung

Politische Bildung findet auf unterschiedliche Weise das ganze Leben statt und stellt einen wichtigen Stützfeiler unserer Demokratie dar. Ob in der Kita, der Schule oder der Ausbildung, im Beruf oder in der Freizeit – den Menschen in Nordrhein-Westfalen begegnet politische Bildung in unterschiedlichen Sozialisationsbereichen.⁹

2.1 Politische Bildung im Elementarbereich

Politische Bildung sollte in der frühkindlichen Bildung beginnen: Bereits in der Kindertagesbetreuung können Kinder lernen, mitzubestimmen. Die Kindertagesbetreuung als erste Institution öffentlicher Bildung, Erziehung und Betreuung legt den Grundstein für die weitere Bildungsbiografie und bietet einen geschützten Rahmen, in dem Kinder schon früh Demokratie erfahren und demokratisches Handeln ausprobieren können. Dabei geht es nicht um das kognitive Wissen über politische Strukturen, Ziele und Konzepte, sondern primär um erzieherische Strategien, die demokratieaffine Ziele verfolgen (vgl. Neuß 2014: 177). Grundlegend sind dabei Themen wie Partizipation und der Umgang mit Vorurteilen. Partizipation meint die Möglichkeit der Mitbestimmung in der Kindertagesbetreuung. „Die Einflussnahme der Kinder kann zum Beispiel die gemeinsamen Regeln betreffen, die Mitbestimmung im Tagesablauf oder die Raumgestaltung“ (Danner 2012). Festgeschrieben ist die Entwicklung eines demokratischen Grundverständnisses als Auftrag der Kindertagesbetreuung sowie der dem Alter entsprechenden Mitwirkung der Kinder im § 16 des Kinderbildungsgesetzes (KiBiz). Die pädagogischen Kräfte in der Kindertagesbetreuung haben nach diesem den Auftrag, die Kinder zur gleichberechtigten gesellschaftlichen Teilhabe zu befähigen und damit ein demokratisches Grundverständnis zu entwickeln (§ 16 KiBiz NRW). Kinder sollen ihrem Alter und Entwicklungsstand und ihren Bedürfnissen entsprechend bei der Gestaltung des Alltags in der Kindertagesbetreuung mitwirken. Die pädagogischen Kräfte sollen zum Wohle der Kinder und zur Sicherung ihrer Rechte

geeignete Verfahren zur Beteiligung und Mitbestimmung sowie die Möglichkeit der Beschwerde in persönlichen Angelegenheiten vorsehen und praktizieren. Kindern soll möglichst früh die Möglichkeit eröffnet werden, demokratisches Handeln auszuprobieren. In vielen nordrhein-westfälischen Kindertageseinrichtungen sind Beteiligung und Partizipation von Kindern inzwischen ganz selbstverständlich zu einem anerkannten pädagogischen Standard geworden und in vielen Kitas werden diese bereits erfolgreich praktiziert.

In den „Bildungsgrundsätzen Nordrhein-Westfalen“¹⁰, die das Ministerium für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration (MKFFI) gemeinsam mit dem Ministerium für Schule und Bildung (MSB) entwickelt hat und die sich an pädagogisches Personal richten, ist verankert, wie die Grundwerte des gesellschaftlichen Zusammenlebens für Kinder im Elementarbereich erfahrbar werden. Dazu gehören Menschenwürde, Toleranz, Chancengerechtigkeit und Solidarität, die für unsere Gesellschaft wesentlich sind.

2.2 Politische Bildung im Schulbereich

Aufbauend auf den Beteiligungs- und Mitbestimmungserfahrungen im Elementarbereich hat die schulische politische Bildung die Aufgabe, dazu beizutragen, dass die Schülerinnen und Schüler zu aktiven Bürgerinnen und Bürgern werden, die am öffentlichen Leben teilnehmen und politische, gesellschaftliche und wirtschaftliche Fragestellungen beurteilen können. Mit politischer Bildung fördert die Schule bei jungen Menschen diese Kompetenzen und ermuntert sie, für Freiheit, Demokratie und Menschenrechte und gegen Diskriminierung, Mobbing und Gewalt einzutreten.

Ein zentraler Ort der politischen Bildung in nordrhein-westfälischen Schulen ist der Fachunterricht, in dem politisches Wissen und methodische Fähigkeiten vermittelt sowie die Entwicklung von politischer Urteils- und Handlungskompetenz unterstützt werden. Anders als in anderen Bundesländern beginnt der Fachunterricht in Nordrhein-Westfalen bereits ab der Jahrgangsstufe 5.

⁹ Eine detaillierte Auflistung der einzelnen Angebote politischer Bildung in Verantwortung der Landesregierung bietet Anlage 1.

¹⁰ Die Bildungsgrundsätze sind online abrufbar: <https://www.kita.nrw.de/kinder-bilden/bildungsgrundsätze>

Gleichzeitig ist der Anteil fachfremd erteilten Unterrichts in Nordrhein-Westfalen aber vergleichsweise hoch (vgl. Gökbudak; Hedtke 2020: 20).

Wichtiger Bestandteil des Unterrichts sind Medien zur politischen Bildung. Für deren Distribution an die Schulen ist im digitalen Zeitalter EDMOND NRW, der zentrale Online-Verteiler für Bildungsmedien, von besonderer Bedeutung. Er wird von den Medienzentren der Landschaftsverbände Rheinland und Westfalen betrieben. Über ihn werden die Medien auch an die Lernplattformen der Schulen ausgeliefert, etwa an LOGINEO NRW. Die Mehrzahl der Medien der Landeszentrale für politische Bildung sind über EDMOND verfügbar und deshalb direkt für die Schulen nutzbar. Der Dienst ist Bestandteil der zum Schuljahr 2021/22 gestarteten „Bildungsmediathek NRW“. Darüber hinaus nutzen viele Schulen in Nordrhein-Westfalen zur besonderen Veranschaulichung und Vertiefung der fachlichen Inhalte außerschulische Lernorte wie Archive, Museen, Gedenkstätten und Erinnerungsorte. Diese Möglichkeit der Nutzung von außerschulischen Lernorten und Bildungspartnerschaften wird von der Landesregierung gezielt gefördert.¹¹

Neben dem Fachunterricht tragen auch andere Fächer (jedes für sich und in Kooperation) zur politischen Bildung bei, indem ein demokratisches bzw. für Diskussionen offenes Unterrichtsklima gefördert wird, soziale Werte wie Toleranz und Verantwortungsbereitschaft vermittelt und politisch relevante Fachinhalte herausgearbeitet werden. „Politische Bildung und Demokratieerziehung“ sowie „Menschenrechtsbildung“ werden bei allen neuen Kernlehrplänen seit 2019/2020 explizit als verbindlich zu erfüllende Querschnittsaufgaben ausgewiesen.

Nicht zuletzt verkörpert politische Bildung einen festen Bestandteil einer demokratischen Schulkultur, in der das Erfahren von Demokratie als Lebensform gefördert wird. Beispielhaft zu nennen sind hier vom Land finanziell und personell unterstützte Förderprogramme wie etwa „Demokratisch Handeln“, das Programm „Schule der Vielfalt“, Kinderrechtsschulen sowie das Projekt „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“. Eine detaillierte Auflistung der politischen Bildungsangebote im Schulbereich ist im Anhang 1 zu finden.

Auch die Landeszentrale für politische Bildung bietet Angebote im schulischen Bereich. Beispielhaft ist hier das Bildungsprogramm „Demokratie für mich“ zu nennen, ein Angebot zur Demokratie- und Wertebildung in Internationalen Förderklassen an Berufskollegs in Nordrhein-Westfalen.

Die verbindlichen Vorgaben und Maßgaben der Kernlehrpläne und die Ausgestaltung einer demokratischen Schulkultur in Nordrhein-Westfalen greifen ineinander. Der „Referenzrahmen Schulqualität“¹² beschreibt im Modul „Schulkultur – Demokratie gestalten“ relevante Inhalte für die politische Bildung. Darüber hinaus unterstützt das Fortbildungsprogramm „Schulkultur gestalten – Demokratie entwickeln“ Schulen bei der fächerübergreifenden Verankerung im Schulprogramm.

Das Land bekennt sich damit auch zum Beschluss der Kultusministerkonferenz (KMK) „Demokratie als Ziel, Gegenstand und Praxis historisch-politischer Bildung und Erziehung in der Schule“ (Beschluss der KMK vom 11.10.2018).

2.3 Politische Bildung in der Kinder- und Jugendhilfe

Neben der Schule hat auch die Kinder- und Jugendhilfe die Aufgabe, junge Menschen in ihrer Persönlichkeitsentwicklung zu unterstützen und sie zu demokratischer Teilhabe, zur Auseinandersetzung mit friedlichen Mitteln und zu Toleranz zu befähigen. Dies beinhaltet, Kinder und Jugendliche stark zu machen für Demokratie und gegen alle Formen von Extremismus, Diskriminierung und Rassismus. Im Zentrum stehen dabei Angebote zur Persönlichkeitsentwicklung und Demokratiebildung junger Menschen. Die Träger der Kinder- und Jugendhilfe setzen durch vorhandene Strukturen und durch gezielte Projekte vielfältige präventive Maßnahmen um. Im Rahmen des Kinder- und Jugendförderplans werden z. B. Projektmittel im Bereich „Demokratische, politische und Wertebildung/Gedenkstättenfahrten“, im Bereich „Präventive Angebote der Kinder- und Jugendhilfe“ und im Bereich „Einmischende Jugendpolitik / Beteiligung / Mitbestimmung“ zur Verfügung gestellt. Beispiele für politische Bildungsangebote im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe sind im Anhang 1 zu finden.

¹¹ Hierzu sind weitere Informationen in Anlage 1 zu finden.

¹² Siehe: <https://www.schulentwicklung.nrw.de/referenzrahmen/>

Ergänzt werden die aus diesen Bereichen geförderten Projekte durch die vorhandenen Strukturen der Kinder- und Jugendhilfe, die entsprechend ihrem gesetzlichen Auftrag zur demokratischen Teilhabe beitragen.

2.4 Politische Bildung im außerschulischen Bereich

Politische Bildung endet nicht mit dem Abschluss der Schule, sondern stellt in der Demokratie eine dauernde Aufgabe der gesamten Gesellschaft dar. Sie erstreckt sich deshalb auch auf den Bereich der außerschulischen politischen Jugend- und Erwachsenenbildung.

In diesem Bereich ist die Landeszentrale für politische Bildung Nordrhein-Westfalen ein zentraler Akteur im Land. Schließlich hat sie die Aufgabe, das demokratische Bewusstsein und die politische Partizipation in Nordrhein-Westfalen zu fördern und über eine Vielzahl wichtiger historischer, gesellschaftlicher und politischer Themen zu informieren. Außerdem will sie für Demokratie als Staats- und Lebensform begeistern und Wesensmerkmale einer Demokratie sowie einer wertorientierten Gesellschaft vermitteln.

Um dieses Ziel zu erreichen, arbeitet die Landeszentrale für politische Bildung zum einen eng mit den nach dem WbG anerkannten Einrichtungen der politischen Bildung in Nordrhein-Westfalen zusammen (siehe Abb. 1), fördert diese und stärkt so die Angebotsvielfalt der politischen Bildung in den einzelnen Regionen. Auch Gedenkstätten und Erinnerungsorte sowie Kommunen und Beratungsstellen in ihrer Präventionsarbeit gegen Gewalt und Menschenfeindlichkeit in unterschiedlichen Phänomenbereichen werden gefördert.

Zum anderen verantwortet die Landeszentrale für politische Bildung auch selbst Bildungsmaßnahmen. Sie betreibt politische Bildungsarbeit unter anderem durch den Ankauf, aber auch durch die Eigenproduktion von Büchern, Unterrichtsmaterialien und digitalen Medien sowie die Organisation und Durchführung von Veranstaltungen zu unterschiedlichen Themen, durch die eigene Präventionsarbeit gegen politischen und religiösen Extremismus sowie die Umsetzung eigener Bildungsprogramme und -projekte. Mit

ihren Angeboten holt die Landeszentrale für politische Bildung die Menschen in ihrer jeweiligen Lebenswirklichkeit – vom Quartier bis zu den sozialen Medien – ab und lädt sie ein, sich auf den gemeinsamen Weg des Demokratielebens und Demokratielernens zu begeben. Ein Überblick über die Angebote und Maßnahmen der Landeszentrale für politische Bildung ist im Anhang 1 zu finden.

Als Teil der kommunalen Kultur- und (Weiter-)Bildungslandschaft tragen auch Soziokulturelle Zentren zur außerschulischen Demokratiebildung sowohl bei Erwachsenen als auch bei Jugendlichen bei. Mit Mitteln der Kunst und Kultur setzen sie sich mit aktuellen gesellschaftspolitischen Themen auseinander. Auch für diesen Bereich ist eine detailliertere Beschreibung im Anhang 1 zu finden.

2.5 Politische Bildung in der Aus-, Fort- und Weiterbildung

Nordrhein-Westfalen verfügt über sehr gefestigte Aus-, Fort- und Weiterbildungsstrukturen, in denen politische Bildung Gegenstand ist.

Studienangebot: Forschungsschwerpunkte zu Themenfeldern mit Relevanz für die politische Bildung sind an elf Universitäten, vier Hochschulen für angewandte Wissenschaften und in einer außeruniversitären Institution, dem Deutschen Institut für Erwachsenenbildung/Leibniz-Zentrum für lebenslanges Lernen in Bonn, verankert. Politische Bildung wird in den Sozial-, Politik-, Gesellschafts-, Bildungs- und Kulturwissenschaften behandelt, an den verschiedenen Fakultäten allerdings mit unterschiedlicher Schwerpunktsetzung. Da die Hochschulen in Nordrhein-Westfalen autonom sind, entscheiden sie eigenständig über ihre Schwerpunkte in Lehre und Forschung und über die Einrichtung von Studienangeboten. Obwohl es insgesamt viele für Fragen politischer Bildung relevante Studienangebote und Forschungsschwerpunkte an den Hochschulen in Nordrhein-Westfalen gibt, ist sie häufig doch auf schulische politische Bildung hin konzipiert, was insbesondere Forschung und Lehre im Bereich der einschlägigen Fachdidaktiken betrifft. Im Vergleich dazu sind die Lehr- und Forschungskapazitäten für die außerschulische politische

Bildung selten. Einen Überblick dazu ermöglicht die „Landkarte zur Forschung zur politischen Bildung“ der „Fachstelle politische Bildung“.¹³

Lehrerbildung: Der in Schulen verantwortete Politikunterricht wird von Politiklehrerinnen und -lehrern erteilt. Wie bei anderen Schulfächern ist auch die Ausbildung im Bereich „Wirtschaft – Politik“ zweistufig organisiert. Die erste, universitäre Phase kann an zehn der elf lehrerbildenden Universitäten absolviert werden, die entsprechende Lehramtsstudiengänge anbieten.

Die zweite Phase der Lehrerbildung findet in Form eines Vorbereitungsdienstes an den Zentren für schulpraktische Lehrerbildung (ZfsL) und an Ausbildungsschulen statt. Das aktuelle Kerncurriculum für die schulpraktische Lehrerbildung mit seinen dort aufgeführten Handlungsfeldern sowie gesellschaftlichen und schulpolitischen Bezügen schafft verbindliche Anknüpfungspunkte zur politischen Bildung sowie zur Demokratiebildung, mit denen sich angehende Lehrkräfte im Vorbereitungsdienst auseinandersetzen.

Aus- und Fortbildung von Polizei und Feuerwehr: Für angehende Staatsbedienstete ist die Orientierung an den Grundwerten des Systems und den Prinzipien der freiheitlich-demokratischen Grundordnung sowie der Rechts- und Sozialstaatlichkeit von zentraler Bedeutung. Neben rechtlichen und fachlichen Kenntnissen stellt daher auch die politische Bildung einen Teil der Ausbildung von Polizei und Feuerwehr dar. Diese erfolgt für die angehenden Polizistinnen und Polizisten an der Hochschule für Polizei und Verwaltung NRW (HSPV) und für die Feuerwehr am Institut der Feuerwehr Nordrhein-Westfalen (IdF NRW). Im Rahmen von stetigen Fortbildungen des Landesamts für Ausbildung, Fortbildung und Personalangelegenheiten der Polizei NRW (LAFP) werden die Themen Demokratie, Rassismus, Antisemitismus, Ausländerfeindlichkeit und Formen der Ausgrenzung und Anfeindung behandelt und es finden interkulturelle Trainings statt. Diese Angebote sollen auch (wie jüngst) rechtsextremistischen Tendenzen bei der Polizei in Nordrhein-Westfalen vorbeugen. Detaillierte Informationen sind Anlage 1 zu entnehmen.

Fortbildungsmaßnahmen der öffentlichen Verwaltung: Allgemeine Fortbildungsangebote für alle Beschäftigten der Landesverwaltung im beruflichen Kontext werden von der Fortbildungsakademie Mont-Cenis des Ministeriums des Innern (FAH) konzipiert und durchgeführt. In den verschiedenen Themenbereichen werden zentrale demokratische Kompetenzen erworben. Beispiele hierfür sind: Konfliktlösungs-, Diversitäts- und interkulturelle Kompetenzen sowie Fachwissen zum Themenfeld Europa.¹⁴

Arbeitnehmerweiterbildung: Das Arbeitnehmerweiterbildungsgesetz (AWbG NRW) regelt die Freistellung für berufliche und politische Weiterbildungsmaßnahmen. Demnach können sich Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Nordrhein-Westfalen bis zu fünf Arbeitstage im Jahr unter Fortzahlung des Arbeitsentgeltes freistellen lassen. Die Weiterbildung muss an anerkannten Einrichtungen der Arbeitnehmerweiterbildung erfolgen.

2.6 Politische Bildung und Präventionsmaßnahmen

Politische Bildung leistet einen Beitrag zur Prävention von menschen- und demokratiefeindlichen Extremismen. Gleichwohl ist das Verhältnis von Prävention und politischer Bildung nicht unumstritten. So ist die der politischen Bildung gewidmete Aufmerksamkeit oft dann besonders groß, wenn extremistische Bewegungen den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu gefährden drohen. Politische Bildung wird dann häufig auf einen Beitrag zur Extremismusprävention reduziert¹⁵. Kernaufgabe politischer Bildung ist aber in erster Linie, die Menschen zur Teilhabe am politischen Leben mit dem notwendigen Wissen und Kompetenzen auszustatten, wodurch diese Angebote wiederum präventiv wirken können. Die bisher beschriebenen Stationen politischer Bildung im Schulbereich, in der Kinder- und Jugendhilfe sowie in der außerschulischen Jugend- und Erwachsenenbildung verdeutlichen dies und tragen dazu bei, die Wahrnehmung von Demokratie als positive und wirkungsvolle Gesellschaftsform zu fördern und das pluralistische demokratische System langfristig zu stärken.

¹³ Siehe: <https://transfer-politische-bildung.de/transfermaterial/forschungslandkarte/>

¹⁴ Weitere Informationen auf der Homepage <https://fah.nrw.de/>

¹⁵ Die Fachdebatte „Politische Bildung und Primärprävention“ auf der Homepage der Bundeszentrale für politische Bildung behandelt diese Thematik (vgl. BPB 2021).

Wichtige Akteure der Präventionsarbeit des Landes Nordrhein-Westfalen sind der Verfassungsschutz im Ministerium des Innern sowie die Landeskoordinierungsstelle gegen Rechtsextremismus und Rassismus (LKS) in der Landeszentrale für politische Bildung. So ergreift der Verfassungsschutz Nordrhein-Westfalen Präventionsmaßnahmen insbesondere in den Bereichen Islamismus, Rechtsextremismus und Linksextremismus (eine Beschreibung der konkreten Maßnahmen ist in Anlage 1 zu finden). Die LKS ist die Schnittstelle zu den einzelnen Partnerinnen und Partnern im Landesnetzwerk gegen Rechtsextremismus. Sie koordiniert und steuert die gemeinsame Arbeit und entwickelt das qualitätsorientierte Verfahren für Beratungsleistungen gegen Rechtsextremismus auf Landesebene weiter. Darüber hinaus ist sie für die Umsetzung des integrierten Handlungskonzepts gegen Rechtsextremismus und Rassismus verantwortlich. Auch für die fünf Mobilen Beratungsstellen gegen Rechtsextremismus, die beiden Opferberatungsstellen und die Ausstiegsberatung ist die LKS zuständig. Überdies unterstützt sie im Rahmen des kommunalen Förderprogramms „NRWelt offen“ Kreise und kreisfreie Städte bei der Umsetzung lokaler Handlungskonzepte gegen Rechtsextremismus und Rassismus.

Außerdem ist die Antisemitismusbeauftragte des Landes Nordrhein-Westfalen eine zentrale Akteurin in der Präventionsarbeit gegen Antisemitismus. Sie initiiert und koordiniert präventive Maßnahmen der Antisemitismusbekämpfung und fungiert als Ansprechpartnerin für Opfer antisemitischer Übergriffe. Sie legt dem Landtag einen jährlichen Bericht über ihre Arbeit vor und empfiehlt darin Maßnahmen zur Bekämpfung des Antisemitismus.

Darüber hinaus wird das Themenfeld „Extremismusprävention“ auch in der Projektgruppe „Medienkompetenz“ der Landesregierung unter Federführung der Staatskanzlei behandelt. Um den Herausforderungen für den demokratischen Diskurs durch Online-Desinformationskampagnen zu begegnen, werden Angebote im Bereich Nachrichten- und Informationskompetenz verstärkt und vernetzt sowie neue Angebote und Formate gefördert und ausgebaut. Das ressortübergrei-

fende Projekt, das Online-Spiel „Leons Identität“, sowie der „#DigitalcheckNRW“ sind dafür gute Beispiele. Eine Grundlage für die weiteren Aktivitäten stellt auch die Vernetzung der Medienkompetenzakteure im Land, wie dem Grimme-Institut, der Landesanstalt für Medien NRW und der Gesellschaft für Medienpädagogik und Kommunikationskultur, dar.

Der politischen Bildung der 5,3 Millionen Menschen mit Einwanderungsgeschichte in Nordrhein-Westfalen kommt eine besondere Bedeutung zu. Das gilt sowohl für diejenigen, die bereits hier geboren und aufgewachsen sind, als auch für die Hunderttausenden von Flüchtlingen und Schutzsuchenden der vergangenen Jahre. Ihre umfassende politische und gesellschaftliche Teilhabe zu gewährleisten, ist eines der zentralen Anliegen der Integrationspolitik der Landesregierung. Ausdruck dieses besonderen Engagements sind die ausgebaute flächendeckende Infrastruktur für Teilhabe und Integration in Nordrhein-Westfalen, die vom Kabinett am 9. Juli 2019 gebilligte Teilhabe- und Integrationsstrategie 2030, die Integrations- und Wertschätzungskampagne #IchDuWirNRW, die Grundnovellierung und Modernisierung des Teilhabe- und Integrationsgesetzes sowie zahlreiche weitere Maßnahmen und Programme. Die Landesregierung fördert das politische Engagement von Menschen mit Einwanderungsgeschichte etwa in den Integrationsausschüssen und Integrationsräten vor Ort und spricht sich für deutliche Erleichterungen beim Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit aus.

Trotz dieser vielfältigen Präventionsstrukturen ist die konkrete Bedrohungslage durch Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus und Verschwörungsmythen nicht außer Acht zu lassen. Die Zahlen der politisch motivierten Kriminalität von rechts zeigen seit Jahren die Gefahr durch den Rechtsextremismus in Nordrhein-Westfalen auf. Es gibt eine Kontinuität rassistisch und rechtsextrem motivierter Gewalt. Präventions- und Sensibilisierungsmaßnahmen tragen dazu bei, über Formen des Extremismus aufzuklären und demokratische Haltungen und Wachsamkeit zu stärken (vgl. LT-Drs. 17/11081).

B



B. Politische Bildung vor dem Hintergrund der politischen und demokratischen Lebenswelten der Menschen in Nordrhein-Westfalen

Der erste Teil des Demokratieberichts hat einen Überblick über die Struktur der vielfältigen Landschaft politischer Bildung in Nordrhein-Westfalen gegeben und die Bereiche, in denen politische Bildung stattfindet, vorgestellt. Dass politische Bildung in den unterschiedlichen Sozialisationsbereichen wirkt und viele Akteure Verantwortung tragen, unterstreicht die große Relevanz politischer Bildung.

Im Fokus politischer Bildungsangebote stehen die Adressatinnen und Adressaten mit ihren jeweiligen Interessen, Einstellungen und persönlichen Hintergründen. Mithilfe einer repräsentativen Umfrage wurden daher diese grundlegenden Einstellungsmuster und die politischen und demokratischen Lebenswelten der Menschen in Nordrhein-Westfalen untersucht. Dadurch soll eine empirische Grundlage geschaffen werden, die Anknüpfungspunkte für die Weiterentwicklung politischer Bildungsangebote identifiziert und so zu einer Stärkung der demokratischen Gesellschaft beiträgt. Die durch die Umfrage generierten, aktuellen Ergebnisse werden aufzei-

gen, welche politischen Themen die Menschen interessieren und wo sie Handlungsbedarf für Gesellschaft und Politik sehen. Dadurch wird ein Fundament für weitere, vertiefende Forschung angeboten.

Befragt wurden 1.000 Menschen mit Wohnsitz in Nordrhein-Westfalen ab 14 Jahren. Die Ergebnisse zeichnen ein aktuelles Stimmungsbild der Menschen im Land. Im Fokus stehen die Einschätzungen der Bürgerinnen und Bürger zu Demokratie und Lebensverhältnissen sowie zu den zentralen Herausforderungen für die Gesellschaft in Nordrhein-Westfalen und in Deutschland. Befragt wurden die Teilnehmenden der repräsentativen Umfrage zudem hinsichtlich ihres Politikinteresses sowie ihrer Kenntnis und Nutzung von Angeboten der politischen Bildung. Für die Interpretation der Ergebnisse wurden Merkmale wie zum Beispiel Geschlecht, Alter und höchster Bildungsabschluss herangezogen. Die Ergebnisse der Befragung sowie der wissenschaftlichen Einordnung und Analyse werden im Folgenden dargestellt.

1. Wahrnehmung des politischen Systems und der Lebensverhältnisse

Die Stabilität und das Funktionieren eines demokratischen Regierungssystems hängen im hohen Maße auch davon ab, ob die Bürgerinnen und Bürger diesem positiv gegenüberstehen und mit den allgemeinen Lebensverhältnissen und dem politischen System insgesamt zufrieden sind.

Um die Zufriedenheit mit den Lebensverhältnissen zu ermitteln, wurden die Befragten zunächst um eine Einschätzung zur allgemeinen Zufriedenheit mit den heutigen Lebensbedingungen und Lebensverhältnissen in Nordrhein-Westfalen

gebeten. Anschließend folgte die Frage nach der Zufriedenheit mit der persönlichen Lebenssituation.

Die Zufriedenheit der Menschen mit dem politischen System wurde ebenfalls zweistufig ermittelt: Bevor die Befragten ihre Zufriedenheit mit dem tatsächlichen Funktionieren der Demokratie einschätzen sollten, wurden sie zu ihrer grundsätzlichen Zustimmung zu Demokratie als Staatsform befragt.

82 %
sind mit den Lebensbedingungen
und Lebensverhältnissen in
Nordrhein-Westfalen allgemein
zufrieden.

88 %
sind mit der persönlichen
Lebenssituation
zufrieden.

1.1 Zufriedenheit mit den Lebensverhältnissen

Befragt nach der allgemeinen Zufriedenheit mit den heutigen Lebensbedingungen und Lebensverhältnissen in Nordrhein-Westfalen zeigt sich eine Mehrheit von 82 % sehr bzw. eher zufrieden. Eine größere Unzufriedenheit besteht tendenziell bei Personen mit formal niedriger Bildung bzw. einem monatlichen Haushaltseinkommen von unter 2.000 Euro. Umgekehrt weisen Personen mit einer formal höheren Bildung und einem höheren monatlichen Haushaltseinkommen eine größere Zufriedenheit mit den allgemeinen Lebensbedingungen und Lebensverhältnissen auf.

Noch zufriedener als mit den Lebensverhältnissen sind die Befragten mit ihrer persönlichen Lebenssituation. Sehr zufrieden bzw. eher zufrieden äußern sich 88 % der Befragten.

Auch die Befragten mit niedrigerem Einkommen zeigen sich zufriedener mit der persönlichen Lebenssituation als mit den allgemeinen Lebensverhältnissen und Lebensbedingungen. Nichtsdestotrotz sind die Befragten mit einem Haushaltseinkommen unter 2.000 Euro mit 77 % (21 % sehr zufrieden, 56 % eher zufrieden) unzufriedener als der Durchschnitt der Befragten.

Einordnung der Ergebnisse:

Die Ergebnisse zeigen eine höhere Zufriedenheit mit der persönlichen Lebenssituation als mit den allgemeinen Lebensbedingungen und Lebensverhältnissen. Diese Einschätzung ist auch in vergleichbaren Erhebungen zu finden, wie z.B. im Datenreport 2018¹⁶ (BPB 2018: 383 ff.). Auch dort sind die Werte für die persönliche Zufriedenheit höher als für die allgemeine Zufriedenheit. Der in zeitlicher Nähe zur vorliegenden Umfrage im Sommer 2020 durchgeführte Standard-Eurobarometer 93¹⁷ (Europäische Kommission 2020: T.1) enthält folgende Werte für die Zufriedenheit mit der persönlichen Lebenssituation in Deutschland¹⁸: „sehr zufrieden“ 34 %, „ziemlich zufrieden“ 58 %, „nicht sehr zufrieden“ 7 %, „überhaupt nicht zufrieden“ 1%. Dieses Stimmungsbild der Gesamtbevölkerung deckt sich mit den Ergebnissen der vorliegenden Befragung der Menschen in Nordrhein-Westfalen.

Ein möglicher Erklärungsansatz für die tendenziell geringere Zufriedenheit mit den allgemeinen Lebensbedingungen und Lebensverhältnissen wäre, dass dieses Gefühl weniger von materiellen Bedingungen, sondern vielmehr von einem Bedrohungsgefühl angesichts neuer Unübersichtlichkeiten geprägt ist. Gerade weil man materiell gut abgesichert ist, erscheint das Bedrohungsgefühl umso größer, denn man hat etwas zu verlieren durch vermeintlich „falsche“ Politik.

16 Bei dem Datenreport handelt es sich um einen Sozialbericht für die Bundesrepublik Deutschland, der amtliche Statistiken und sozialwissenschaftliche Einordnungen zur gesellschaftlichen Situation in Deutschland liefert. Herausgeber: Bundeszentrale für politische Bildung in Kooperation mit dem Statistischen Bundesamt, dem Wissenschaftszentrum Berlin und dem Sozio-ökonomischen Panel des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (vgl. BPB 2018).

17 Der Standard-Eurobarometer 93 wird im Auftrag der Europäischen Kommission oder anderer EU-Institutionen durchgeführt.

18 Die dortige Fragestellung lautete: „Sind Sie insgesamt gesehen mit dem Leben, das Sie führen, sehr zufrieden, ziemlich zufrieden, nicht sehr zufrieden oder überhaupt nicht zufrieden?“

Für die politische Bildung würde dieser Erklärungsansatz bedeuten, dass sie ohne Berücksichtigung von Emotionen bei einem nicht unerheblichen Teil der Menschen unwirksam zu bleiben droht. Trotz aller materieller Sicherheit wecken vor allem Veränderungen Angstgefühle. Die Sorge vor Ungewohntem, Neuem und Fremdem und darauf aufsetzende Verlustängste müssen daher ernst genommen und deren Bedeutung für die politische Bildung reflektiert werden.

kratie – gebeten. Deutlich wird: Das überwiegend positive Stimmungsbild hinsichtlich der Lebensverhältnisse ist auch bei der Zufriedenheit mit der Demokratie zu finden.

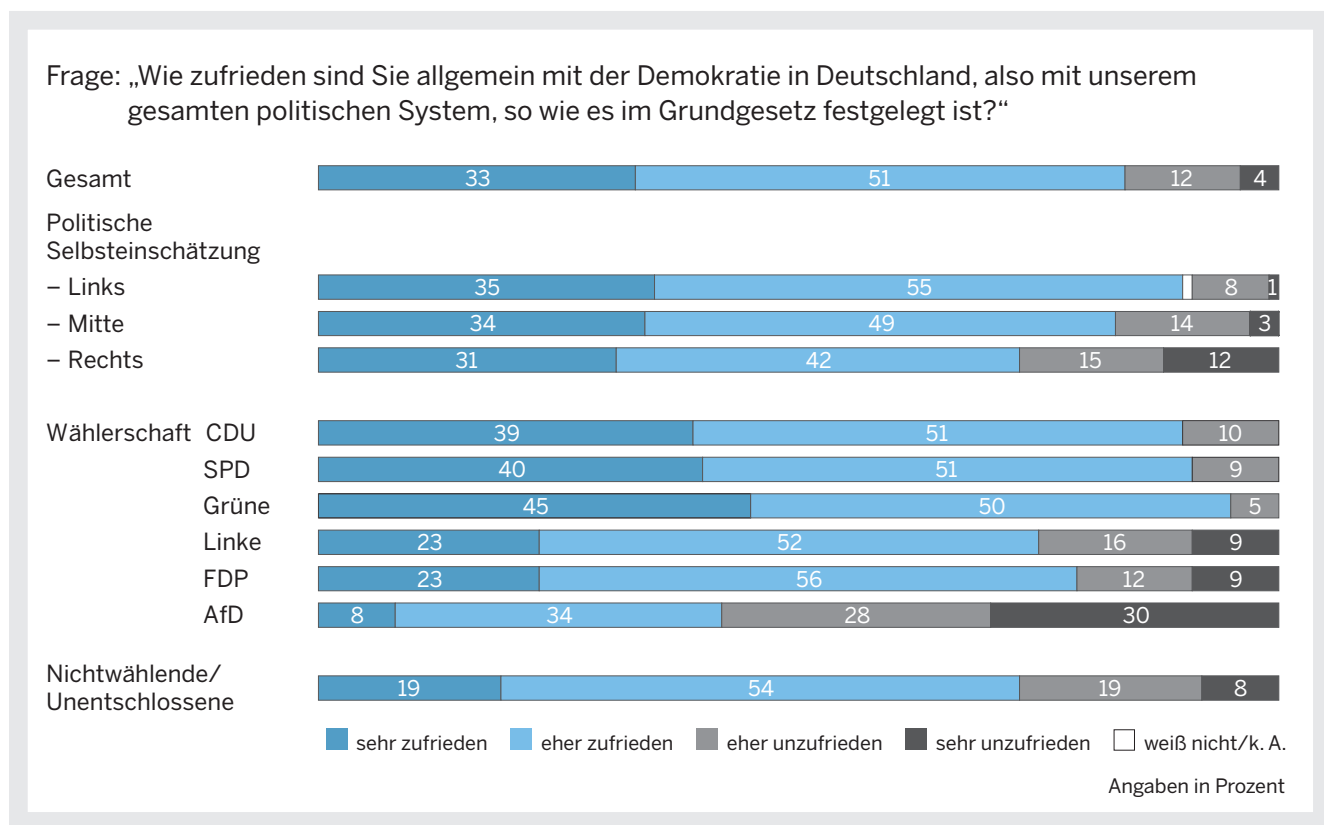
Abbildung 2 zeigt, dass die überwiegende Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger in Nordrhein-Westfalen (84%) grundsätzlich mit der Demokratie als Staatsform sehr oder eher zufrieden ist.

1.2 Zufriedenheit mit der Demokratie

Um die Zufriedenheit der Befragten hinsichtlich des politischen Systems zu ermitteln, wurde zunächst nach der Zufriedenheit mit der Demokratie, so wie sie im Grundgesetz festgelegt ist, gefragt. Anschließend wurden die Befragten um Einschätzung zur Zufriedenheit mit dem tatsächlichen Funktionieren – also der Praxis der Demo-

84 %
Zufriedenheit mit der Demokratie, also dem gesamten politischen System, so wie es im Grundgesetz festgelegt ist.

Abbildung 2:
Zufriedenheit mit dem politischen System in Deutschland



Auch die Gruppe der Nichtwählenden bzw. Unentschlossenen¹⁹ zeigt sich mehrheitlich zufrieden mit der Demokratie, so wie sie im Grundgesetz festgelegt ist, wobei eine Minderheit von etwa einem Viertel mit dieser unzufrieden zu sein scheint. Im Hinblick auf die politische Selbsteinschätzung²⁰ ist festzustellen, dass die Befragten, die sich im eher linken politischen Spektrum verorten, am zufriedensten mit der im Grundgesetz festgelegten Demokratie sind, während sich die Befragten, die sich im eher rechten politischen Spektrum verorten, unzufriedener sind.

Wie Abbildung 3 zu entnehmen ist, gestaltet sich die Zufriedenheit der Bürgerinnen und Bürger in Nordrhein-Westfalen mit dem tatsächlichen Funktionieren der Demokratie etwas geringer, bewegt sich aber immer noch auf einem sehr hohen Niveau: Eine deutliche Mehrheit von 70 % ist mit

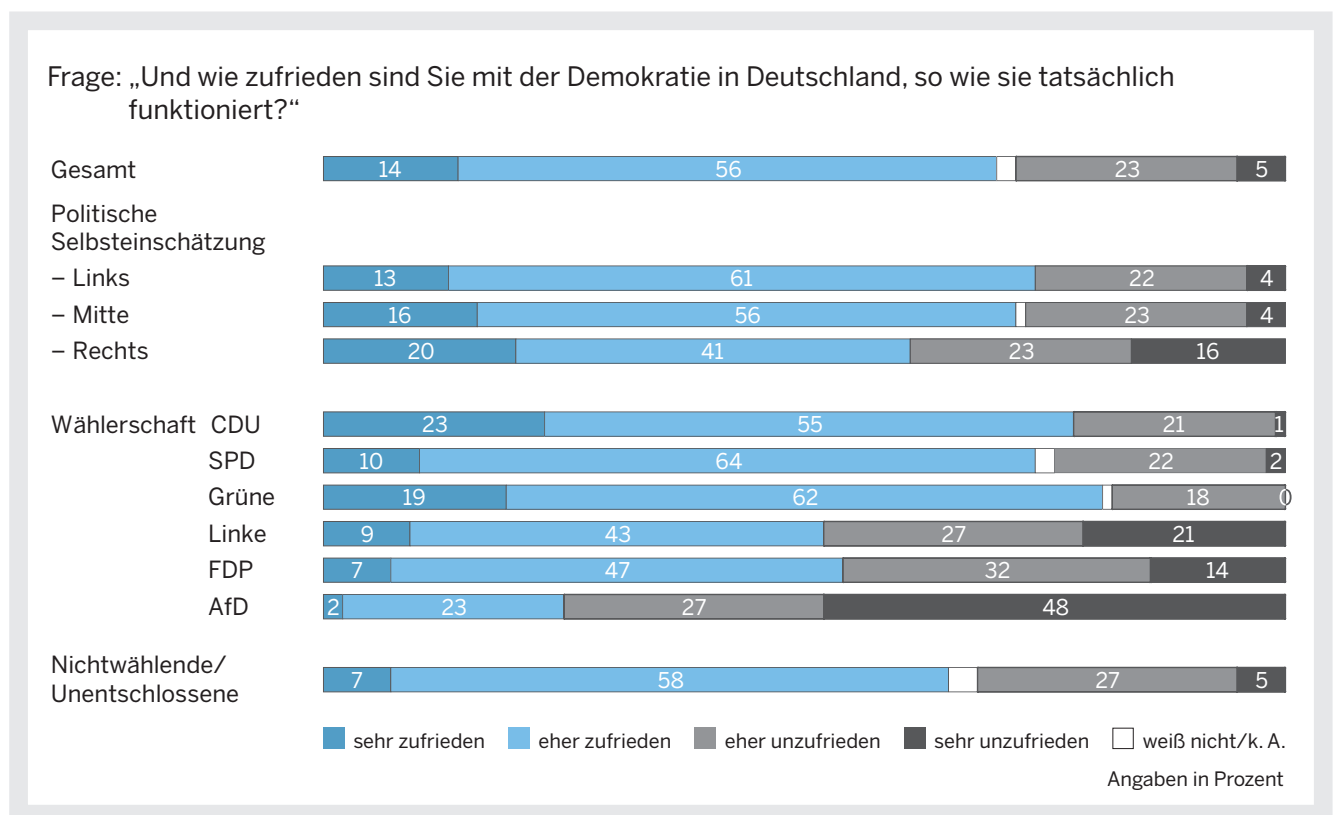
70 %
Zufriedenheit mit der
Demokratie, so wie sie
tatsächlich funktioniert.

diesem sehr oder eher zufrieden, während 28 % eher bzw. sehr unzufrieden sind.

Auch die Nichtwählenden bzw. Unentschlossenen zeigen sich mit der Praxis der Demokratie etwas unzufriedener als mit der Demokratie, so wie sie im Grundgesetz festgelegt ist.

Abbildung 3:

Zufriedenheit mit dem Funktionieren des politischen Systems



19 Neben soziodemografischen Merkmalen wurde auch die Bundestagswahlabsicht der Befragten ermittelt. Die Gruppe der Nichtwählenden bzw. Unentschlossenen setzt sich zusammen aus den Befragten, die nicht zur Wahl gehen würden, sowie denjenigen, die sich hinsichtlich der Wahlabsicht noch unentschlossen zeigten.

20 Um eine politische Selbsteinschätzung vorzunehmen, wurden die Befragten gebeten, sich auf einer Skala von 1 (= „links“) bis 10 (= „rechts“) zu verorten.

Einordnung der Ergebnisse:

Die Ergebnisse lassen ein hohes Maß an Zustimmung zur Demokratie als Staatsform bei gleichzeitig vorhandener Kritik an der konkret erlebten Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland feststellen. So ist die grundsätzliche Befürwortung von Demokratie stark ausgeprägt, während die Zustimmungswerte deutlich niedriger ausfallen, wenn nach dem konkreten Funktionieren der Demokratie gefragt wird.

Die Ergebnisse decken sich mit denen anderer Erhebungen. Ein Blick auf die Ergebnisse des Datenreports 2018, einer Studie von YouGov und SINUS-Institut sowie der Shell-Studie 2019²¹ zeigt, dass die grundsätzliche Befürwortung von Demokratie stark ausgeprägt ist (vgl. BPB 2018: 359; YouGov 2019; Shell Deutschland Holding 2019: 92), während die Zustimmungswerte geringer ausfallen, wenn nach dem konkreten Funktionieren von Demokratie in Deutschland gefragt wird (vgl. Europäische Kommission 2020).

Dass die Bevölkerung der Idee von Demokratie, wie sie auch die grundgesetzliche Verfassungsordnung prägt, grundsätzlich hohe Zustimmung entgegenbringt, zeigt, dass die Bundesrepublik

Deutschland auf einer soliden Basis ruht. Sie ist eine konsolidierte Demokratie. Allerdings ist die Idee einer Staatsordnung noch nicht ihre konkrete Wirklichkeit. Demokratie kennt strukturelle Funktionsprobleme, wie zum Beispiel Steuerungsprobleme angesichts einer zunehmenden Komplexität oder das „Schwächeln bei der Zukunftsverantwortlichkeit“ (Schmidt 2010: 499). Man kann ihr als Idee also grundsätzlich zustimmen, ohne mit ihrem konkreten Funktionieren gleichermaßen zufrieden zu sein. Dies gilt insbesondere dann, wenn die eigenen Bedürfnisse nicht ausreichend befriedigt und die eigenen Vorstellungen nur unzureichend berücksichtigt werden.

Politische Bildung muss Demokratie in ihren Stärken und Schwächen zugleich vermitteln, denn ein idealisiertes Demokratiebild wird regelmäßig mit der politischen Realität konfrontiert und von ihr gegebenenfalls konterkariert. Demokratie darf daher nicht statisch erscheinen, sondern muss als politische Ordnung in Entwicklung offen und gestaltbar für ihre Bürgerinnen und Bürger sein – wenn auch unter konkreten politischen Bedingungen und innerhalb der Verfassungsprinzipien des Grundgesetzes gerahmt.

2. Was macht eine Demokratie aus?

Demokratie, was ist das eigentlich? Erst einmal eine Staatsform. Aber was macht diese Staatsform aus? Und begreifen die Bürgerinnen und Bürger Nordrhein-Westfalens die Demokratie neben der Staatsform auch als Lebensform, die den Alltag und die Kultur des sozialen Zusammenlebens der Menschen prägt?

Um sich den Antworten auf diese Fragen zu nähern, wurde das Demokratieverständnis der Menschen in Nordrhein-Westfalen durch die Zuordnung von Demokratiefacetten bestimmt.

Gefragt wurde nach der Zugehörigkeit von einzelnen Elementen, die einem eher verfassungsrechtlichen Demokratiekonzept (Grundrechte: Meinungs- und Pressefreiheit; Verfassungsprinzipien: Rechtsstaatlichkeit, Gewaltenteilung und staatliches Gewaltmonopol, Wahlen) bzw. einem lebensweltlichen Demokratiekonzept (Chancengleichheit, Kompromissfähigkeit, Respekt vor Andersdenkenden, Minderheitenrechte, offener Konfliktaustrag) folgen.

²¹ Die Shell-Jugendstudie untersucht regelmäßig Einstellungen, Werte, Gewohnheiten und das Sozialverhalten von Jugendlichen in Deutschland.

Abbildung 4:

Bestandteile einer Demokratie – „Staatsform“

Frage: „Man kann unterschiedliche Vorstellungen davon haben, was zu einer Demokratie dazugehört. Bitte geben Sie bei den folgenden Aspekten jeweils an, ob dieser Ihrer Ansicht nach unbedingt zu einer Demokratie dazugehört, eher zu einer Demokratie dazugehört, eher nicht zu einer Demokratie dazugehört oder ob er gar nicht zu einer Demokratie dazugehört.“

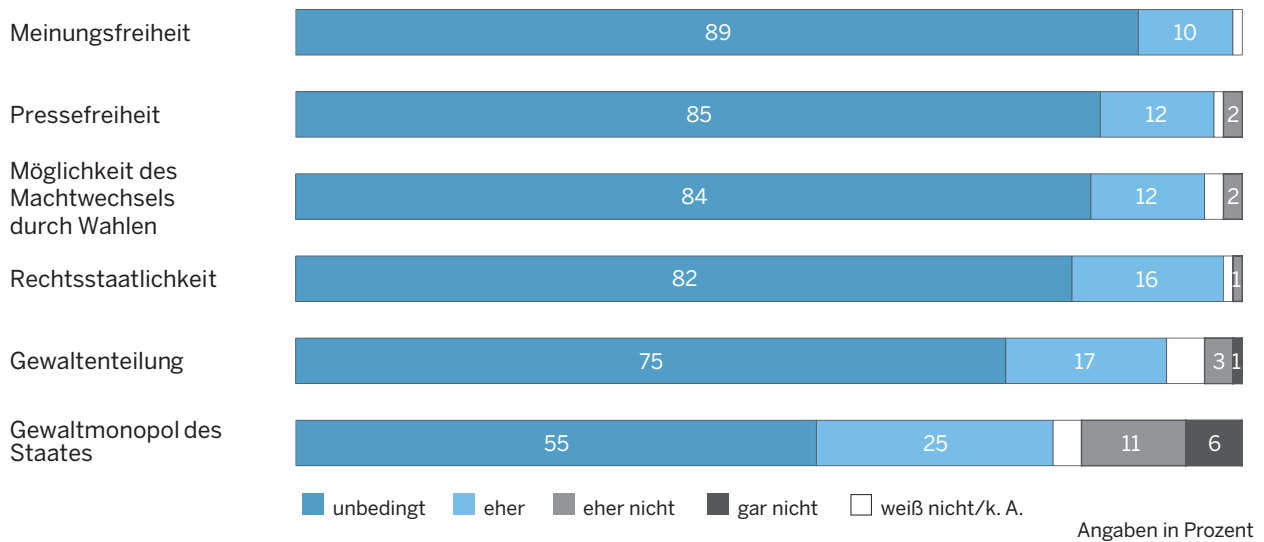
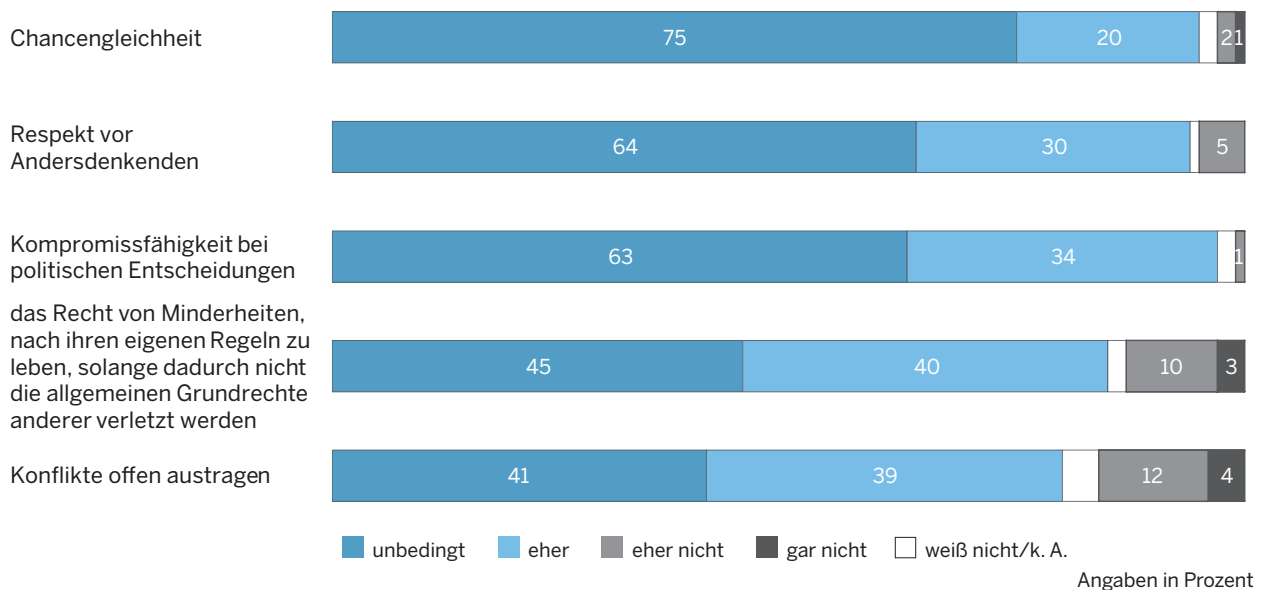


Abbildung 5:

Bestandteile einer Demokratie – „Lebensform“

Frage: „Man kann unterschiedliche Vorstellungen davon haben, was zu einer Demokratie dazugehört. Bitte geben Sie bei den folgenden Aspekten jeweils an, ob dieser Ihrer Ansicht nach unbedingt zu einer Demokratie dazugehört, eher zu einer Demokratie dazugehört, eher nicht zu einer Demokratie dazugehört oder ob er gar nicht zu einer Demokratie dazugehört.“



Die Ergebnisse zeigen insgesamt höhere Zustimmungswerte für die verfassungsrechtlichen Aspekte (Demokratie als Staatsform) im Vergleich zu den lebensweltlichen (Demokratie als Lebensform). Zum Teil weit über drei Viertel der Befragten sind der Meinung, dass Meinungsfreiheit, Pressefreiheit, Rechtsstaatlichkeit, die Möglichkeit des Machtwechsels durch Wahlen und Gewaltenteilung unbedingt zu einer Demokratie dazugehören. Wesentlich weniger Befragte sehen Chancengleichheit, Respekt vor Andersdenkenden, Kompromissfähigkeit, Minderheitenrechte und offenen Konfliktaustrag als unbedingte Bestandteile einer Demokratie. Nur etwas mehr als die Hälfte der Befragten hält das Gewaltmonopol des Staates für einen zwingenden Bestandteil der Demokratie²², jeder Zweite nennt die soziale Marktwirtschaft.

Demokratische Alltagskompetenzen sind ausbaufähig: hohe Zustimmung zur Demokratie als Staatsform – geringere Zustimmung zur Demokratie als Lebensform

Fasst man die Werte für „gehört unbedingt dazu“ und „gehört eher dazu“ zusammen, dann ergeben sich für alle Aspekte Werte von 80 bis 98% Zustimmung. Am schlechtesten schneiden mit jedoch beachtlichen Werten das Gewaltmonopol des Staates und der offene Konfliktaustrag ab.

Im Hinblick auf den Bildungsabschluss und das Haushaltseinkommen der Befragten weisen die Ergebnisse zum Demokratieverständnis ein Gefälle auf: Je höher beides ist, desto höher liegen in der Regel auch die Zustimmungswerte zu den einzelnen Demokratiefacetten. Im Hinblick auf den Bildungsabschluss sind für Befragte mit Abitur bzw. Studium die meisten Aspekte – mit Ausnahme der Chancengleichheit, der Kompromissfähigkeit und der offenen Austragung von

Konflikten – häufiger als für die Befragten mit formal niedriger oder mittlerer Bildung unbedingte Merkmale einer Demokratie.

Ein Gefälle zeigt sich auch mit Blick auf die politische Selbsteinschätzung der Befragten. Diejenigen, die sich im rechten politischen Spektrum verorten, nennen insbesondere die lebensweltlichen Aspekte seltener als unbedingte Bestandteile einer Demokratie als die Befragten, die sich im linken oder mittleren politischen Spektrum verorten. So nennen 70% der Befragten, die sich im linken Spektrum verorten, „Respekt vor Andersdenkenden“ als unbedingten Bestandteil einer Demokratie, während dies 63% der Befragten, die sich mittig verorten, und 58% der Befragten, die sich rechts verorten, angeben. „Das Recht von Minderheiten, nach ihren eigenen Regeln zu leben, solange nicht die Grundrechte anderer verletzt werden“²³, nennen 53% der Befragten, die sich links verorten, 44% der Befragten, die sich mittig und 35% der Befragten, die sich rechts verorten, als unbedingten Bestandteil einer Demokratie.

Einordnung der Ergebnisse:

Die Ergebnisse zeigen ein ausdifferenziertes Demokratieverständnis der Menschen in Nordrhein-Westfalen, das nicht auf formale Aspekte, wie zum Beispiel Wahlen, beschränkt ist. Deutlich wird jedoch die Unterscheidung der Befragten zwischen Demokratie als Staats- und Lebensform: Während Demokratie als Staatsform stark in den Köpfen der Menschen verankert ist, gilt das etwas weniger stark von Demokratie als Lebensform. Je näher Demokratie und die damit verbundenen Prozesse (z. B. Konfliktaustrag) rücken und je stärker die eigene Haltung gefragt ist (z. B. Kompromissfähigkeit, Toleranz), desto niedriger ist die Zustimmung. Anders ausgedrückt: Demokratie wird abstrakt als richtig und wichtig verstanden, aber ein nicht geringer Teil der Bevölkerung (wenn auch nicht die Mehrheit) sieht die damit verbundenen Konsequenzen als weniger wichtig an.

22 Das vergleichsweise niedrige Ergebnis für den Aspekt „Gewaltmonopol des Staates“ könnte eventuell damit zusammenhängen, dass die Befragten den Begriff nicht im staatsrechtlichen Sinne verstanden haben, sondern eventuell Assoziationen mit „Polizeigewalt“ o. Ä. geweckt wurden.

23 Die Formulierung zielt ganz bewusst nicht auf bestimmte gesellschaftliche Gruppen ab. Vielmehr ist der Aspekt im Sinne allgemeiner demokratietheoretischer Mehr- und Minderheiten gemeint.

Abbildung 6:
Bestandteile einer Demokratie – „Staatsform“: nach Bildung

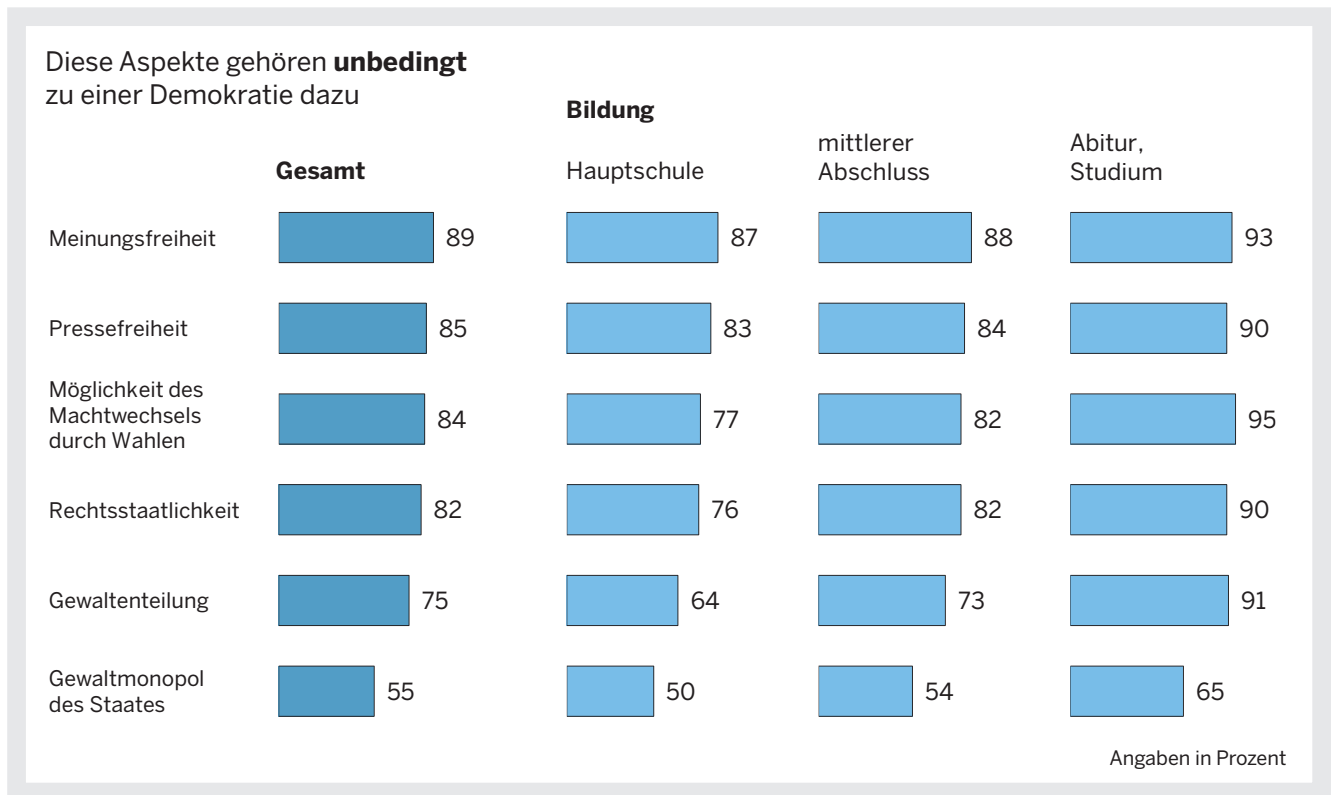
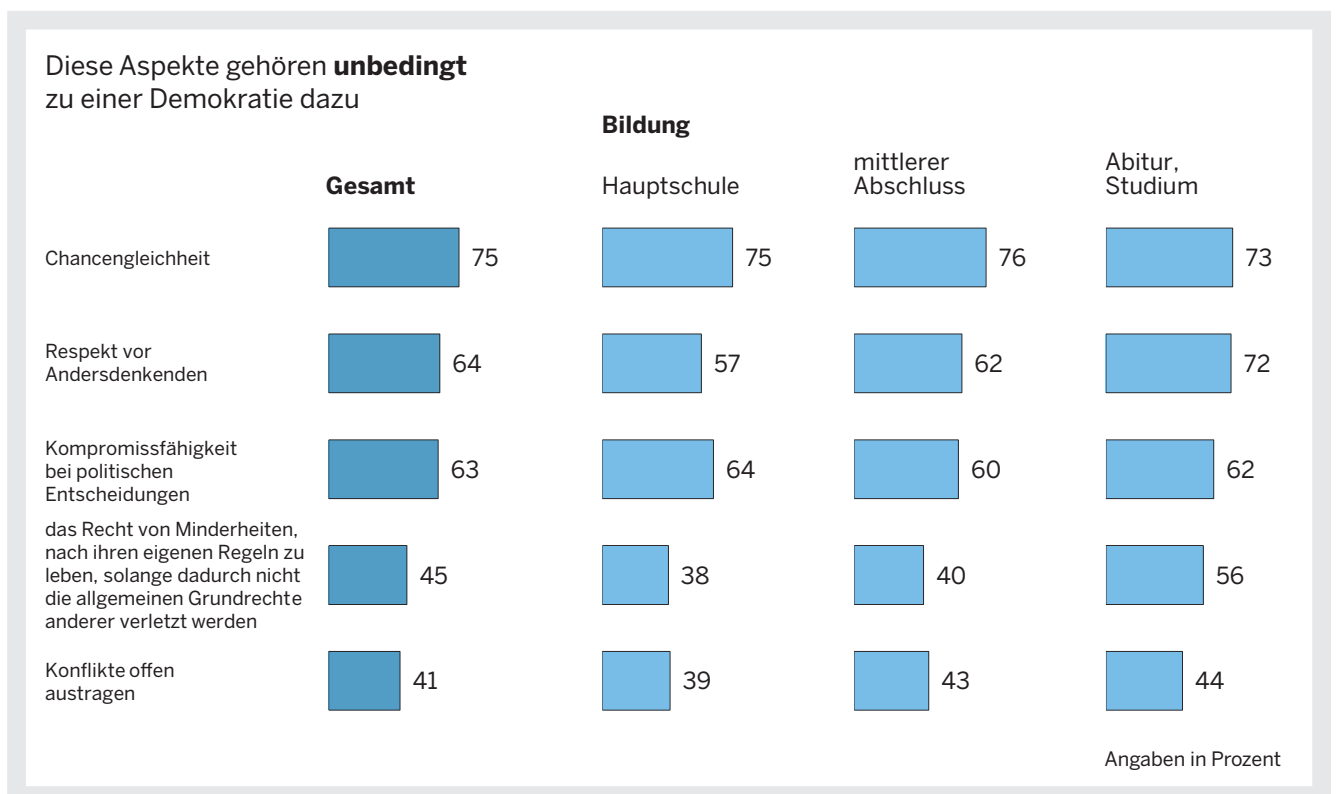


Abbildung 7:
Bestandteile einer Demokratie – „Lebensform“: nach Bildung



Diese erkennbare Diskrepanz hat unmittelbare Konsequenzen für den Auftrag der politischen Bildung. Demokratie ist Staatsform und Haltung zugleich. Die demokratische Staatsform kann nur bestehen, wenn auch das Handeln und das Zusammenleben der Bürgerinnen und Bürger an demokratischen Werten und Prinzipien ausgerichtet ist: Die Wahrung der Menschenwürde, gegenseitiger Respekt, gelebte Toleranz, die Wertschätzung von Vielfalt und friedlichen Konfliktlösungen – all das macht eine demokratische Haltung aus. Anzuerkennen, dass die Freiheit der Einzelnen an der der anderen ihre Grenzen hat, ist ein komplexer Reflexionsprozess. Hierzu ist vor allem die Kompetenz des Perspektivwechsels notwendig. Diese zu fördern und überhaupt zunächst ein Bewusstsein dafür zu schaffen, muss im Verständnis politischer Bildung verankert sein. Unsere demokratische Haltung, unsere demokratischen Regeln und Prinzipien sind Gegenstand eines stetigen gesellschaftlichen Aushandlungsprozesses. Politische Bildung muss dem Auftrag nachkommen, das Miteinander von verfassungsrechtlichen und lebensweltlichen Demokratieprinzipien zu festigen und die Menschen bei der Herausbildung einer demokratischen Haltung zu unterstützen. Eine vornehmlich institutionenkundliche Bildungsarbeit kann das nicht leisten.

Politische Bildung muss Demokratie erlebbar machen und eine an demokratischen Werten und Prinzipien orientierte Haltung fördern.

Des Weiteren ist auch auffällig, dass der Aspekt *„Recht von Minderheiten, nach ihren eigenen Regeln zu leben, solange sie nicht die allgemeinen Grundrechte anderer verletzen“* nur von 45% der Befragten als unbedingter Bestandteil einer Demokratie betrachtet wird. Dies lässt sich im Zusammenhang mit anderen Datensätzen interpretieren. So sind z. B. nach der Shell-Studie 2019 Vorbehalte gegenüber bestimmten Gruppen der Gesellschaft bei den Subgruppen der dort als Populismus-Geneigten und Nationalpopulisten charakterisierten Bevölkerungsteile feststellbar. Hier drückt sich deutlich eine *„typische Distanz gegenüber Vielfalt“* aus (vgl. Shell Deutschland Holding 2019: 87 f.).

3. Teilnahme und Interesse am politischen Leben

Das politische Interesse ist ein wichtiger Indikator dafür, ob das politische Geschehen für die Menschen als wichtig genug erachtet wird, um sich darüber zu informieren und gegebenenfalls zu engagieren. Dabei ist das bürgerschaftliche und zivilgesellschaftliche Engagement für eine demokratische Gesellschaft besonders wichtig, denn ein freier und demokratischer Staat ist auf die aktive Mitwirkung der Menschen angewiesen.

Wie stark ist das politische Interesse unter der Bevölkerung Nordrhein-Westfalens ausgeprägt?

Sind die Menschen ehrenamtlich engagiert und/oder nutzen sie politische Partizipationsformen?

3.1 Politisches Interesse

Befragt nach ihrem politischen Interesse, äußert eine deutliche Mehrheit starkes Interesse. Sowohl für das politische Geschehen auf Bundes- als auch auf Landesebene interessieren sich jeweils rund drei Viertel aller Befragten stark oder sehr stark.

Das politische Geschehen auf Bundes- und Landesebene hat einen hohen Stellenwert für die Menschen in Nordrhein-Westfalen:

76 %
der Befragten interessieren sich stark oder sehr stark für das politische Geschehen auf Bundesebene.

78 %
der Befragten interessieren sich stark oder sehr stark für das politische Geschehen auf Landesebene.

Unterschiede im Grad des Interesses finden sich nur in geringem Maße. So geben die unter 30-Jährigen und die Befragten mit Hauptschulabschluss etwas häufiger als der Durchschnitt aller Befragten an, sich nicht so stark für das politische Geschehen im gesamten Bundesgebiet oder im Land Nordrhein-Westfalen zu interessieren. Bei der Gruppe der über 45-Jährigen ist das politische Interesse tendenziell auf Bundesebene etwas ausgeprägter, wohingegen sich die unter 45-Jährigen tendenziell stärker für das politische Geschehen auf Landesebene interessieren.

Mit Blick auf den Bildungsabschluss lässt sich feststellen, dass das politische Interesse auf Bundes- sowie auf Landesebene mit dem Grad des Bildungsabschlusses steigt. Je höher der Bildungsabschluss, desto höher das politische Interesse, wobei auf Landesebene die Befragten mit einem mittleren Bildungsabschluss sich minimal interessierter zeigen als die mit Abitur oder Studium.

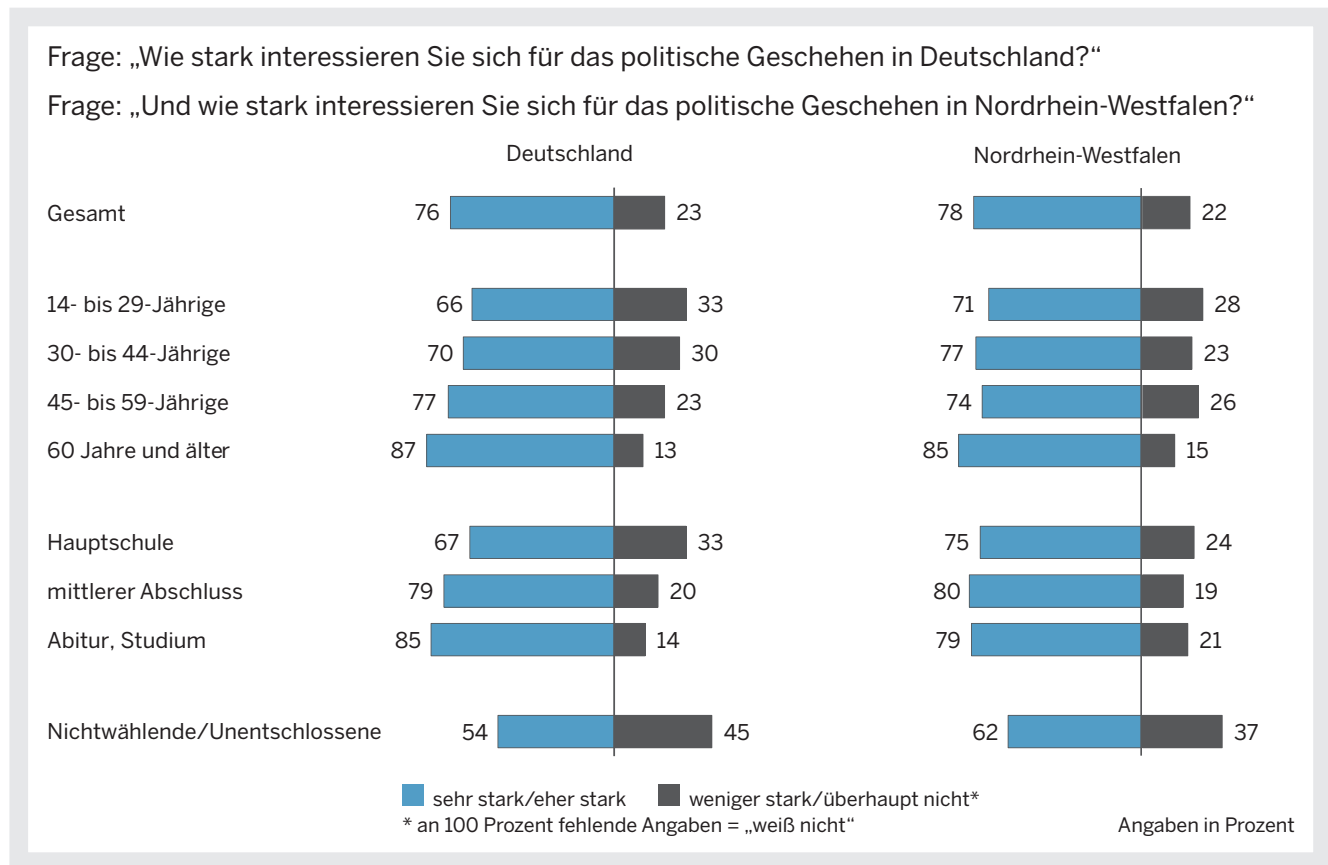
Geringer ausgeprägt als unter der Bevölkerung insgesamt ist das Interesse am politischen Geschehen in der Gruppe der Nichtwählenden bzw. Unentschlossenen. Tendenziell interessierter zeigt sich diese Gruppe jedoch am politischen Geschehen auf Landesebene.

Einordnung der Ergebnisse:

Die Ergebnisse zeigen ein hohes politisches Interesse der Bevölkerung Nordrhein-Westfalens für die Geschehnisse auf Bundes- sowie auf Landesebene. Bemerkenswert ist das tendenziell höhere Interesse der Menschen an dem politischen Geschehen auf Landesebene. Eine mögliche Erklärung könnte die aktuelle Corona-Krise sein, in der die Entscheidungen der Landesregierung das Leben der Menschen derzeit unmittelbar beeinflussen. Ebenfalls bemerkenswert ist das politische Interesse in der Gruppe der Nichtwählenden bzw. Unentschlossenen. Die Ergebnisse zeigen, dass das Interesse zwar geringer als beim Durchschnitt der Befragten ist, aber dennoch eine Mehrheit sich keinesfalls politisch uninteressiert zeigt.

Das grundsätzlich hohe politische Interesse wird in den Resultaten anderer Befragungen bestätigt. Zu berücksichtigen ist jedoch, dass es sich bei der vorliegenden Befragung um eine Einzelbefragung handelte und das politische Interesse dynamischen Veränderungen, wie zum Beispiel aufgrund der das Land gerade prägenden Corona-Krise, unterliegt. Laut Datenreport 2018 steigt das politische Interesse seit Jahren jedoch deutlich an (BPB 2018: 350) und auch das in zeitli-

Abbildung 8:
Interesse für das politische Geschehen in Deutschland und Nordrhein-Westfalen



cher Nähe zur vorliegenden Umfrage im Sommer 2020 durchgeführte Standard-Eurobarometer 93 dokumentiert ein Interesse von mehr als drei Viertel der Befragten (Europäische Kommission 2020, T. 1). Auch wenn die Kategorien nicht identisch sind²⁴, so bestehen doch auch hier keine besonderen Auffälligkeiten für die Situation in Nordrhein-Westfalen, wenn man die Gesamtbevölkerung betrachtet.

Für die politische Bildung ist das hohe politische Interesse der Menschen in Nordrhein-Westfalen ein ermutigender Befund. Viele Bürgerinnen und Bürger sind an Politik interessiert und damit für Angebote der politischen Bildung erreichbar. Gleichwohl muss das Augenmerk auch auf die Personen gerichtet werden, die angeben, sich nicht für Politik zu interessieren. Deren Motivation und Gründe aufzuklären, muss Gegenstand der empirischen Forschung sein, auch wenn es in einer Demokratie das gute Recht jedes Menschen ist, seine Interessen selbst zu bestimmen.

3.2 Politische Beteiligung

Befragt wurden die Menschen in Nordrhein-Westfalen auch nach der Bedeutsamkeit von Möglichkeiten zur politischen Partizipation. Eine große Mehrheit der Befragten findet es sehr wichtig bzw. eher wichtig, die Möglichkeit zu haben, sich an politischen Entscheidungen zu beteiligen bzw. diese zu beeinflussen. Nur eine sehr geringe Anzahl der Befragten beantwortet die Frage mit „nicht so wichtig“ oder „unwichtig“. Dies deckt sich mit der geäußerten Selbstwirksamkeitserwartung: Nur jeder Fünfte glaubt, dass der einzelne Mensch durch seine Aktivitäten keinen Einfluss auf die Politik nehmen kann, während eine deutliche Mehrheit von etwas und sogar 13% von großem Einfluss ausgeht.

Die Gruppe der Nichtwählenden bzw. Unentschlossenen hält zwar etwas weniger häufig als der Durchschnitt der Befragten, aber dennoch mehrheitlich politische Mitwirkungsmöglichkei-

²⁴ Im Standard-Eurobarometer 93 wurden die Kategorien „hoch“, „durchschnittlich“, „niedrig“, „gar nicht“ verwendet.

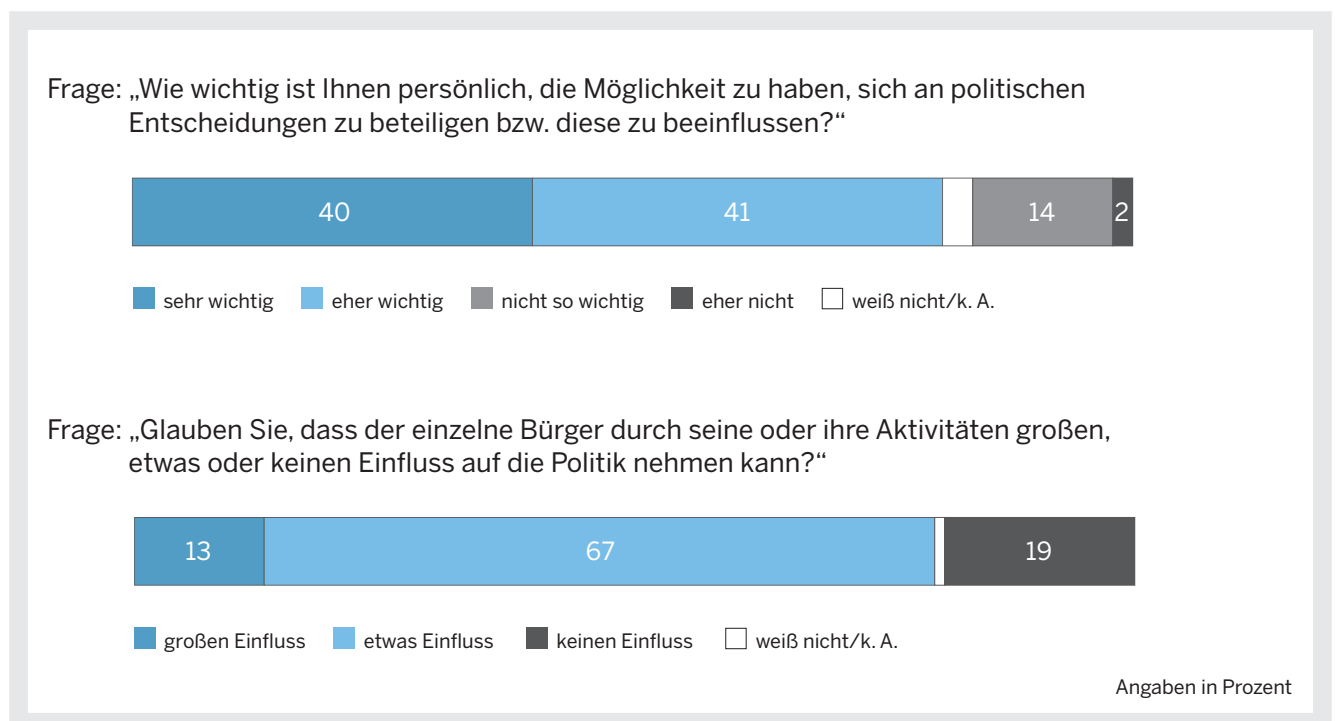
ten für sehr wichtig oder eher wichtig. Dass die Mitwirkungsmöglichkeiten für diese Gruppe etwas weniger wichtig als für den Durchschnitt der Befragten sind, könnte auch damit zusammenhängen, dass etwa jeder dritte Nichtwählende bzw. Unentschlossene glaubt, dass das Individuum mit den eigenen Aktivitäten ohnehin keinen Einfluss auf die Politik nehmen kann.

In ähnlichen Prozentbereichen teilen Menschen mit formal niedriger Bildung und wenig starkem Politikinteresse diese Sicht. Wer hingegen mehr an die Wirksamkeit von bürgerschaftlicher Partizipation glaubt, der hält auch die Beteiligungsmöglichkeiten für wichtiger – und das ist die deutliche Mehrheit der Befragten.

Die überwiegend positive Einschätzung der Befragten hinsichtlich der Relevanz politischer Partizipationsmöglichkeiten spiegelt sich auch in der praktischen Nutzung von Beteiligungsformen wider. So haben nicht wenige Bürgerinnen und Bürger schon politische Partizipationsformen genutzt und noch mehr können sich vorstellen, diese zu nutzen (Unterschriftensammlung, Volksbegehren/Bürgerentscheid, genehmigte Demonstration, Boykott, Kontakt mit Politikerinnen oder Politikern, Beteiligung an einem Streik, im Internet eine politische Meinung kundtun, Mitarbeit in einer Bürgerinitiative oder einem politisch tätigen Verein oder Engagement in einer politischen Partei).

Abbildung 9:

Bedeutung politischer Mitwirkung / Einflussmöglichkeiten des Einzelnen



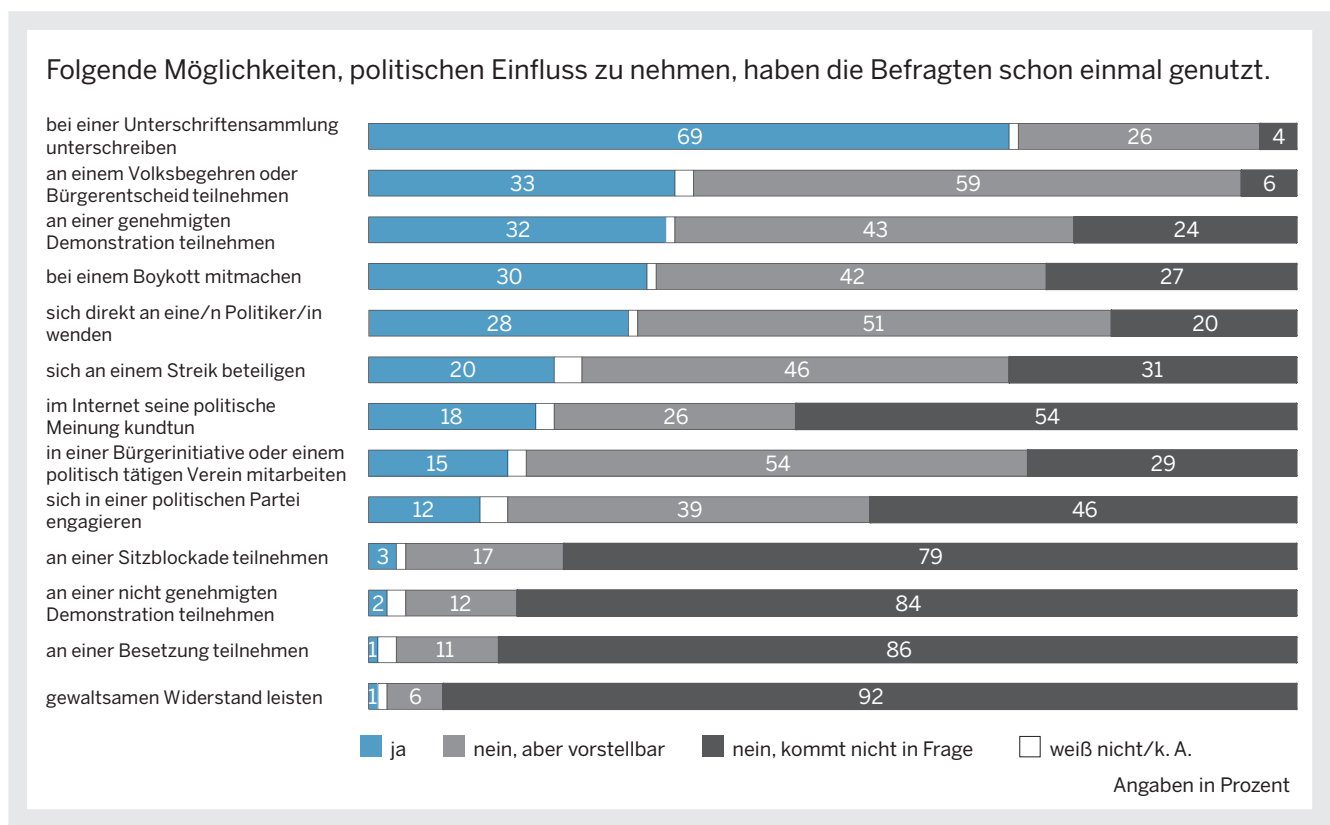
Es dominieren eher niedrigschwellige und kurzfristige Partizipationsformen, während mit hohem zeitlichem Aufwand und persönlichem Engagement verbundene Möglichkeiten nur von einer Minderheit und stärker von Männern als von Frauen wahrgenommen werden. Kaum genannt wurden dagegen Akte zivilen Ungehorsams. Diese bilden nur für eine geringe Zahl von Menschen eine ernsthafte Option.

Die verschiedenen Altersgruppen unterscheiden sich kaum in der durchschnittlichen Anzahl der genutzten Möglichkeiten – ein interessanter Befund angesichts der unterschiedlichen Lebensdauer der Befragten. Unterschiede werden jedoch teilweise in den konkret genutzten Beteiligungsformen deutlich: So geben die über 30-Jährigen häufiger als die jüngeren Befragten

Niedrigschwellige und kurzfristige Partizipationsformen werden häufiger genutzt als zeitlich aufwendige und mit persönlichem Engagement verbundene Möglichkeiten.

an, schon einmal an einem Volksbegehren oder einem Bürgerentscheid teilgenommen zu haben. Die unter 45-Jährigen hingegen haben häufiger schon einmal an einer genehmigten Demonstration teilgenommen. Im Internet teilen am ehesten die unter 45-Jährigen ihre Meinung.

Abbildung 10:
Nutzung der Möglichkeiten politischer Einflussnahme



Einordnung der Ergebnisse:

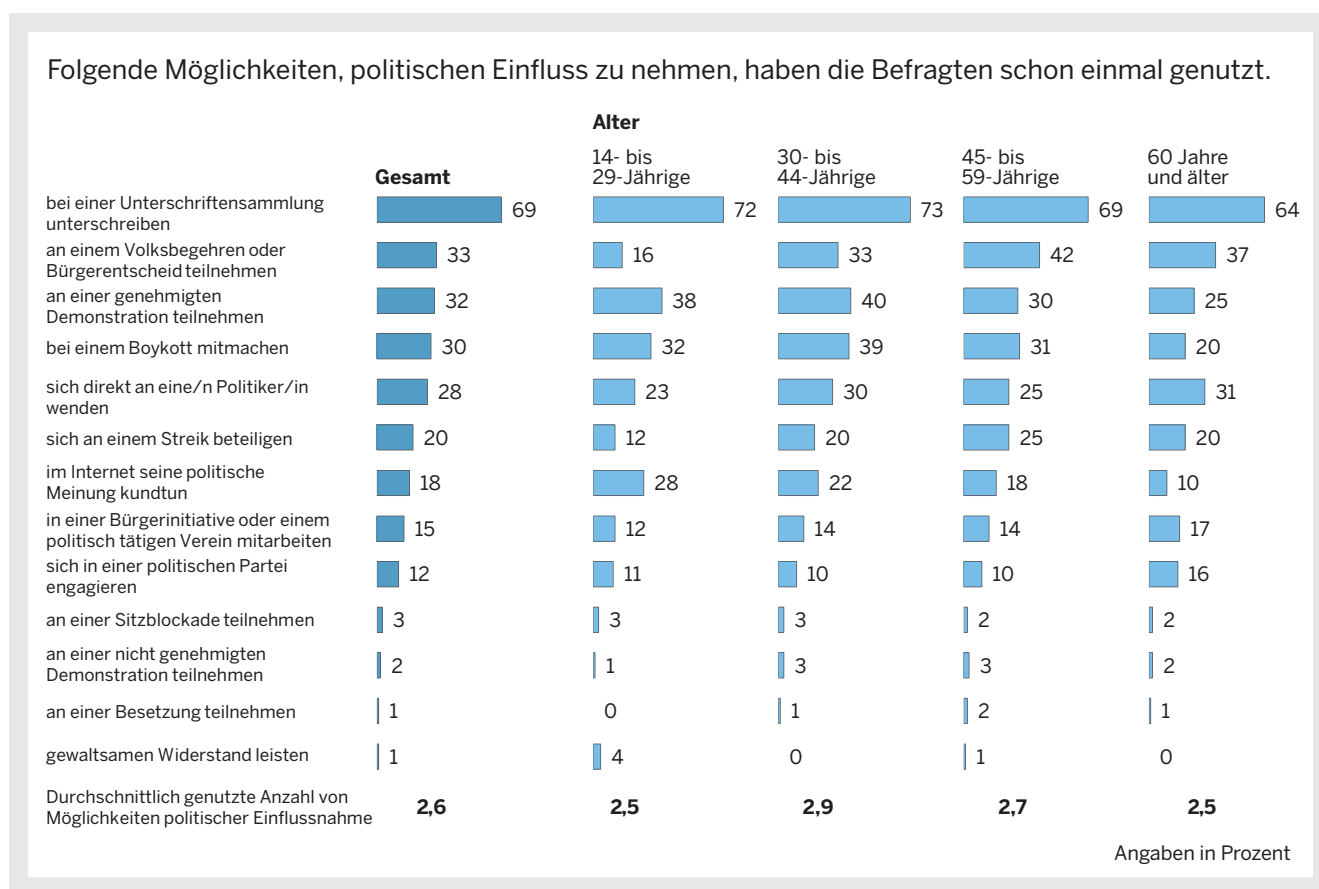
Die Ergebnisse zeigen, dass die Möglichkeit politischer Partizipation für viele Menschen in Nordrhein-Westfalen eine große Rolle spielt und politisches Engagement stark vom Selbstwirksamkeitsgefühl abhängt. Die Erwartung, dass das eigene Handeln etwas verändern kann, begünstigt die Bereitschaft zu politischem Engagement. Da eine deutliche Mehrheit der Befragten zumindest von einer gewissen Wirksamkeit ihrer Interventionen ausgeht und Unterschriftensammlungen weit vorne liegen, können anlassbezogene Aktivierungen angenommen werden.

Diese Erkenntnis entspricht den Ergebnissen vergleichbarer Studien. So spielt politische Partizipation für viele Bürgerinnen und Bürger laut

Weizenbaum Report²⁵ eine „zentrale Rolle [...] und findet in vielfältiger Form sowohl offline als auch online statt. Von politischer Passivität und einer allgemeinen Abwendung von Politik kann daher keine Rede sein“ (Schaetz u. a. 2020: 5). Zunehmend werden außerdem „klassische Formen des sozialen und politischen Engagements von Bürgerinnen und Bürgern durch digitale Partizipationsformen ergänzt“ (ebd.). Im Hinblick auf das Selbstwirksamkeitsgefühl war z. B. nach einer Allensbach-Befragung²⁶ nur rund ein Viertel der Bevölkerung der Ansicht, „dass es nichts bringt, sich politisch zu engagieren“, während dem eine Mehrheit widersprach. Aber auch hier schlug der sozioökonomische Status durch: Je höher der sozioökonomische Status, desto höher das Selbstwirksamkeitsgefühl (IfD Allensbach 2013).

Abbildung 11:

Nutzung der Möglichkeiten politischer Einflussnahme – nach Alter



25 Der Weizenbaum Report wird veröffentlicht vom Weizenbaum Institut und enthält Studien zu aktuellen Forschungsthemen an der Schnittstelle von Digitalisierung und Gesellschaft.

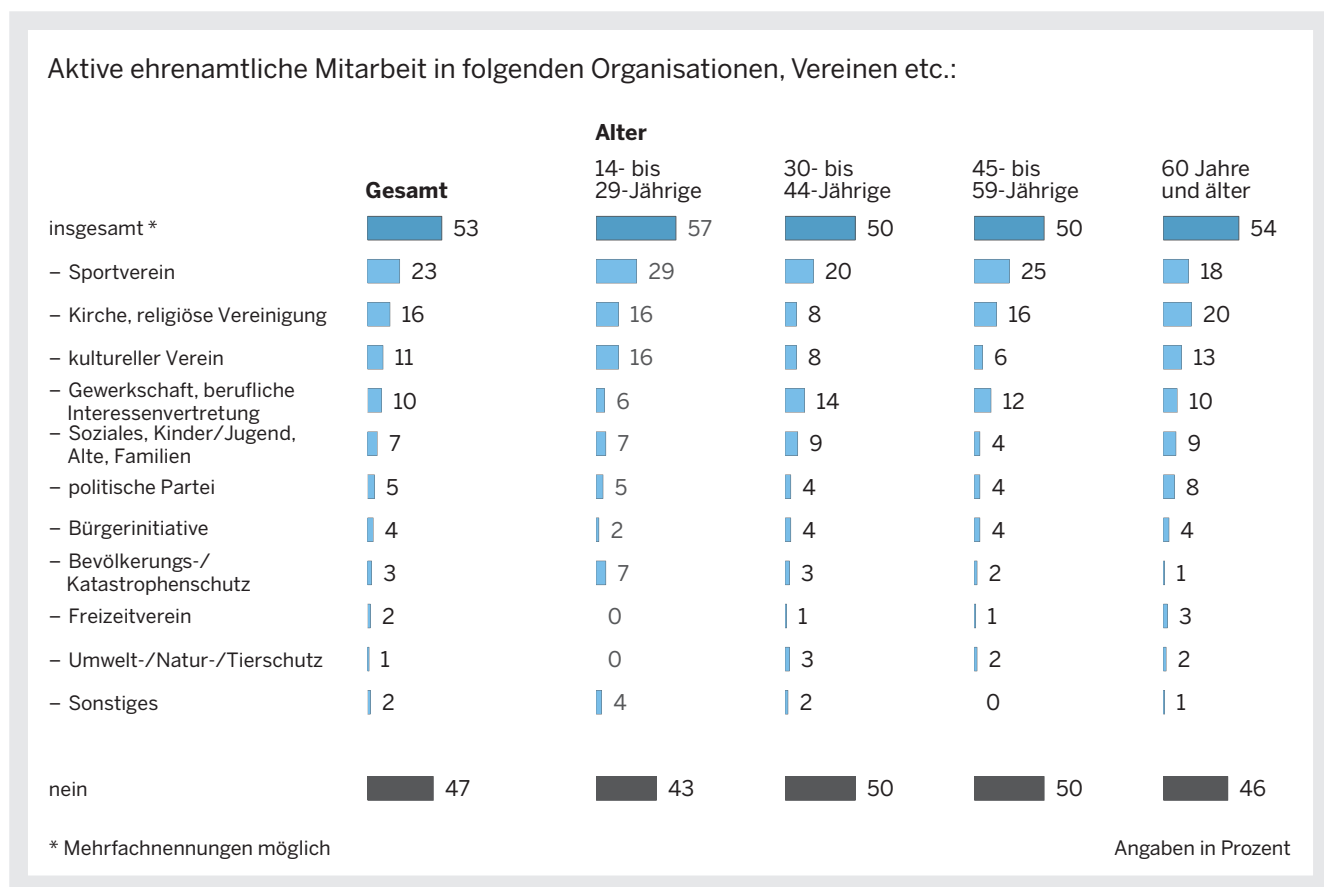
26 Veröffentlicht vom IfD Allensbach: Institut für Demoskopie Allensbach.

In der erklärten Offenheit vieler Bürgerinnen und Bürger, sich vorstellen zu können, aktiv an Möglichkeiten der politischen Einflussnahme zu partizipieren, steckt ein wichtiger Impuls für die politische Bildung. Die Menschen sind keine unpolitischen Wesen, im Gegenteil. Auf dieser Interessenbekundung kann politische Bildung aufbauen. Im Sinne des Beutelsbacher Konsenses kann politische Bildung insbesondere das Bewusstsein der Menschen adressieren, ihre eigenen Interessen zu erkennen und wahrzunehmen.

3.3 Ehrenamtliches Engagement

Einen wichtigen Bestandteil für eine funktionierende Demokratie stellt auch das ehrenamtliche Engagement als Brücke aus der Lebenswelt in die der Politik dar. Dieses ist unter der Bevölkerung Nordrhein-Westfalens weit verbreitet. Mehr als die Hälfte der Befragten war oder ist zum Beispiel ehrenamtlich aktiv in einem Sportverein, im religiösen oder gewerkschaftlichen Bereich, in einem kulturellen Verein etc. (eine genaue Auflistung zeigt Abbildung 12). Geschlechterunterschiede gibt es hinsichtlich des Engagements in politiknahen Bereichen und Berufsverbänden (mehr Männer) sowie religiösen und sozialen Vereinigungen (mehr Frauen). Zudem sind in religiösen Vereinigungen und politischen Parteien überdurchschnittlich viele Menschen über 60 Jahren engagiert.

Abbildung 12:
Ehrenamtliches Engagement – nach Alter



Einordnung der Ergebnisse:

Das hohe Engagement der Menschen in Nordrhein-Westfalen ist grundsätzlich positiv zu bewerten. Allerdings ist auffällig, dass sich für kurzfristiges Engagement mehr Menschen mobilisieren lassen als für ein dauerhaftes und institutionalisiertes. Zudem spielen insbesondere Alters- und Genderaspekte im ehrenamtlichen Engagement eine Rolle. Hier scheint sich ein Muster abzubilden, das traditionell anmutet: Soziale und insbesondere kirchliche Aktivitäten werden stärker von Frauen, machtbezogene und mit Auseinandersetzung verbundene eher von Männern bevorzugt. Viele Institutionen (Kirchen, Parteien, kulturelle Vereine) haben zudem eine Altersstruktur, bei der mittlere Jahrgänge sicher auch berufsbedingt unterrepräsentiert und ältere Personen stark involviert sind. Dies wird bei abnehmender institutioneller Bindung zu großen Problemen führen, die Vielfalt der Vereinslandschaft am Leben zu erhalten.

Diese Ergebnisse lassen sich ebenfalls mit den Daten aus vergleichbaren Studien, zum Beispiel dem Datenreport 2018, in Beziehung setzen (vgl. BPB 2018: 375-377).

Politische Bildung muss diese Verteilung der Partizipationsmuster zum Ausgangspunkt nehmen, insbesondere die genderbezogenen Differenzen aufzuklären und hier vermittelnd und ausgleichend zu wirken. Das meint auch den Wandel der Institutionen selbst, denn ohne diesen wird politische Bildung kaum zu einer stärkeren Beteiligung von Frauen zum Beispiel in Parteien führen.

3.4 Kontakte mit politischen Mandatstragenden

Politische Partizipation kann viele Formen annehmen. Auch über den Kontakt mit politischen Mandatsträgerinnen und Mandatsträgern kann das politische Leben mitbestimmt werden.

Bei der Kontaktaufnahme zu politischen Mandatstragenden folgt die nordrhein-westfälische Bevölkerung dem Prinzip geografischer Nähe: Wenn überhaupt, dann werden Kontakte eher im direkten Umfeld der Bürgerinnen und Bürger gesucht. Während 65% der Befragten noch keinen Kontakt zu politischen Mandatstragenden hat-

Kontakt zwischen Repräsentanten und Repräsentierten beginnt vor Ort: Am häufigsten wird der Kontakt zu einem Ratsmitglied gesucht, gefolgt vom Mitglied des Landtags, des Bundestags und schließlich des Europäischen Parlaments.

ten, waren es zu einem Ratsmitglied 20%, einem Mitglied des Landtags 15%, des Bundestags 14% und des Europäischen Parlaments 5%.

Einordnung der Ergebnisse:

Der Aspekt der räumlichen Nähe bei der Kontaktaufnahme mit politischen Mandatstragenden stellt eine Besonderheit der Ergebnisse der vorliegenden Befragung dar. Über den Kontakt mit Politikerinnen und Politikern werden Politik und demokratische Prozesse greifbar und verständlich. Deshalb ist der Kontakt zwischen Repräsentanten und Repräsentierten besonders wichtig, auch um Vorurteile abzubauen, zu informieren und das Vertrauen in demokratische Prozesse zu stärken.

Um die Responsivität zwischen Repräsentanten und Repräsentierten zu fördern, kann auch politische Bildung einen Beitrag leisten. Aller aktuellen Möglichkeiten der Technik zur Kontaktaufnahme über weite Distanzen hinweg zum Trotz scheint diese vor allem dann stattzufinden, wenn der Anlass vor Ort liegt. Politische Bildung hat das Nahe im Fernen und das Ferne im Nahen miteinander zu verbinden. Darüber hinaus muss politische Bildung einerseits die Relevanz von Politik in einem miteinander verschränkten politischen Mehrebenensystem für die unmittelbare Lebenswelt der Menschen aufklären und andererseits Politik und ihre Protagonisten in traditionellen wie modernen Formen der Kommunikation in die Nähe der Menschen bringen. Politische Bildung erfüllt damit ihre ureigene Aufgabe als Distanzüberbrückerin.

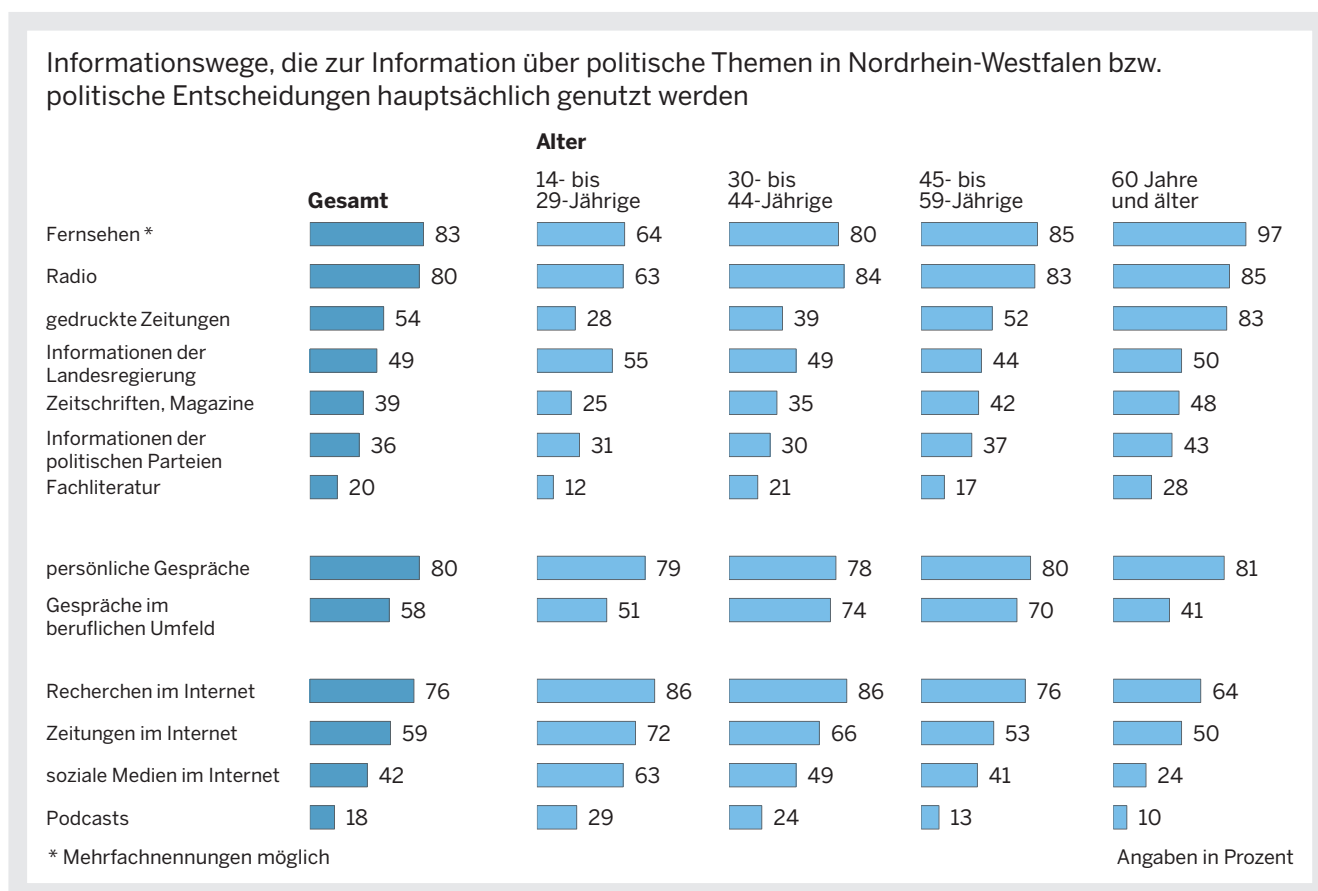
4. Das politische Informationsverhalten der Menschen im Land

Möglichkeiten, sich über politische Inhalte zu informieren, gibt es viele. Doch viele Informationsquellen sind trügerisch und basieren nicht auf Fakten, sondern sind sogenannte Fake News. Viral gehende Falschmeldungen oder auch gezielte Verleumdungen oder Kampagnen verbreiten sich in Zeiten von Social Media rasant. Gerade im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie haben Verschwörungsmythen Konjunktur. Diese wichtige Facette zur Medienkompetenz in der Gesellschaft kann der Bericht nur anreißen. Intensiver gibt er Aufschluss darüber, welche Informationsquellen die Menschen in Nordrhein-Westfalen schwerpunktmäßig nutzen.

Mehr als drei Viertel der Befragten nutzen zur Information über politische Themen hauptsächlich

das Fernsehen, persönliche Gespräche mit Freunden, Verwandten und Bekannten, das Radio oder Recherchen im Internet. Mehr als die Hälfte der Befragten greift hierfür auf digitale Zeitungsartikel zurück, auf Gespräche im beruflichen Umfeld und auf gedruckte Zeitungen. Auch die Informationen der Landesregierung werden von fast der Hälfte der Befragten in Anspruch genommen, um sich über politische Themen bzw. politische Entscheidungen zu informieren.²⁷ Weniger als die Hälfte der Befragten informiert sich über soziale Medien, Zeitschriften oder Magazine sowie über die Informationen der politischen Parteien zu politischen Themen. Auf Fachliteratur oder Podcasts greift bislang nur eine Minderheit der Befragten zurück.

Abbildung 13:
Politisches Informationsverhalten – nach Alter



27 Der vergleichsweise hohe Wert zur Informationsbeschaffung über Angebote der Landesregierung könnte zum einen darauf zurückzuführen sein, dass der Begriff im Rahmen der Umfrage relativ weit gefasst wurde. Zum anderen dürfte dabei auch eine wesentliche Rolle spielen, dass sich die Bürgerinnen und Bürger während der Corona-Krise deutlich häufiger an Informationen der Landesregierung – z. B. im Hinblick auf neue Beschlüsse und Maßnahmen zur Bekämpfung der Pandemie – orientiert haben, als dies außerhalb einer Pandemie der Fall ist.

Das Informationsverhalten unterscheidet sich zwischen den verschiedenen Altersgruppen deutlich: So nutzen die unter 30-Jährigen Fernsehen, Radio, gedruckte Zeitungen oder Zeitschriften und Magazine seltener als die älteren Befragten. Die Möglichkeiten des Internets (Recherchen, Internetzeitungen, soziale Medien) nutzen die unter 30-Jährigen hingegen in deutlich stärkerem Maße als die Älteren insbesondere als die über 60-Jährigen. Gedruckte Zeitungen werden insbesondere (noch) von den über 60-Jährigen gelesen.

Das Fernsehen als Informationsanker der Älteren – das Internet und die sozialen Medien als digitale Heimat der Jüngeren

Einordnung der Ergebnisse:

Die Ergebnisse zeigen, dass das Fernsehen nach wie vor das beliebteste Informationsmedium für politische und gesellschaftliche Themen ist, gefolgt vom Radio und persönlichen Gesprächen. Diese Erkenntnis deckt sich mit den Ergebnissen vergleichbarer Studien. Eine zur Bundestagswahl 2017 von der Zeitschrift „Horizont“ in Auftrag gegebene Umfrage identifiziert das Fernsehen, Websites klassischer Medien und Printmedien als relevante Informationsmedien. Darüber hinaus nennen die Befragten dort das Radio, Social Media, persönliche Gespräche und Informationen der politischen Parteien.

Die Ergebnisse weisen zudem einen deutlichen Alterseffekt auf. Die jüngeren Befragten nutzen für die Informationsbeschaffung über politische Themen schwerpunktmäßig Online-Angebote und persönliche Gespräche – Fernsehen und Radio nutzen die 14- bis 29-Jährigen deutlich seltener als die älteren Befragten. Ähnliche Ergebnisse weisen die Shell-Studie 2019 und die JIM-Studie 2020 auf. Beachtenswert ist, dass die in der JIM-Studie befragten Jugendlichen angeben, mindestens einmal im letzten Monat mit Hassbotschaften, extremen politischen Ansichten, Verschwörungstheorien und Fake News konfrontiert worden zu sein (Medienpädagogischer Forschungsverbund Südwest 2020: 63). Daher ist es nicht verwunderlich, wenn trotz Dominanz der

neuen Medien bei jüngeren Menschen die klassischen Medien im Vertrauen weit vorne liegen. So gelten z. B. ARD- und ZDF-Nachrichten bei jungen Menschen im Alter von 12 bis 25 Jahren für eine deutliche Mehrheit als sehr oder eher vertrauenswürdig, gefolgt von den großen überregionalen Tageszeitungen. Weniger vertrauenswürdig werden Informationen auf YouTube, Facebook und Twitter eingeschätzt (Shell Deutschland Holding 2019: 243). Die Vodafone Stiftung kommt in ihrer Studie zum Ergebnis: „*Gesunde Skepsis gegenüber sozialen Medien bei politischen Themen – hohes Vertrauen in klassische Medien*“ (Vodafone Stiftung Deutschland 2019: 7).

Insgesamt kann z.B. mit den Ergebnissen der Mainzer Langzeitstudie „Medienvertrauen“ festgestellt werden, dass das Vertrauen in die klassischen Medien nicht etwa sinkt, sondern gerade in Corona-Zeiten steigt. „*Wenn es um wirklich wichtige Dinge geht – etwa Umweltprobleme, Gesundheitsgefahren, politische Skandale und Krisen –, kann man den Medien vertrauen*“: Ende 2020 stimmten dieser Aussage mehr als die Hälfte der Befragten zu und nur jeder Sechste meinte, man könne den Medien „eher nicht“ oder „überhaupt nicht“ vertrauen. Insbesondere das öffentlich-rechtliche Fernsehen und die überregionalen und regionalen Zeitungen genießen dabei hohes Vertrauen und sind mit wenig Misstrauen konfrontiert, während dies nicht auf Privatfernsehen und Boulevardzeitungen zutrifft. Nicht besser schneiden Nachrichten aus sozialen Medien, Videoplattformen, alternativen Nachrichtenseiten und Messengerdiensten ab. Auch der Glaube an Verschwörungstheorien sinkt massiv. Unklar ist jedoch, ob sich diese Trends nach Ende der Corona-Pandemie als stabil erweisen (Jacobs u.a. 2021). Hier ist davon auszugehen, dass die Empfänglichkeit für Verschwörungsmythen im Hinblick auf die Corona-Pandemie gestiegen ist. Dringend sind zu diesem Thema weitere Erhebungen notwendig.

Für die politische Bildung ergibt sich die Doppelaufgabe, neue Wege der Politikvermittlung zu nutzen, ohne bewährte aufzugeben, denn politische Bildung darf niemanden abhängen. Gegenstand der politischen Bildung ist dabei aber immer die Frage nach der Art und Weise, wie die politische Bildung medial konstruiert wird, was damit beabsichtigt und auch bewirkt wird. Politische Bildung ist in diesem Sinn immer auch reflexive Medienbildung.

5. Die größten Herausforderungen aus Sicht der Bevölkerung

Aktuell beschäftigt Gesellschaft und Politik vor allem die Corona-Krise. Doch andere gesellschaftliche Herausforderungen und Probleme sind deshalb nicht verschwunden. Die Befragten wurden daher zunächst offen um ihre Einschätzung hinsichtlich der größten Herausforderungen für Deutschland und Nordrhein-Westfalen gebeten. Anschließend folgte eine gestützte Frage nach konkreten Bereichen, in denen – aus Sicht der Befragten – in den nächsten Jahren Verbesserungen erreicht werden müssen.

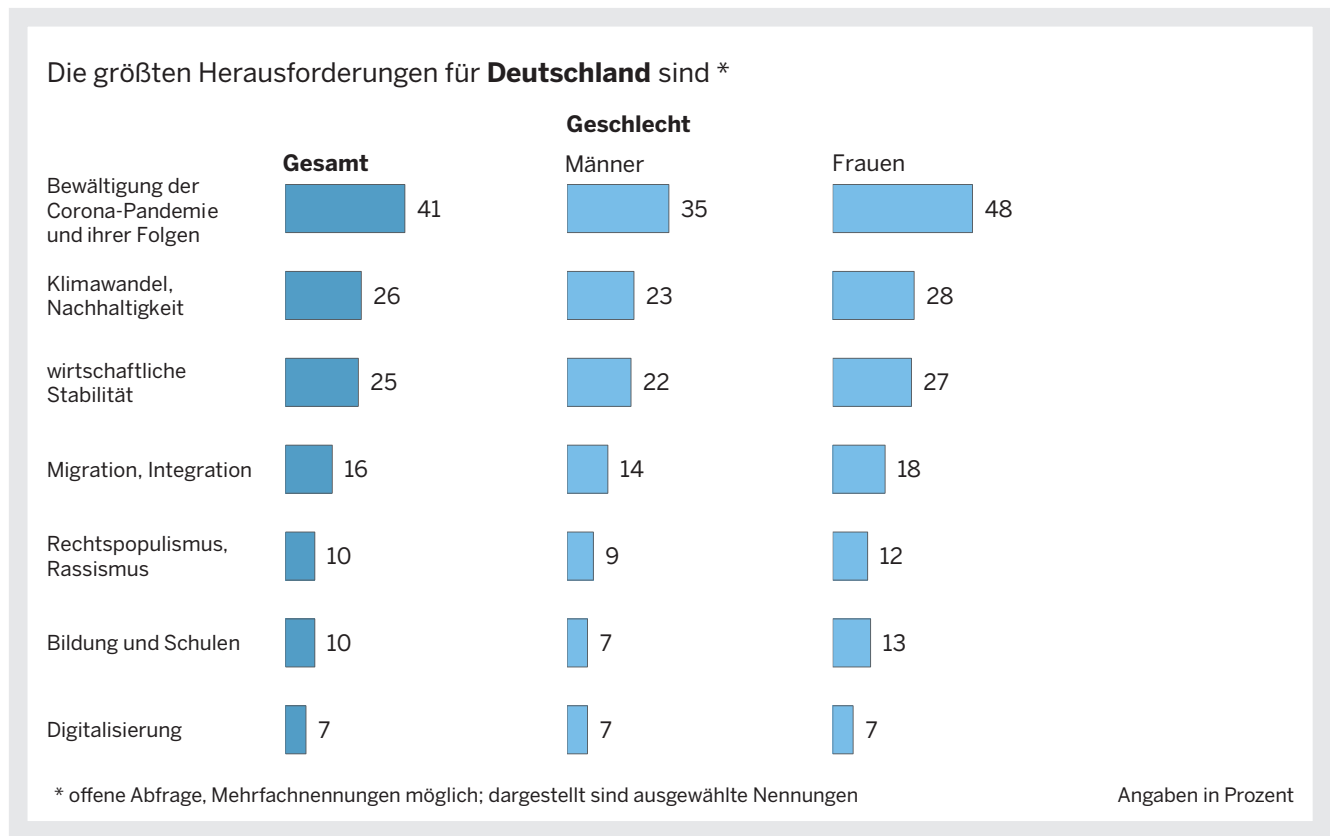
Die Bewältigung der Corona-Pandemie, Klimawandel und Nachhaltigkeit, wirtschaftliche Stabilität, Migration und Integration – hier sieht die nordrhein-westfälische Bevölkerung die größten Herausforderungen für Deutschland.

5.1. Die größten Herausforderungen für Deutschland und Nordrhein-Westfalen

Auf die offen und neutral gestellte Frage, welches die größten Herausforderungen, also Aufgabenfelder oder auch Problembereiche, für Deutschland in den nächsten fünf Jahren sind, nennen die

Befragten an erster Stelle die Bewältigung der Corona-Pandemie und ihrer Folgen. Ein Viertel der Befragten sieht die Bekämpfung des Klimawandels bzw. den Weg zu mehr Nachhaltigkeit sowie die Bemühung um wirtschaftliche Stabilität als die größten Herausforderungen für Deutschland. Jeder Sechste nennt Migration und Integration und jeder zehnte Befragte die Bekämpfung

Abbildung 14:
Die größten Herausforderungen für Deutschland – nach Geschlecht



von Rechtspopulismus und Rassismus sowie das Bildungs- und Schulsystem als größte gesamtdeutsche Herausforderungen. Auch die Digitalisierung wird von den Befragten, wenn auch nur von einer Minderheit, als Herausforderung für Deutschland identifiziert.

Mit Blick auf die Herausforderungen für Deutschland lässt sich feststellen, dass alle genannten Aspekte für Frauen ein etwas größeres Gewicht haben als für Männer. So messen die weiblichen Befragten beispielsweise der Bewältigung der Corona-Pandemie eine größere Bedeutung zu als die männlichen Befragten.

Die Befragten wurden auch um ihre Einschätzung gebeten, welche aus ihrer Sicht für das Land Nordrhein-Westfalen die drängendsten Herausforderungen in den nächsten fünf Jahren sind.

An erster Stelle, allerdings mit deutlich geringem Abstand, steht auch hier die Bewältigung der

Ein Landesthema mit Hochkonjunktur – Bildung und Schule:

Die Befragten sehen nach Corona und dem Klimawandel die größte Herausforderung für Nordrhein-Westfalen im Bildungs- und Schulsystem.

Corona-Pandemie und ihrer Folgen, gefolgt vom Klimawandel, dem landeshoheitlichen Thema Bildung und Schule sowie der wirtschaftlichen Stabilität. Auffällig ist, dass die Werte für Nordrhein-Westfalen bei ähnlichen Problemlagen mit Ausnahme von Bildung und Schule deutlich niedriger liegen als für die Bundesrepublik insgesamt. Möglicherweise verbirgt sich dahinter eine klare

Abbildung 15:

Die größten Herausforderungen für Nordrhein-Westfalen – nach Wählerschaft (1/2)

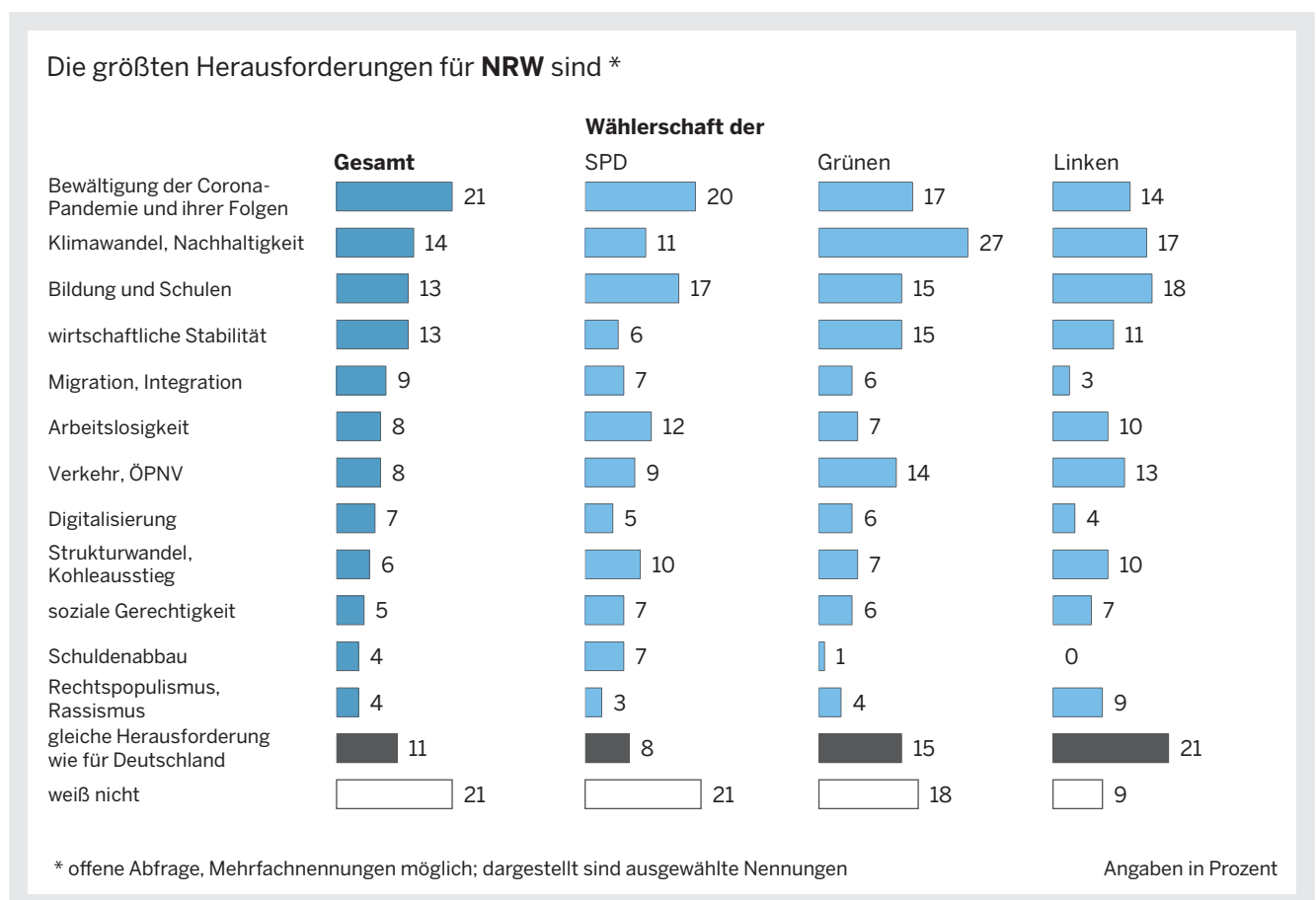
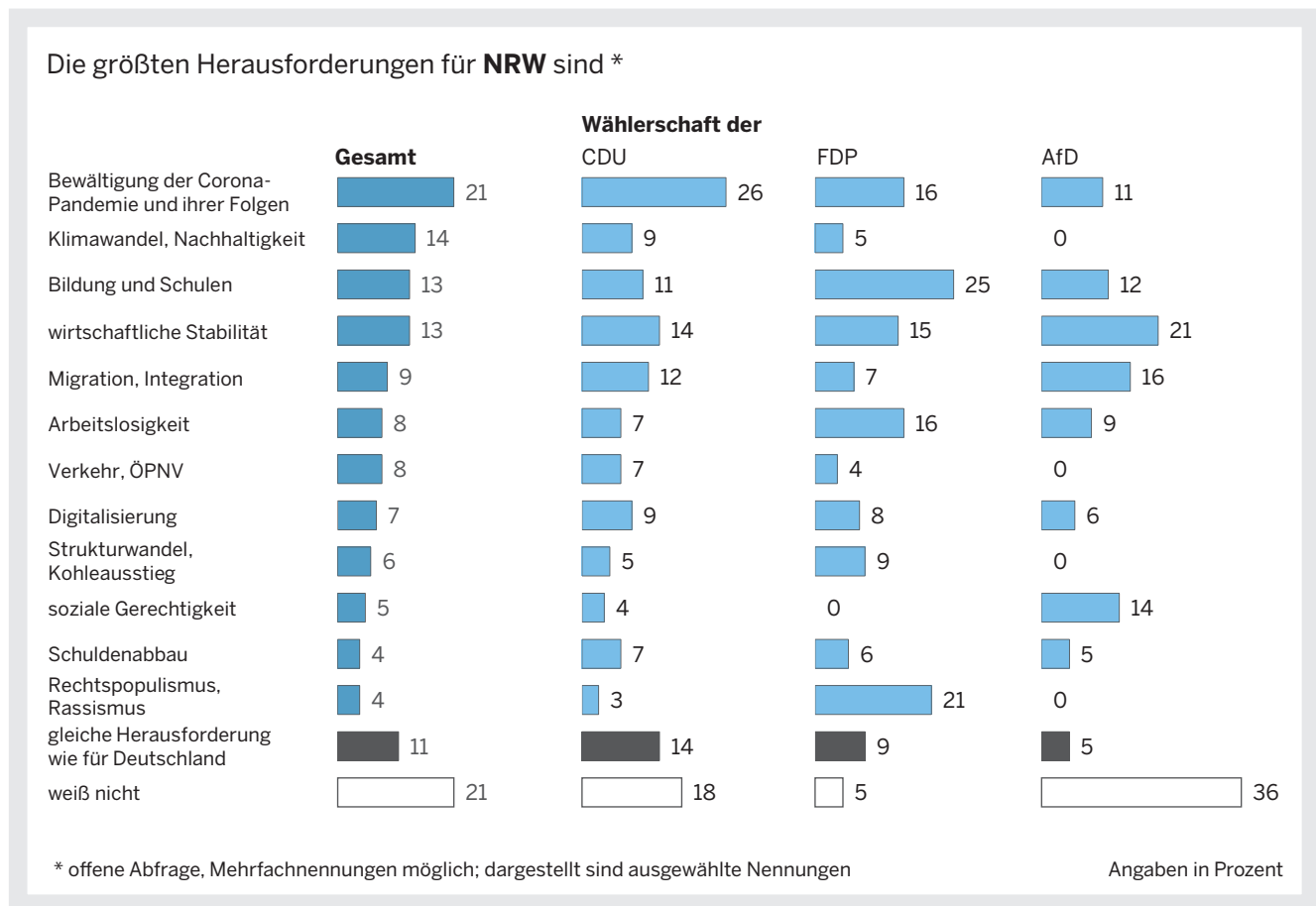


Abbildung 16:

Die größten Herausforderungen für Nordrhein-Westfalen – nach Wählerschaft (2/2)



oder auch nur vage Vorstellung der unterschiedlichen Bund-Länder-Kompetenzen. Dies müsste in einer Vertiefungsstudie genauer aufgeklärt werden.

Einordnung der Ergebnisse:

Die erhobenen Problemeinschätzungen stimmen in der Tendenz, aufgrund der Fragetechnik aber nicht in der Ausprägung mit denen des Standard-Eurobarometers 93 überein. So nennen die dort Befragten vorrangig die folgenden vier Bereiche: Umwelt/Klimawandel, wirtschaftliche Lage, Einwanderung, Bildungssystem (Europäische Kommission 2020: T. 16-19).

Im Politikbarometer hat das Thema Corona seit März 2020 alle anderen Probleme verdrängt. Am 26. März 2021 stand Corona mit großem Abstand an erster Stelle (85%), während das Thema Umwelt/Klima/Energiewende von nicht einmal

einem Fünftel der Befragten genannt wurde. Die Wirtschaftslage und das Thema Politikverdruss nennen hingegen jeweils nur weniger als zehn Prozent. Vor Ausbruch der Pandemie waren die Themen am 16. Januar 2020 folgendermaßen besetzt: Das Thema Umwelt/Klima/Energiewende nannte fast die Hälfte der Befragten, die Themen Wirtschaftslage, Politikverdruss und Bildung jeweils weniger als zehn Prozent (Forschungsgruppe Wahlen 2021a und b).

Differenzen zur vorliegenden Befragung ergeben sich aus der unterschiedlichen Methodik und dem Zeitpunkt der Erhebungen. Für Nordrhein-Westfalen sind jedoch keine besonderen Trends erkennbar. Die insgesamt niedriger ausfallenden Nennungen für Nordrhein-Westfalen im Vergleich zu Deutschland insgesamt können im Rahmen der Daten nicht erklärt werden, könnten aber mit der oben benannten Kompetenzzuschreibung zusammenhängen.

Die von der Bevölkerung genannten Herausforderungen korrespondieren mit ihrer als existenziell empfundenen Bedeutung. Damit wird die Problemorientierung als zentrale Kategorie politischer Bildung in ihrer Bedeutsamkeit bestätigt. Auch ein Politikverständnis, das Politik vor allem als Mittel zur nachhaltigen Bearbeitung von Problemen versteht, zeigt sich hier.

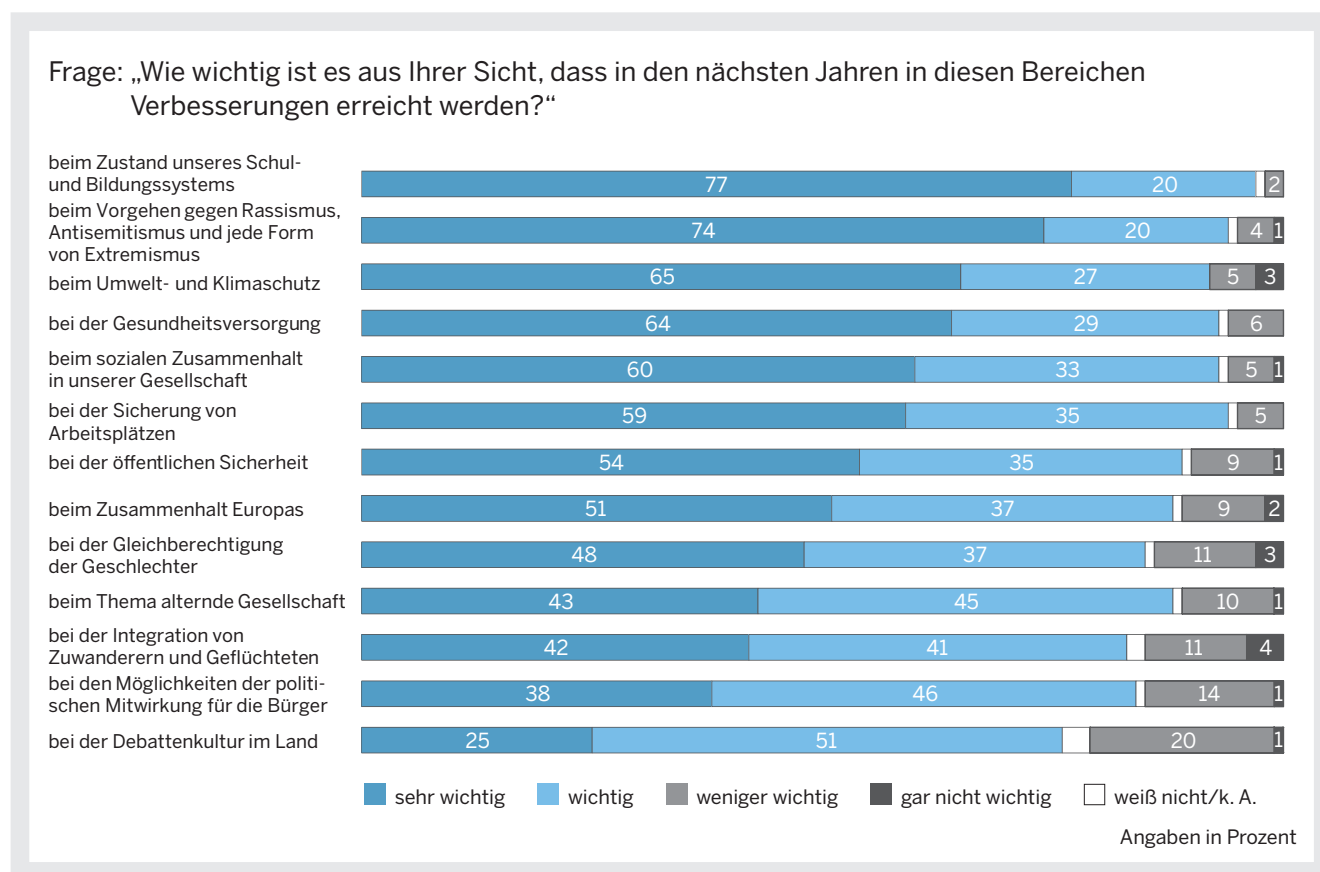
5.2 Problemprioritäten

Neben der offen gestellten Frage nach den größten Herausforderungen wurden den Befragten auch verschiedene Themenbereiche vorgegeben. Sie sollten eine Einschätzung abgeben, wie wichtig es aus ihrer Sicht ist, dass in diesen Bereichen in den nächsten Jahren Verbesserungen erreicht werden.

Jeweils eine große Mehrheit der Befragten (zwischen 76 und 97%) hält es in allen Bereichen zumindest für „wichtig“, dass in den kommenden

Jahren Verbesserungen erreicht werden. Unterschiede zeigen sich allerdings in der Dringlichkeit, mit der die einzelnen Probleme angegangen werden müssen. Als „sehr wichtig“ werden von rund drei Viertel der Befragten Verbesserungen insbesondere beim Zustand des Schul- und Bildungssystems sowie beim Vorgehen gegen Rassismus, Antisemitismus und jede Form von Extremismus angesehen. Auch Verbesserungen beim Umwelt- und Klimaschutz, bei der Gesundheitsversorgung, beim sozialen Zusammenhalt in unserer Gesellschaft und bei der Sicherung von Arbeitsplätzen werden von einer deutlichen Mehrheit als sehr wichtig erachtet. Knapp die Hälfte der Befragten findet es sehr wichtig, bei der öffentlichen Sicherheit, beim Zusammenhalt Europas und bei der Gleichberechtigung der Geschlechter Verbesserungen zu erreichen. Weniger als die Hälfte der Befragten sehen im Hinblick auf die alternde Gesellschaft, die Integration von Zugewanderten und Geflüchteten und die Möglichkeit der politi-

Abbildung 17:
Problemprioritäten



Die Befragten sehen vor allem in diesen Bereichen wichtigen Verbesserungsbedarf:

94 %
beim Vorgehen gegen Rassismus, Antisemitismus und jede Form von Extremismus

97 %
beim Zustand des Schul- und Bildungssystems

94 %
bei der Sicherung von Arbeitsplätzen

schen Mitwirkung für Bürgerinnen und Bürger sehr wichtiges Verbesserungspotenzial. Bei der Debattenkultur halten es die wenigsten, nämlich ein Viertel, für sehr wichtig, Verbesserungen zu erreichen.

Frauen messen in nahezu allen Bereichen Verbesserungen eine höhere Bedeutung zu als Männer. Beispielhaft ist hier der Aspekt „Zustand unseres Schul- und Bildungssystems“ zu nennen. Während

die weiblichen Befragten diesen Aspekt mit 82% als sehr wichtig erachten, so sind es hingegen nur 72% bei den männlichen Befragten. In diesen Ergebnissen dokumentiert sich – so die Annahme – das in der Praxis noch weit verbreitete Rollenbild, gemäß dem sich die Frauen bzw. Mütter innerhalb der Familie dem Thema der schulischen Situation der Kinder widmen.

Abbildung 18: Problemprioritäten – nach Wählerschaft (1/2)

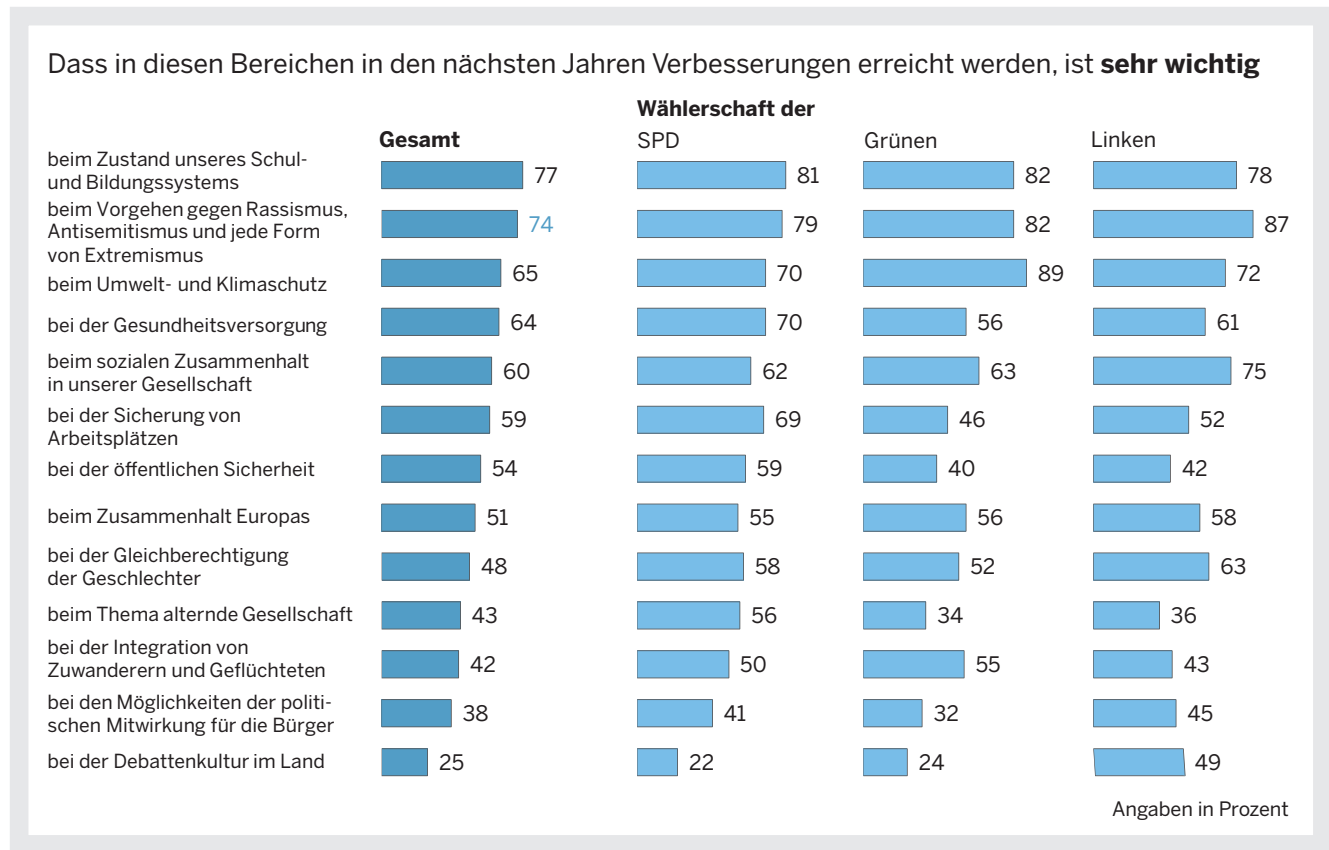
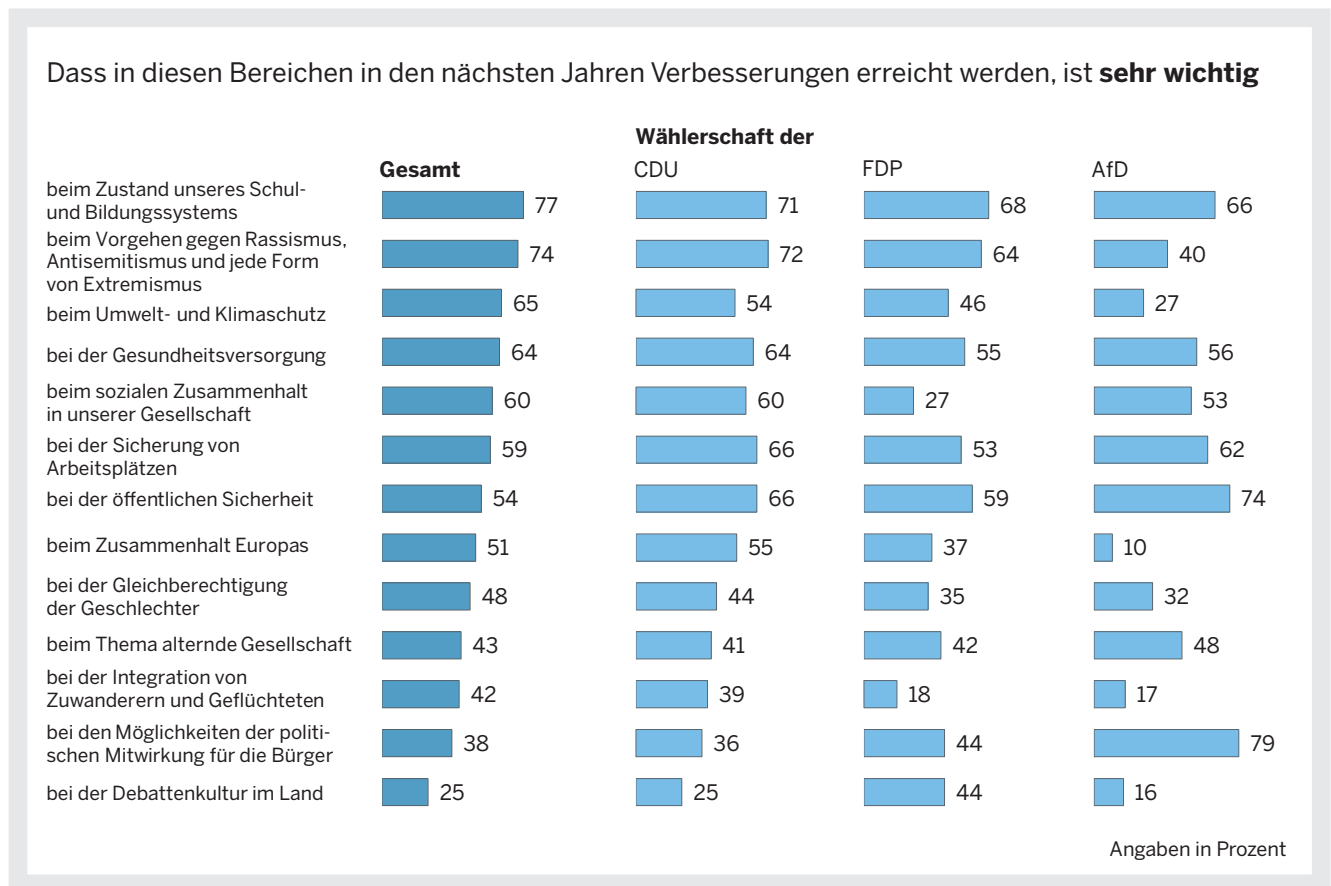


Abbildung 19:
Problemprioritäten – nach Wählerschaft (2/2)



Einordnung der Ergebnisse:

Die Ergebnisse weisen auf die besondere Relevanz der Themen Schule und Bildung, Extremismusprävention und Klimawandel hin. Besonders das Ergebnis im Hinblick auf das Vorgehen gegen Antisemitismus, Rassismus und Extremismus ist beachtenswert. Mehr als neun von zehn Menschen sehen es als sehr wichtig oder wichtig an, in diesem Bereich Verbesserungen zu erzielen. Das zeigt ein deutliches Bewusstsein für die Problematik und die Gefahrenlage, die sich für unsere Demokratie und Gesellschaft aus diesem Phänomenbereich ergibt. So stellt unter anderem der Verfassungsschutzbericht eine demokratiefeindliche Bedrohungslage im Land, insbesondere durch die rechtspopulistische und -extreme Szene fest, die unterschiedlich stark, aber fast immer antidemokratische, rassistische und anti-

semitische Ausprägungen aufweist. Dabei hat sich die rechtsextreme Szene in den letzten Jahren sichtbar verändert. Neben den klassischen neonazistischen Strukturen gibt es auch Organisationen der sogenannten Neuen Rechten, die versuchen, z.B. in Internetforen rechtsextreme, rassistische, antisemitische und frauenfeindliche Ideologien zu verbreiten und mit Verschwörungsmythen zu vermischen. Präventions- und Sensibilisierungsmaßnahmen tragen dazu bei, über diese Formen des Extremismus aufzuklären und demokratische Haltungen und Wachsamkeit zu stärken (vgl. LT-Drs. 17/11081).

Die Abbildungen 18 und 19 weisen zudem auf unterschiedliche Schwerpunktsetzungen der Wählerschaft verschiedener Parteien hin. Ähnliche Ergebnisse zeigt der ARD-DeutschlandTREND 2020 (vgl. ARD-DeutschlandTREND 2020). Der

Befund ist dahingehend relevant und wichtig für die politische Bildung, dass sich darin eine weltanschauliche Spaltung in der Gesellschaft mit je unterschiedlichen Wertorientierungen dokumentiert. Zu fragen ist, ob und wie politische Bildungsangebote solche weltanschaulichen Gräben überbrücken helfen und die Gegensätze kommunikationsfähig halten können oder sollen.

Insgesamt hat die politische Bildung somit eine nicht immer widerspruchsfrei aufzulösende Dop-

pelaufgabe: Einerseits muss sie einen Beitrag zur gesellschaftlichen Integration leisten, indem sie auch Menschen mit sich fern stehenden politischen Positionen miteinander ins Gespräch bringt. Andererseits darf sie dabei nie den Präventionsgedanken außer Acht lassen, indem sie über solche Positionen aufklärt, die mit der Wertordnung des Grundgesetzes nicht vereinbar sind. Die abzubildende Kontroversität hat darin ihre nicht zu überschreitende Grenze.

6. Diese Themen interessieren die Menschen in Nordrhein-Westfalen

Nachdem die Befragten Angaben zu Herausforderungen und Problemprioritäten gemacht haben, wurden sie darüber hinaus offen und ohne jedwede Vorgaben gebeten, anzugeben, für welche Themen aus den Bereichen Politik, Wirtschaft und Gesellschaft sie sich besonders interessieren. Die Themeninteressen sind dabei sehr breit gefächert: An erster Stelle nennen die Befragten die Bildungs- und Schulpolitik, gefolgt vom Umwelt- oder Tierschutz, den Themen Wirtschaft und Finanzen sowie Energie, Klima oder Nachhaltigkeit. Für weniger als zehn Prozent sind die Renten- und Sozialpolitik, Asyl- und Einwanderungspolitik, die Bereiche Gesundheit und Pflege oder Corona spannende Themen.

Feststellbar sind Genderdifferenzen. So interessieren sich Frauen wesentlich stärker als Männer für die Bereiche Bildungs- und Schulpolitik, aber auch Gesundheit und Pflege, während Männer sich stärker für den Bereich Wirtschaft und Finanzen interessieren. Jüngere sind stärker an Energie, Klima und Nachhaltigkeit interessiert, Ältere stärker an Renten und Sozialpolitik, Gesundheit und Pflege. Insgesamt steigt mit dem Bildungsabschluss auch das Interesse. Lediglich das Interesse an Sozial- und Rentenpolitik ist bei Menschen, die über einen Hauptschulabschluss verfügen, stärker ausgeprägt als bei Menschen mit Hochschulreife.

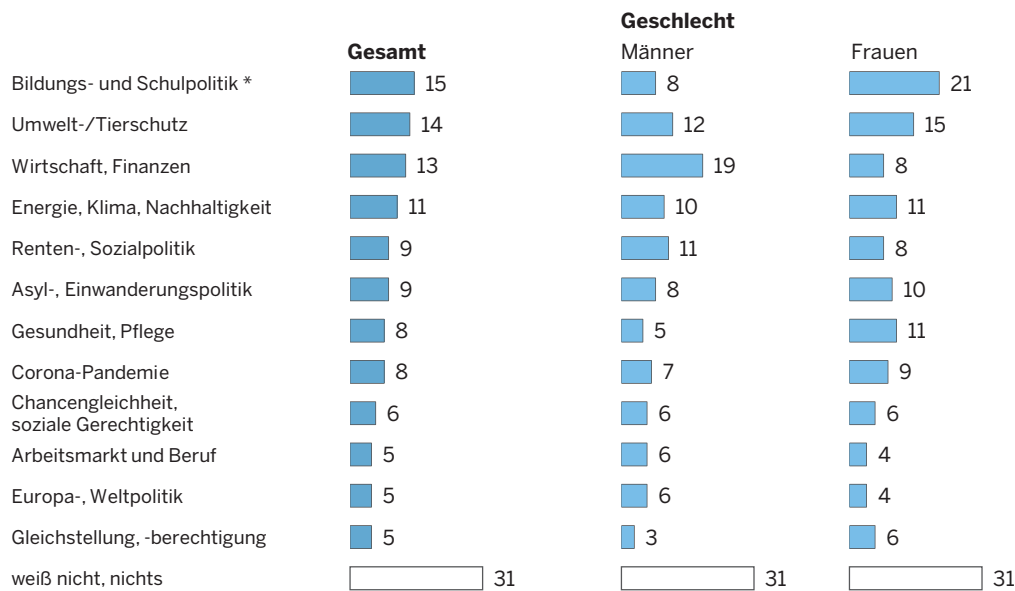
Klassische Rollenbilder bestimmen das Themeninteresse der Befragten:

Frauen interessieren sich häufiger für die Themen Bildung und Schule, Männer für den Bereich Wirtschaft und Finanzen.

Neben der offenen Frage wurden den Befragten auch verschiedene Themenbereiche vorgegeben mit der Bitte, jeweils anzugeben, wie stark sie sich dafür interessieren. Mehr als drei Viertel aller Befragten äußern Interesse für die Themen Menschenrechte (85%), Umwelt und Klimawandel (80%) sowie Schule, Bildung und Lebenslanges Lernen (80%). Darüber hinaus gaben die Befragten ihre Einschätzung zu folgenden Themen ab: Internationale Politik und Europa (66%), Wirtschaft und Globalisierung (66%), Funktionsweise unserer Demokratie und ihrer Institutionen (64%), Zuwanderung und Integration (63%), Antisemitismus (59%), Möglichkeiten der politischen Beteiligung für Bürger (55%), Zeitgeschichte (55%), Extremismus und Populismus (54%), Medien, Medienlandschaft und ihre Veränderungen (52%), Genderthemen bzw. Gleichberechtigung (51%), Landesgeschichte Nordrhein-Westfalen (38%).

Abbildung 20:
Themeninteressen (offen) – nach Geschlecht

Die Befragten interessieren sich besonders für folgende Themen aus den Bereichen Politik, Wirtschaft und Gesellschaft

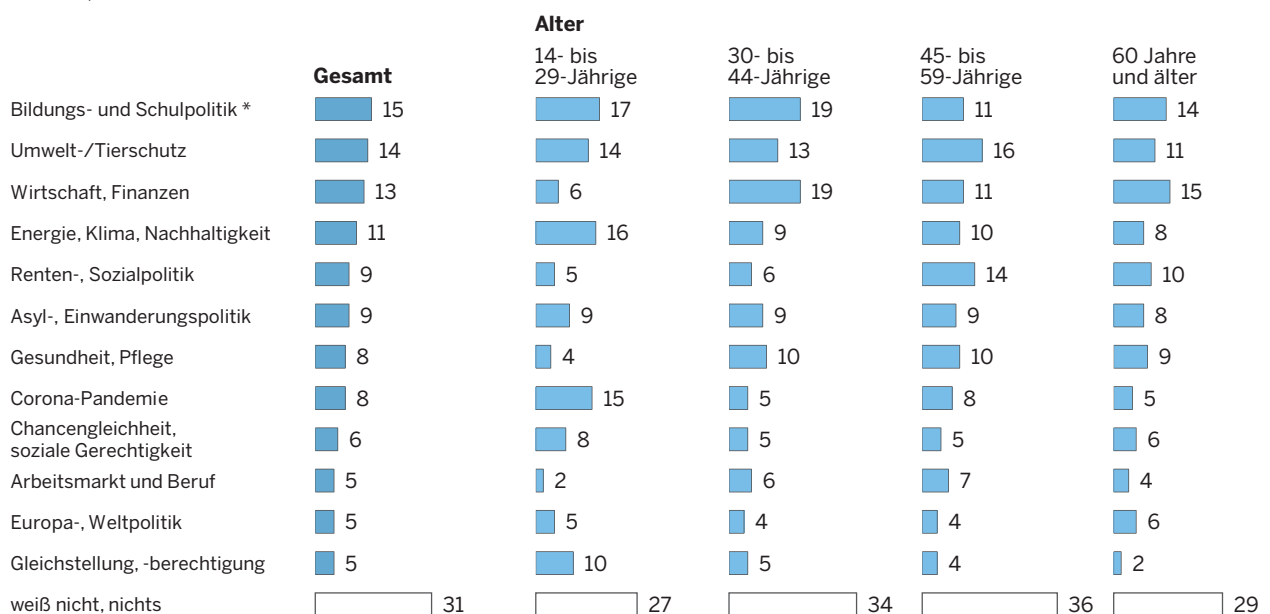


* offene Abfrage, Mehrfachnennungen möglich; dargestellt sind Nennungen ab 5 Prozent bei Gesamt

Angaben in Prozent

Abbildung 21:
Themeninteressen (offen) – nach Alter

Die Befragten interessieren sich besonders für folgende Themen aus den Bereichen Politik, Wirtschaft und Gesellschaft



* offene Abfrage, Mehrfachnennungen möglich; dargestellt sind Nennungen ab 5 Prozent bei Gesamt

Angaben in Prozent

Einordnung der Ergebnisse:

Von den thematischen Interessen der Befragten lassen sich keine besonderen Spezifika in Nordrhein-Westfalen ableiten. Die Themen bewegen sich nahe an den in Kapitel 5 benannten Schwerpunkten. Die dort festgestellte weltanschauliche Polarisierung lässt sich auch mit Blick auf die Themeninteressen feststellen. Gleiches gilt für die oben festgestellten Genderbezüge (vgl. Kapitel 3). Es ist davon auszugehen, dass die vorgefundenen Priorisierungen sozialisationsbedingt sind und damit für politische Bildung bearbeitbar.

Politische Bildung hat nicht nur ein Themenfeld. Will sie die Menschen erreichen, muss sie deren Interessen aufgreifen. Das grundsätzliche Prinzip der Ausrichtung politischer Bildung an den Interessen der Schülerinnen und Schüler bzw. der Teilnehmerinnen und Teilnehmer findet ihre Bestätigung in der Erhebung.

7. Kennen und nutzen die Menschen im Land politische Bildungsangebote?

Die bisherigen Ergebnisse haben einen Einblick in die politische und demokratische Lebenswelt der nordrhein-westfälischen Bevölkerung gegeben. Für die politische Bildung ergeben sich dadurch Anknüpfungspunkte, um die Angebote und Maßnahmen adressatengerecht weiterentwickeln zu können.

Nun soll sich der Blick aber auch konkret auf die Angebote politischer Bildung richten. Welche Angebote und Institutionen kennen die Menschen im Land? Welche Angebote nutzen sie bereits und welche würden sie gegebenenfalls nutzen?

7.1 Kenntnis über Institutionen als Informationsquelle

Verschiedene Institutionen in Nordrhein-Westfalen bieten den Bürgerinnen und Bürgern Informationen zu politischen und gesellschaftlichen Themen an. Fast drei Viertel der Befragten ist das von den politischen Parteien bekannt. Einer Mehrheit ist außerdem bekannt, dass die Bundeszentrale für politische Bildung, Verbände, Bürgerinitiativen und die Landeszentrale für politische Bildung

Informationen zu politischen und gesellschaftlichen Themen anbieten. Etwas weniger als der Hälfte der Befragten ist bekannt, dass Bildungswerke und andere freie Träger, Stiftungen und Vereine eine Informationsquelle für politische und gesellschaftliche Themen darstellen.

Mit Blick auf die unterschiedlichen Altersgruppen sind zum Teil deutliche Unterschiede feststellbar. So nennen die 14- bis 29-Jährigen im Vergleich zu allen Befragten überdurchschnittlich häufig (84%) die politischen Parteien. Auch mit den Informationsangeboten der Bundeszentrale für politische Bildung (70%), der Landeszentrale für politische Bildung (56%), der Stiftungen (61%) sowie von Vereinigungen und Vereinen (53%) sind die 14- bis 29-Jährigen im Vergleich zu den anderen Altersgruppen vertrauter. Informationsangebote von Bürgerinitiativen sind insbesondere den 45- bis 59-Jährigen (59%) und den über 60-Jährigen (58%) überdurchschnittlich häufig bekannt. „Bildungswerke und andere freie Träger“ nennen tendenziell häufiger die älteren Befragten.

Darüber hinaus trägt der Faktor Bildung zu einer stärkeren Ausprägung des Bekanntheitsgrads bei. Befragten mit weiterführender Schulbildung ist bei allen abgefragten Institutionen häufiger bekannt, dass diese Informationen zu politischen und gesellschaftlichen Themen anbieten als Befragten mit formal niedrigerer Bildung. Sind die Befragten darüber hinaus in Nordrhein-Westfalen zur Schule gegangen, kennen sie häufiger die Informationsangebote der Bundeszentrale für politische Bildung sowie der nordrhein-westfälischen Landeszentrale für politische Bildung als die Befragten, die nicht in Nordrhein-Westfalen zur Schule gegangen sind.

Einordnung der Ergebnisse:

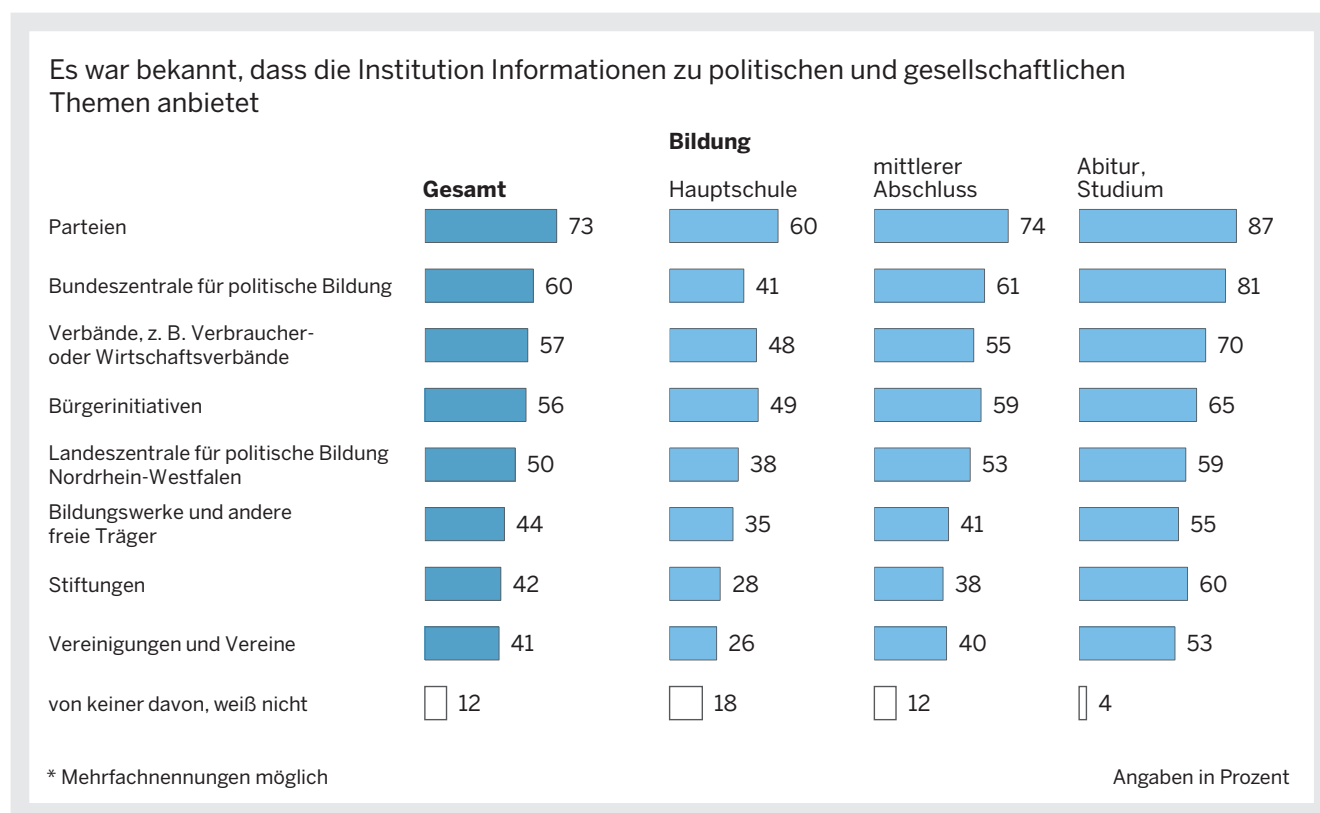
Die Ergebnisse zur Bekanntheit von Institutionen, die politische Informationen bereitstellen, deuten auf einen Schuleffekt hin. Insbesondere Befragte, die höhere Bildungsabschlüsse aufweisen und der ersten Alterskohorte angehören, geben mit deutlich höheren Werten an, Bundes- und Landeszen-

Bildung macht den Unterschied:
Je höher der formale Bildungsgrad, desto höher der Bekanntheitsgrad von Institutionen, die politische Informationsangebote zur Verfügung stellen.

trale für politische Bildung und zudem auch noch Stiftungen als Informationsquelle zu kennen. Es kann daher vermutet werden, dass entsprechende Informations- und Unterrichtsmaterialien im Rahmen schulischer politischer Bildung genutzt werden. Dies gilt insbesondere für Bildungsangebote der Landeszentrale für politische Bildung, die den Befragten, die in Nordrhein-Westfalen zur Schule gegangen sind, deutlich bekannter ist als solchen, die außerhalb von Nordrhein-Westfalen die Schule besucht haben.

Abbildung 22:

Bekanntheit von Institutionen als Informationsquelle – nach Bildung



Auffälligkeiten zeigen sich im Hinblick auf die Schulabschlüsse der Befragten: Im Vergleich zu denen mit Hauptschulabschluss ist den Befragten mit Abitur/Hochschulstudium doppelt so oft bekannt, dass die Bundeszentrale für politische Bildung politische und gesellschaftliche Informationen anbietet. Diese Tendenz gilt grundsätzlich, wenn auch nicht so stark für alle anderen Institutionen. Bezüglich des angenommenen schulischen Effekts muss daher differenziert werden zwischen Schulformen, die zum Abitur führen, und solchen, die mit anderen Abschlüssen enden. Der beschriebene Bildungseffekt lässt einen Zusammenhang mit der Schulbesuchsdauer (ohne Berufsschule/Berufskolleg) vermuten. Aber auch die möglicherweise auf gymnasiales Niveau hin konzipierten Informations- und Unterrichtsmaterialien sowie der hohe Anteil fachfremd erteilten Politikunterrichts²⁸ können zu dem Effekt beitragen. In der Politikdidaktik gehören Hinweise darauf zu den gängigen Ergebnissen von einschlägigen Veröffentlichungen (vgl. u. a. Achour/Wagner 2019; Besand 2014; Goll 2019).

Bildungs- und Informationsangebote von Institutionen politischer Bildung können nur genutzt werden, wenn sie bekannt sind. Je früher und nachhaltiger das geschieht, desto höher die Wahrscheinlichkeit, dass sie sich nachhaltig im Gedächtnis der Bürgerinnen und Bürger verankern. Umfang und Qualität des schulischen Politikunterrichts kommt daher große Bedeutung zu. Wenn dieser kaum stattfindet oder die Lehrkräfte für ihn nur unzureichend qualifiziert sind, ist nicht zu erwarten, dass Schülerinnen und Schüler über den Unterricht Informationen zu Quellen hochwertiger politischer Informationen erhalten. Die Stärkung der politischen Bildung in Nordrhein-Westfalen muss daher auch in der Schule ansetzen.

7.2 Nutzung von Angeboten der politischen Bildung

Politische Bildung verfügt über eine Bandbreite geeigneter Formate, die das Verständnis für politische Sachverhalte fördern und das demokratische Bewusstsein festigen sollen. Die Befragten sollten daher angeben, welche Möglichkeiten sie nutzen, um sich über politische und gesellschaftliche Themen zu informieren. Die Formulierung wurde bewusst gewählt, um ein breites Verständnis der Befragten zu erreichen. Es muss aber darauf hingewiesen werden, dass Angebote politischer Bildung nicht ausschließlich der Informationsgewinnung, sondern vor allem der Entwicklung der Urteils- und Handlungsfähigkeit dienen. Vor diesem Hintergrund kann auf Grundlage der Fragestellung nur bedingt auf die Nutzung von Angeboten der politischen Bildung geschlossen werden. Gleichwohl liefern die Ergebnisse erste Erkenntnisse über die Inanspruchnahme solcher Angebote durch verschiedene Zielgruppen.

Über die Hälfte der Befragten hat bereits TV-Formate genutzt, eine Gedenkstätte oder ein zeitgeschichtliches Museum besucht und Filme zu aktuellen Themen konsumiert. Weniger als die Hälfte der Befragten hat für Informationen über politische und gesellschaftliche Themen bereits soziale Medien wie Facebook, Instagram, YouTube oder Twitter genutzt, rund jeder Dritte hat an Vorträgen oder Diskussionsveranstaltungen teilgenommen oder Bücher bzw. E-Books zu aktuellen Themen gelesen. Weitaus seltener nennen die Befragten Podcasts, Wochenend- oder Tagesseminare bzw. Lesungen, Workshops, politische Theateraufführungen²⁹ oder interaktive Angebote wie Quiz, Escape Games oder Planspiele. Darüber hinaus können sich einige Befragte vorstellen, die abgefragten Angebote einmal zu nutzen.

28 Vgl. Anteil des Unterrichts im Fach Politik, Sek. I, ohne Lehrbefähigung, Schuljahr 2018/19: Hauptschule 91,4%, Realschule 62,4%, Sekundarschule 81,0%, Gesamtschule 57,2%, Gymnasium 25,6%; MSB 2019, S. 132 ff.; Anteil des Unterrichts im Fach Politik, Sek. I, ohne Lehrbefähigung, Schuljahr 2019/20: Hauptschule 79,3%, Realschule 61,5%, Sekundarschule 80,2%, Gesamtschule 57,1%, Gymnasium 25,0%; MSB 2020, S. 132 ff.

29 Um ein breites Verständnis bei den Befragten zu erreichen, wurde in der Befragung auf den Begriff der politischen Theateraufführungen zurückgegriffen. Die Landeszentrale für politische Bildung weist in ihren Fördergrundsätzen und speziellen Bildungsprogrammen im Bereich politische Bildung und Theater allerdings auf den Unterschied von politischem Theater sowie Theater und politischer Bildung hin. Die Fördergrundsätze sind auf der Homepage der Landeszentrale zu finden.

Formate mit wenig Aufwand überwiegen (TV, Filme), solche mit höherem Selbstverpflichtungscharakter (Tagesseminare, Workshops) werden deutlich weniger nachgefragt.

Zudem zeigt sich ein Alterseffekt. Digitale und interaktive Angebote werden deutlich mehr von jüngeren als von älteren Menschen genutzt. So haben die 14- bis 29-Jährigen schon überdurchschnittlich häufig soziale Medien und Podcasts als Informationskanal genutzt. Auch Workshops und interaktive Angebote (Quiz, Escape Game, Planspiel) spielen am häufigsten bei den 14- bis 29-Jährigen eine Rolle. Die über 60-Jährigen besuchen häufiger als die anderen Altersgruppen politische Theateraufführungen sowie Wochenend-/Tagesseminare. Hingegen haben die über 60-Jährigen etwas seltener als die anderen Altersgruppen und der Durchschnitt bereits eine Gedenkstätte oder ein zeitgeschichtliches Museum besucht.

Die Auseinandersetzung mit der jüngeren und Zeitgeschichte hat einen hohen Stellenwert für die nordrhein-westfälische Bevölkerung:

Rund drei Viertel der Befragten haben schon einmal eine Gedenkstätte oder ein zeitgeschichtliches Museum besucht oder können sich einen Besuch vorstellen.

Der Faktor höhere Bildung trägt zu einer stärkeren Ausprägung der Nutzung von Informationsangeboten bei. Fast alle Informationsangebote (Ausnahmen sind Bücher bzw. E-Books zu aktuellen Themen und Teilnahme an Wochenend-/Tagesseminaren) wurden von Befragten mit Abitur bzw. Studium schon häufiger einmal als von Befragten mit mittlerem oder Hauptschulabschluss genutzt.

Einordnung der Ergebnisse:

Die Frage nach der Nutzung unterschiedlicher Formate für Informationen zu politischen und gesellschaftlichen Themen zeigt, dass Menschen mit höheren Bildungsabschlüssen (mindestens Abitur) die Möglichkeiten deutlich mehr nutzen als solche mit niedrigeren Bildungsabschlüssen (Hauptschulabschluss).³⁰ Beachtenswert ist der hohe Anteil von 60% über alle Altersgruppen hinweg (allerdings mit ungleicher Bildungsaspiration), der angibt, Gedenkstätten oder zeitgeschichtliche Museen besucht zu haben.

Die Ergebnisse zeigen zudem eine höhere Nutzung von weniger aufwendigen Formaten wie Fernsehen und Filme und eine geringere Nutzung von Formaten mit hohem Selbstverpflichtungscharakter (Tagesseminare, Workshops). Diese Ergebnisse sind vor dem Hintergrund der Fragestellung zu erklären. Bei der Frage nach Möglichkeiten, sich über politische und gesellschaftliche Themen zu informieren, ist es wenig überraschend, dass Formate wie Fernsehen, Filme und soziale Medien einen höheren Stellenwert erhalten. Vor diesem Hintergrund sind die Ergebnisse für „Vorträge und Diskussionsveranstaltungen“ sowie „Bücher und E-Books zu aktuellen Themen“, die mehr als ein Drittel der Befragten nennen, bemerkenswert.

Politische Bildung muss sich verstärkt Gedanken machen, wie schulische und außerschulische Bildungsangebote so aufeinander bezogen werden können, dass schulisches Lernen nachhaltig positiv auf außerschulisches ausstrahlt bzw. außerschulische Angebote schon früh im schulischen Kontext präsent sind und schon dort Interesse entwickeln und nachhaltig binden können.

³⁰ Zum Beispiel: Gedenkstätten 76 % zu 47 %, Bücher 48 % zu 30 %, Lesungen und Workshops 24 % zu 9 %.

Abbildung 23:
Nutzung von Informationsangeboten – nach Alter

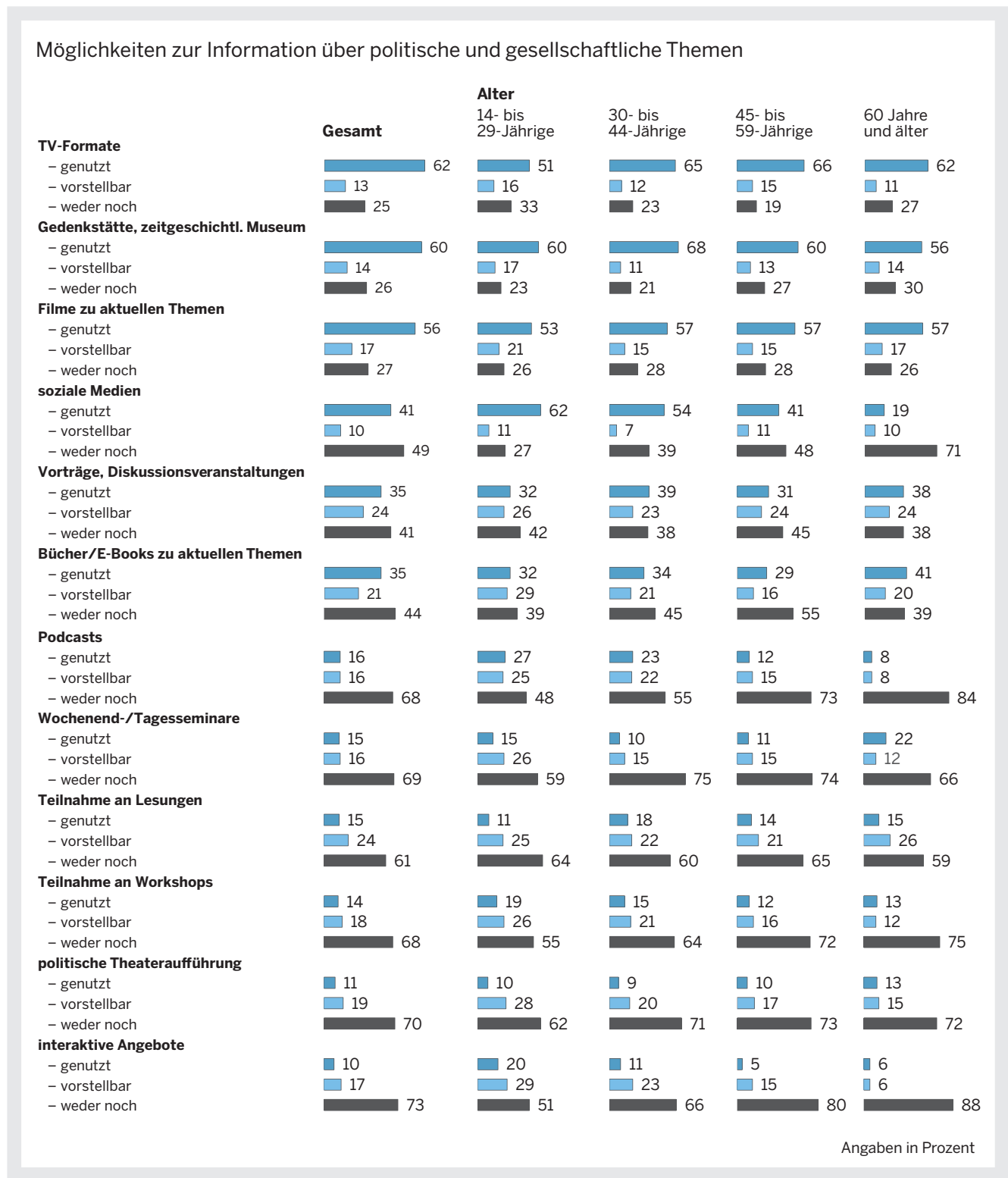
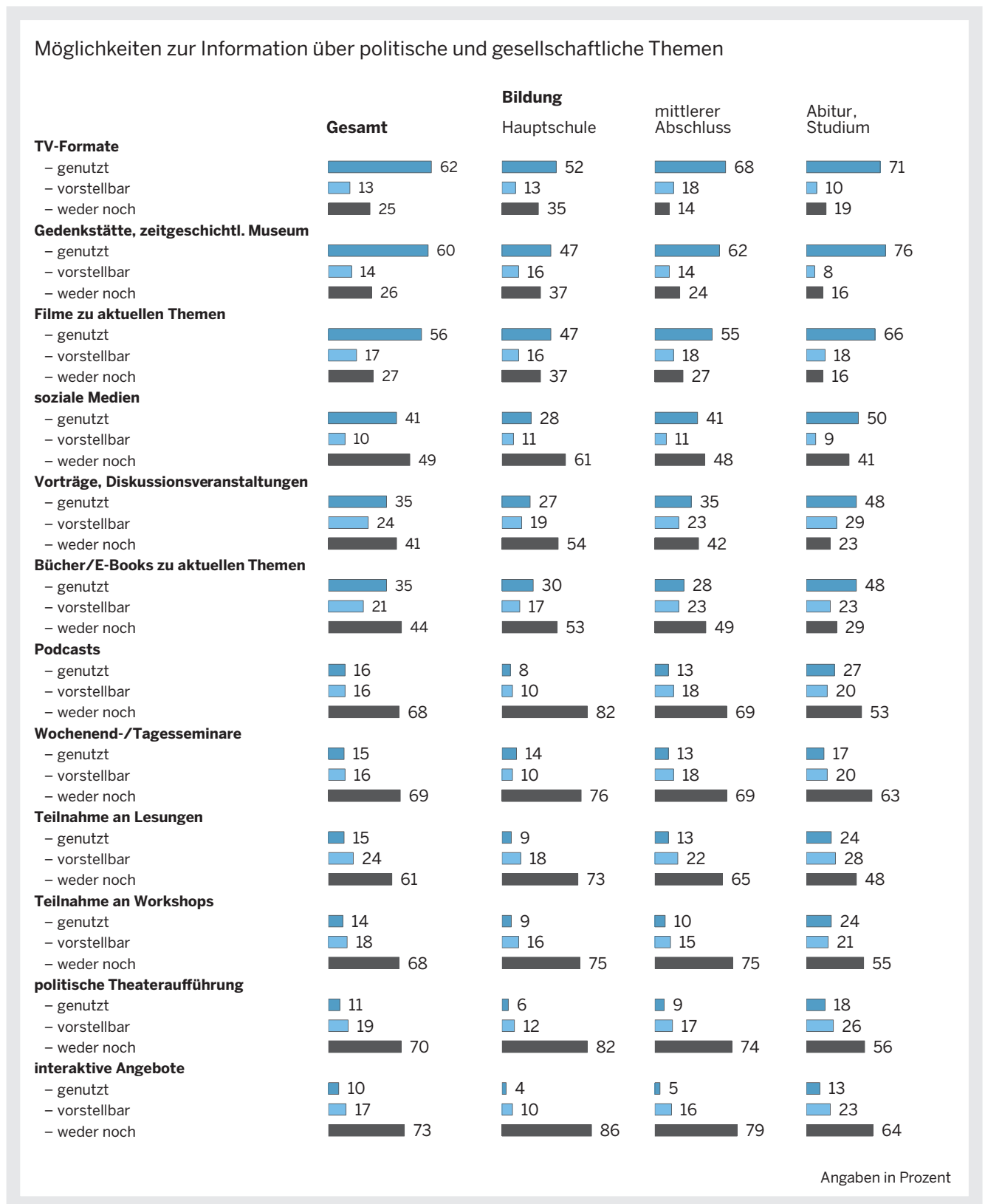


Abbildung 24:

Nutzung von politischen Bildungsangeboten – nach Bildung



7.3 Nutzung der Angebote der Landeszentrale für politische Bildung Nordrhein-Westfalen

Bezogen auf alle Bürgerinnen und Bürger haben bislang 20 % der Befragten Angebote der Landeszentrale für politische Bildung in Anspruch genommen. Auch hier sind die bekannten Effekte festzustellen: Jüngere nutzen die Angebote häufiger als Ältere, formal höher Gebildete stärker als formal weniger Gebildete. Entlang der politischen Selbsteinschätzung zeigt sich zudem ein Gefälle. Die Personen, die sich eher links verorten, haben die Angebote schon häufiger genutzt als diejenigen, die sich mittig oder rechts verorten (Links: 46 %, Mitte: 37 %, Rechts: 32 %).

Mehrheitlich genutzt haben die Befragten Informationsmaterial, aber auch politische Literatur und Materialien für Schulunterricht und Studium. Besonders bei Letzterem ist der Zusammenhang mit der Schulform ersichtlich: Während 18 % der Befragten mit Abitur/Hochschulabschluss schon einmal Material für Schule bzw. Studium genutzt haben, waren es bei den Befragten mit mittlerer Reife 4 % und bei denen mit Hauptschulabschluss 0 %. Dass das Material nicht unmittelbar für Schülerinnen und Schüler konzipiert ist, kann daran abgelesen werden, dass diese Subgruppe mit 28 % überdurchschnittlich häufig (über alle Befragten hinweg: 10 %) die Einschätzung abgab, die Informationen seien zu kompliziert. Insgesamt ist die Zahl der Rückmeldungen bezüglich der Teilgruppen jedoch so niedrig, dass solche Aussagen statistisch nur bedingt auszuwerten sind.

Besuche im Landtag machten 3 % der Nutzung aus und die Teilnahme an Seminaren und Vorträgen 2 %. Ein Alterseffekt lässt sich dahingehend feststellen, dass Informations- und Unterrichtsmaterial stärker von jungen Menschen, politische Literatur dagegen stärker von älteren Menschen

Die Angebote der Landeszentrale für politische Bildung werden häufiger von Jüngeren und von Menschen mit formal höherer Bildung nachgefragt.

genutzt wird. Der Landtagsbesuch wird von Menschen über 45 Jahren berichtet, nicht dagegen von Schülerinnen und Schülern bzw. Studierenden. Insgesamt fragen Männer etwas stärker politisches Informationsmaterial und politische Literatur nach, wohingegen bei Frauen eine größere Resonanz bei Unterrichts- und Studienmaterial zu sehen ist. Letzteres lässt sich durch einen höheren Frauenanteil unter Lehrkräften erklären.

Allgemein kann ein hohes Maß an Zufriedenheit mit dem Informationsangebot der Landeszentrale für politische Bildung Nordrhein-Westfalen festgestellt werden. Nur 2 % der Befragten äußerten die Einschätzung, dass ihre Erwartungen vom Material gar nicht erfüllt worden seien, 47 % sahen diese vollständig und 48 % immerhin teilweise erfüllt. Liegt letztere Einschätzung vor, dann äußern 45 % der Befragten, dass die Informationen nicht ausreichend gewesen seien, während 10 % das Material für zu kompliziert hielten. 42 % machten hingegen keine Angaben. Es ist erneut darauf zu verweisen, dass die Zahl der Rückmeldungen bezüglich der Teilgruppen so niedrig ist, dass sie nur bedingt aussagekräftig sind. Somit können die Ergebnisse hinsichtlich der Nutzung der Angebote der Landeszentrale für politische Bildung lediglich als Tendenz verstanden werden.

C



C. Handlungsmöglichkeiten zur Weiterentwicklung der politischen Bildung in Nordrhein-Westfalen

Die Ergebnisse des ersten Demokratieberichts zur Lage der politischen Bildung in Nordrhein-Westfalen zeigen: Es gibt viel zu tun für politisch Bildende im Land. Bereits einleitend wurde darauf gelegt, dass dieser Bericht allein einen Überblick zur Lage der politischen Bildung geben kann und lediglich Anhaltspunkte zur Vertiefung und Weiterentwicklung politischer Bildungsangebote bietet. Bedrohungslagen für die Demokratie, z. B. aktuell ausgehend vom zunehmenden Rechts-Extremismus (vgl. Verfassungsschutzbericht des BMI 2021) und Antisemitismus (vgl. Antisemitismusbeauftragte des Landes Nordrhein-Westfalen 2020), reißen die Ergebnisse der Studie aufgrund des Fokus des vorliegenden Berichts nur an. Gleichwohl blenden die folgenden Handlungsmöglichkeiten derartige Angriffe auf die Demokratie selbstverständlich nicht gänzlich aus.

Die vorliegenden Handlungsmöglichkeiten sind allgemein gehaltene Vorschläge, die sich an die gesamte Landschaft der politischen Bildung in Nordrhein-Westfalen und an die staatlich verantworteten Bildungsangebote richten. Zu betonen ist, dass für viele der genannten Handlungsfelder in Nordrhein-Westfalen bereits die grundlegende Basis vorhanden ist. Es geht somit vor allem um die Stärkung, die Weiterentwicklung und den Ausbau der genannten Handlungsfelder. So bestehen beispielsweise – insbesondere getragen durch die Landschaft der vielfältigen politischen Bildung – politische Bildungsangebote, die auf die Förderung einer demokratischen Haltung abzielen.

Die im Bericht aufgezeigte Diskrepanz zwischen der Zustimmung zur Demokratie als Staatsform und der Zustimmung zur Demokratie als Lebensform muss hier beispielsweise als Anhaltspunkt herangezogen werden, um die Strukturen der Bildungsangebote, die Demokratie als Staats- und Lebensform zusammenzubringen, zu festigen und auszuweiten. So weist auch der Abschlussbericht der Enquete-Kommission „Subsidiarität und Partizipation. Zur Stärkung der (parlamentarischen) Demokratie im föderalen System aus nordrhein-westfälischer Perspektive“ mit seinen

25 Empfehlungen für die politische Bildung im frühkindlichen, schulischen und außerschulischen Bereich sowie für die Landeszentrale für politische Bildung auf die große Bedeutung der Stärkung und Ausweitung der Angebote politischer Bildung hin (vgl. LT-Drs. 17/13750 2021: 47 ff.).

Die folgenden Handlungsmöglichkeiten stellen den Auftakt eines Prozesses der Überprüfung und Weiterentwicklung dar: Worauf sollte politische Bildung in Nordrhein-Westfalen setzen? Wo besteht Verbesserungsbedarf? Und welche Handlungsfelder bedürfen einer tiefergehenden empirischen Befassung? Die Handlungsmöglichkeiten sollen eine Art Orientierungskompass sein, in welche Richtung und mit welcher Attitüde sich politische Bildungsangebote weiterentwickeln müssen.

Handlungsfeld 1: Entwicklung von neuen aufsuchenden Formaten und Konzepten der politischen Bildung, die eine demokratische Grundhaltung fördern.

Die Ergebnisse der repräsentativen Umfrage zeigen, dass Demokratie als Staatsform fest in den Köpfen der Menschen verankert ist, wohingegen die Demokratie seltener als Lebensform begriffen wird. Dabei ist eine demokratische Grundhaltung, die sich vor allem durch gegenseitigen Respekt, gelebte Toleranz, Beteiligung und Wertschätzung friedlicher Konfliktlösungen auszeichnet, in einer demokratischen Gesellschaft unerlässlich. Demokratie sind Staatsform und Haltung zugleich. Besonders in Zeiten gesellschaftlicher Polarisierung sind eine klare demokratische Grundhaltung und die Bereitschaft zum Perspektivwechsel und zur Empathie gefordert. Das berühmte Böckenförde-Diktum: „*Der freiheitlich-säkularisierte Staat lebt von Voraussetzungen, die er selbst nicht garantieren kann*“, verdeutlicht die besondere Rolle einer demokratischen Haltung: Bürgerinnen und Bürger sind aufgerufen, die verfassungsrechtlichen Garantien auf lebendige Weise zu erhalten und Demokratie auch im Alltag zu leben. Dabei verlangt das Grundgesetz nicht,

dass die Bürgerinnen und Bürger dessen Werte auch teilen und befürworten. Es verlangt allein die faktische Anerkennung des Geltungsvorrangs verfassungsrechtlicher Vorgaben. Aber nur, wenn Bürgerinnen und Bürger auch eine Affinität zu Verfassungswerten entwickeln und somit eine demokratische Grundhaltung ausbilden, kann Demokratie langfristig als Staatsform bestehen.

Neue Formate und Konzepte der politischen Bildung müssen diesen Aspekt der demokratischen Haltung in den Fokus nehmen und die lebensweltliche Demokratiebildung stärken. Die Leitlinie dabei muss sein, dass erst das **Erleben von Demokratie** sie auch als Lebensform begreifbar macht. Politische Bildung sollte Demokratie als Erlebnis in entsprechende Angebote übersetzen.

So hat beispielsweise die **Verknüpfung von kultureller und politischer Bildung** das große Potenzial, Demokratie in kreativer und künstlerischer Form erlebbar zu machen. Besonders die Verknüpfung von Theater und politischer Bildung bietet die Möglichkeit, Auseinandersetzungen mit politischen Fragestellungen anzuregen und alternative sowie niederschwellige Zugänge zu gesellschaftspolitischen Debatten zu ermöglichen. Die Landeszentrale für politische Bildung setzt bereits im Bereich Theater, Popkultur und Kabarett erfolgreiche Kooperationen um. Diese gilt es zu festigen und weiterzuentwickeln. Eine wichtige Prämisse dabei ist, dass kunstvolle und kulturelle Formate von politischer Bildung – sei es in Theater-, Musik-, Kabarett- oder Filmformaten – Moderation und Begleitung erfahren müssen und keineswegs im luftleeren Raum stehen dürfen.

Auch **kollaborative Formen des Lernens** können dazu beitragen, Demokratie erlebbar zu machen und demokratische Grundwerte wie gegenseitigen Respekt, Unterstützung und Beteiligung zu vermitteln. Indem zum Beispiel Lernende mitbestimmen, welche Themen, welche Formate, welche Referentinnen und Referenten bei politischen Bildungsangeboten eine Rolle spielen, können das Selbstwirksamkeitsgefühl und demokratische Haltung im Sinne der Mitsprache und Beteiligung gestärkt werden. Angebote der politischen Bildung, in der die politisch Bildenden – zurückhaltend in der Rolle als Dialog- und Prozessbegleitung – die Gestaltung und Fokussierung der Angebote an den Interessen der Teilnehmenden ausrichten und somit Raum für induktive Ideenentwicklung bieten, müssen mehr gewagt werden.

Grundsätzlich, aber auch insbesondere angesichts der bevorstehenden Landtagswahl 2022 muss der Anspruch politischer Bildung sein, auch oder gerade die Menschen zu erreichen, die keine Zeit oder weniger Interesse an der Wahrnehmung politischer Bildungsangebote haben. **Aufsuchende politische Bildung**, die zu den Menschen hingehet, statt sie kommen zu lassen, der Gang in die Quartiere, die Verortung des Politischen im Alltäglichen der Menschen – all dies muss im Rahmen politischer Bildungsangebote an Bedeutung gewinnen. So wäre beispielsweise im Rahmen der Landtagswahl 2022 der Einsatz von Wahlteams für einen überparteilichen Wahlauf Ruf in Niedrigwahlbereichen vorstellbar, um Unschlüssige und Nichtwählende zu aktivieren, ihr Wahlrecht zu nutzen.

Insgesamt bedarf es neuer Ideen, wie **aufsuchende, mobile Angebote der politischen Bildung** auch nachhaltig wirken können. Die Identifikation von starken Partnerinnen und Partnern vor Ort, die als **„Brückenmenschen“** den Gesprächsfaden zu weniger politisch Interessierten halten, muss dabei eine wesentliche Rolle spielen.

Erfolgreiche Kooperationen betreibt die Landeszentrale für politische Bildung in diesem Zusammenhang mit den **„Demokratiewerkstätten im Quartier“**. Seit 2017 arbeitet sie mit starken Partnerinnen und Partnern der politischen Bildung in besonderen Quartieren in Nordrhein-Westfalen zusammen, die als Brücke zu den Menschen in diesen Quartieren fungieren. Die dortigen Bewohnerinnen und Bewohner sind (auf verschiedene Weise) mit sozialer Benachteiligung oder anderen gesellschaftlichen Herausforderungen konfrontiert. Ziel der Demokratiewerkstätten im Quartier ist es, Menschen in der Nachbarschaft bei der Artikulation und Umsetzung ihrer eigenen Interessen zu unterstützen. Auf diese Weise unterstützen die Werkstätten die Menschen vor Ort dabei, selbst etwas zu bewirken. Dieses Vorgehen wird weitgehend von den Ergebnissen der vorliegenden Studie getragen: So zeigt sich, dass politische Partizipation auch vom Selbstwirksamkeitsgefühl abhängt. Wird darauf vertraut, dass das eigene Handeln etwas verändern kann, fördert dies politische Beteiligung. Nicht zuletzt aus diesem Grund sollen die bisher acht Demokratiewerkstätten thematisch und geografisch erweitert werden und mit einer Ausweitung auf das Rheinische Braunkohlerevier und Ostwest-

falen das Thema des ländlichen Strukturwandels aufgegriffen werden.

Das Potenzial für aufsuchende und persönlich gefasste Formate der politischen Bildung kann auch aus den Ergebnissen der Befragung abgeleitet werden: Mehr als jeder zweite Mensch engagiert sich in Nordrhein-Westfalen ehrenamtlich: im Sportverein, in der Kirche, in einer Gewerkschaft etc. (siehe auch Kapitel 3.3 des vorliegenden Berichts). Insbesondere im Sportbereich werden viele – und vor allem junge – Menschen erreicht. Der Sportverein kann somit eine wichtige Sozialisationsinstanz und Bildungsort sein. Für die außerschulische politische Bildung ergibt sich dadurch ein wichtiger Allianzpartner, der ein Türöffner bei der Verbreitung politischer Bildungsangebote für neue Zielgruppen sein kann.

Handlungsfeld 2: Entwicklung von Handlungsstrategien der politischen Bildung zur Stärkung von Bürgerinnen und Bürgern im Umgang mit populistischem, extremistischem, rassistischem und antisemitischem Gedankengut.

Die Bürgerinnen und Bürger Nordrhein-Westfalens sind überwiegend politisch interessiert und schätzen die demokratischen Mitwirkungsmöglichkeiten – so die Ergebnisse der vorliegenden repräsentativen Befragung. Dennoch bestehen demokratiefeindliche Bedrohungslagen, insbesondere durch die rechtspopulistische und -extreme Szene, mit unterschiedlich starken, jedoch fast immer ineinanderfließenden antidemokratischen, rassistischen und antisemitischen Ausprägungen (vgl. Verfassungsschutzbericht NRW).

Mehr als neun von zehn Menschen, so das deutliche Ergebnis der Umfrage des vorliegenden Berichts, sehen es als sehr wichtig oder wichtig an, im Vorgehen gegen Antisemitismus, Rassismus und Extremismus Verbesserungen zu erreichen. Daraus wird ein Bewusstsein für die Problematik und Gefahrenlage, die sich für unsere Demokratie und Gesellschaft aus diesen Phänomenbereichen ergeben, deutlich. Mehr noch: Diese eindeutige Problem-Priorisierung seitens der Befragten muss als klarer Auftrag an die Landesregierung verstanden werden.

Durch die im Zuge der aktuellen Corona-Pandemie entstandene sogenannte Querdenker-Bewegung fanden Verschwörungsmythen, auch

hier in der Regel verbunden mit antisemitischen, rassistischen und demokratiefeindlichen Positionen, verstärkt Eingang in den öffentlichen Raum (vgl. Virchow, Häusler 2020: 25 ff.). An dieser Bewegung zeigt sich, dass insbesondere rechtsextreme und -populistische Akteure versuchen, vor allem jenen Teil der Bevölkerung zu erreichen, der ein hohes Maß an Unzufriedenheit mit den allgemeinen Lebensumständen und der Demokratie in Deutschland aufweist.

Dieser Personenkreis bringt etablierten Medien und gängigen Formaten der politischen Bildung wenig Vertrauen entgegen. Es ist daher Aufgabe der politischen Bildung, Menschen zu befähigen, die Widersprüche der modernen Gesellschaft auszuhalten und sich nicht in eine Welt einfacher Erklärungen zu flüchten. Demzufolge ist eine Stärkung und Ausweitung von Strategien der staatlichen und zivilgesellschaftlichen Prävention notwendig. Dies kann auch über eine verstärkte Zusammenarbeit mit den Gedenkstätten, den Einrichtungen der politischen Bildung sowie den Soziokulturellen Zentren, die in den Regionen verankert sind, gelingen.

Darüber hinaus braucht es angesichts anhaltend hoher Zahlen von rechtsextremen Straftaten und der verbreiteten Betroffenheit eine Aufwertung der bestehenden Strukturen der Beratung, insbesondere der Opfer- und Ausstiegsberatung.

Handlungsfeld 3: Demokratische Schul- und Unterrichtsentwicklung als Querschnittsaufgabe.

Schulen sind Orte, an denen Demokratie erlernt und gelebt werden kann. Sie sind der Ort, der alle jungen Menschen im Land, auch mit politischer Bildung, erreichen kann. Die Ergebnisse der vorliegenden repräsentativen Umfrage zeigen jedoch ein deutliches Gefälle zwischen den verschiedenen Schulformen. So wird deutlich: Je höher der formale Bildungsabschluss, desto positiver sind in der Regel die Ergebnisse. Beispielsweise zeigen Befragte, die über einen formal niedrigeren Bildungsabschluss verfügen, im Vergleich zu den Befragten mit einem formal höheren Bildungsabschluss, deutlich weniger Interesse an Politik, haben ein weniger ausdifferenziertes Demokratieverständnis und nutzen seltener die vielfältigen Angebote der politischen Bildung außerhalb

der Schule. Die schulische politische Bildung ist gerade in solchen Schulformen gefragt, wo politisches Interesse und „political literacy“ nicht aus der sozialen Umgebung erwächst. Dies gilt auch für den Bereich der politischen Bildung im beruflichen Schulwesen.

Um politische Bildung an allen Schulformen zu stärken, muss sie als Querschnittsaufgabe verstanden werden. Politische Bildung an Schulen ist dann erfolgreich, wenn sie im gesamten Fächerspektrum an allen Schularten und in der Schulkultur angemessene Beachtung findet und als Aufgabe von allen Beteiligten in Schule und Unterricht verstanden wird. Über Schul-, Kinder- und Jugendparlamente, die Schülerzeitung, Projekttag zur Demokratie, Wettbewerbe etc. haben die Schulen die Möglichkeit, politische Bildung und Demokratiebildung in den Schulalltag einzubinden und das Demokratieerleben zu vermitteln. Maßnahmen der Demokratiebildung müssen daher noch stärker im gesamten Schulbetrieb verankert und als Querschnittskompetenz vermittelt werden. Das Ministerium für Schule und Bildung hat in diesem Zusammenhang seit 2019/2020 damit begonnen, „politische Bildung und Demokratieerziehung“ sowie die „Menschenrechtsbildung“ explizit als verbindlich zu erfüllende Querschnittsaufgaben aller Fächer in den Kernlehrplänen auszuweisen.

Darüber hinaus plant die Landeszentrale für politische Bildung aktuell in enger Abstimmung mit dem Ministerium für Schule und Bildung die Ausweitung des Bildungsprogramms ‚Demokratie für mich‘: Grundrechte in Deutschland – Ein erfahrungsorientiertes Konzept zum Demokratie-Lernen für zugewanderte junge Erwachsene“ auf weitere Klassenformen. Auch Einsatzgebiete außerhalb des Schulkontextes werden aktuell geprüft. Das innovative Programm zur Demokratie- und Wertebildung wurde und wird bisher nur in Internationalen Förderklassen an Berufskollegs in Nordrhein-Westfalen durchgeführt und ermöglicht zugewanderten jungen Menschen, eigene Prägungen und Lebenswirklichkeiten als Ausgangspunkt zum Erfahren und Erlernen der Demokratie in Deutschland zu nehmen. Die jungen Menschen werden bei der Identitätsbildung in der Fremde unterstützt und mit den demokratischen Grundwerten in Deutschland vertraut gemacht. Da sich das Programm in den Internationalen Förderklassen als sehr erfolgreich erwiesen

hat und von den beteiligten Berufskollegs begeistert aufgegriffen wird, strebt die Landeszentrale für politische Bildung in Abstimmung mit dem Ministerium für Schule und Bildung eine Ausweitung auf weitere Klassenformen an.

Außerdem liefert der Abschlussbericht der Enquete-Kommission „Subsidiarität und Partizipation. Zur Stärkung der (parlamentarischen) Demokratie im föderalen System aus nordrhein-westfälischer Perspektive“ konkrete Handlungsempfehlungen für den schulischen Bereich. Dort wird beispielsweise auf eine stärkere Vernetzung zwischen Trägern der schulischen und außerschulischen politischen Bildung sowie die Entwicklung von Handreichungen zur Demokratiebildung für alle beteiligten Berufs- und Personengruppen verwiesen.

Handlungsfeld 4: Politische Bildung ist Bildung mit neuen Medien und über neue Medien.

Angesichts der Bedeutung, die Internet und soziale Medien nicht nur, aber besonders für junge Menschen haben, muss politische Bildung die Bürgerinnen und Bürger auch dort aufsuchen und im Sinne einer aufsuchenden politischen Bildung mit ihnen intensiv in Kontakt treten. Es gilt also nicht nur neue digitale Formate bereitzustellen, sondern auch neue Formen der Kommunikation, z. B. über soziale Medien, aufzunehmen. Dabei muss politische Bildung wagen, neue Wege zu gehen, und darf sich aktuellen Trends nicht verschließen – oder gar vor ihnen zurückschrecken: Denn viele Analysen und Interpretationen der neuen Möglichkeiten des Digitalen fokussieren die problematischen Seiten der digitalen Welt. Denen stehen aber manifeste Vorteile von Digitalisierung und Vernetzung gerade für den Bildungsbereich gegenüber.

Politische Bildung hat den verantwortungsvollen Auftrag, zu einer digitalen (Medien-)Mündigkeit der Bürgerinnen und Bürger bzw. einer digitalen Demokratiekompetenz beizutragen. Dabei sind – in auf die politische Bildung fokussierter Anknüpfung an den etablierten „Medienkompetenzrahmen NRW“ – vor allem vier Bereiche von besonderer Bedeutung.

- Erstens der Bereich **„Informieren und Recherchieren“**: Denn eine demokratische Meinungs- und Entscheidungsbildung sollte auf zuverläss-

sigen Informationen basieren. Dazu bedarf es Fähigkeiten, um zum Beispiel Fake News und Verschwörungsmythen erkennen zu können.

- Da Demokratie vom Austausch von Meinungen sowie von Beteiligung lebt, werden, als Zweites, digitale Kompetenzen aus dem Bereich **„Kommunizieren und Kooperieren“** benötigt. Hierunter fällt etwa Wissen zum richtigen Umgang mit Hate Speech oder über die Organisation von digitalen Beteiligungsformaten.
- Damit die Diskussion um demokratische Entscheidungen mit korrekt recherchierten und aufbereiteten Daten unterstützt werden kann, sind Kenntnisse aus dem dritten Kompetenzbereich **„Produktion und Präsentation“** erforderlich, gerade auch im Hinblick auf den Umgang mit offenen Daten.
- Im vierten Kompetenzbereich **„Analysieren und Reflektieren“** schließlich geht es um die kritische Auseinandersetzung mit den Herausforderungen der Digitalisierung für unsere Demokratie: Was bedeutet die Digitalisierung für unsere demokratischen Grundrechte? Wie gehen wir mit unseren Daten oder Entwicklungen wie Künstliche Intelligenz um?

Zur Erfüllung dieser Aufgaben sollen die Bereiche Medienkompetenz (v.a. getragen durch die Medienpädagogik) und politische Bildung enger zusammengeführt werden. Das zu verwirklichende Ziel beider Bereiche muss sein, gemeinsame Ansätze für eine digitale Aufklärung zu erarbeiten, um o.g. Phänomenen wie Hate Speech oder Fake News entschlossen entgegenzutreten zu können und eine konstruktive digitale Debattenkultur zu fördern.

Handlungsfeld 5: Stärkung der historisch-politischen Bildung.

Historisch-politische Bildung vermittelt nicht nur Informationen über Ereignisse, Namen und Daten, sondern regt Lernende auch an, dieses Wissen zu reflektieren und mit der Gegenwart zu verbinden. Die Kenntnis der Vergangenheit ist also eine wichtige Voraussetzung, um die Gegenwart zu verstehen und die Zukunft mitzugestalten. Die Ergebnisse der vorliegenden Befragung zeigen, dass die Auseinandersetzung mit der jüngeren sowie der Zeitgeschichte für die Menschen in Nordrhein-Westfalen hohe Relevanz hat und

das Interesse an der Landesgeschichte Nordrhein-Westfalens bei etwas mehr als einem Drittel der Befragten stark ausgeprägt ist (siehe Kapitel 6). Dieses Interesse gilt es mit passenden Angeboten zu stärken, um das Geschichtsbewusstsein der Menschen, sowie ihr Verständnis für das politische, gesellschaftliche und kulturelle Leben in Nordrhein-Westfalen zu fördern. Eine Möglichkeit wäre zum Beispiel eine stärkere Verzahnung der Angebote politischer Bildung mit denen des Hauses der Geschichte. Dadurch kann nicht nur wichtiges historisches Wissen über Nordrhein-Westfalen, sondern auch ein Bewusstsein vermittelt werden, dass es sich lohnt, in diesem Land zu leben und sich dafür zu engagieren.

Darüber hinaus zeigen die Ergebnisse der vorliegenden Befragung, dass die Angebote der Gedenkstätten und zeitgeschichtlichen Museen von den Bürgerinnen und Bürgern gut angenommen werden. Dies unterstreicht gleichzeitig, wie sinnvoll die Gründung eines Landesmuseums sowie insbesondere die Landesförderung für die Gedenkstätten ist – und welchen hohen Stellenwert die Gedenkstätten auch und gerade als Orte historisch-politischer Bildung haben. Sie schaffen Raum für Fragen und Debatten und fördern das Demokratie- und Geschichtsbewusstsein. Daher gilt es, die Gedenkstätten und Erinnerungsorte in Nordrhein-Westfalen weiter zu stärken und den Ausbau erinnerungskultureller Angebote zu begleiten. Dazu zählt eine noch breitere Zielgruppenansprache, gerade mit Blick auf Menschen mit niedrigeren Bildungsabschlüssen oder mit Zuwanderungsgeschichte. Beispielhaft sei hier die Ausstellung „Mehr als man kennt – näher als man denkt“ genannt, die anhand von Objekten aus 29 NS-Gedenkstätten und -Erinnerungsorten einen niedrigschwelligen Zugang zur Auseinandersetzung mit den Gräueltaten des Nationalsozialismus schafft und Geschichten von Opfern und Tätern lebendig werden lässt – sowohl analog als auch digital. Darüber hinaus könnte eine Vertiefung des geschichtlichen Verständnisses von Gedenkstättenbesucherinnen und -besuchern durch eine noch stärkere Berücksichtigung historischer Kontexte, Vorgeschichten und Folgewirkungen, z. B. des Beitrags der Gedenkstätten zur nordrhein-westfälischen Landesgeschichte, erzielt werden.

Handlungsfeld 6: Politische Bildung braucht vernetzte Partnerinnen und Partner auch im ländlichen Raum.

Der erste Teil des vorliegenden Berichts hat einen Überblick über die Struktur und Organisation der vielfältigen Landschaft politischer Bildung in Nordrhein-Westfalen gegeben und gezeigt, dass es eine Vielzahl an Akteurinnen und Akteuren im Land gibt, die Verantwortung für politische Bildung tragen. Diese sind bereits in Verbänden und Arbeitsgemeinschaften vernetzt. Eine intensive Nutzung dieser Verknüpfungen und die Schaffung von Plattformen zum Austausch über aktuelle Problemstellungen, Herausforderungen und Methoden politischer Bildung hat das Potenzial für eine noch stärkere Reichweite in der Fläche.

Ein beispielhaftes Angebot zur Vernetzung von Akteurinnen und Akteuren der Praxis und Wissenschaft im Bereich der politischen Bildung stellt das Verbundforschungsprojekt zu Antisemitismus und kollektiver Gewalt dar. Die Einrichtung dieses Verbundforschungsprojekts sowie eines digitalen Weiterbildungsmasters mit der Ruhr-Universität Bochum und der Fernuniversität Hagen wird vom Ministerium für Kultur und Wissenschaft gefördert.

Darüber hinaus zeigt Abbildung 1 (S. 21), dass Einrichtungen der politischen Bildung schwerpunktmäßig in Ballungszentren zu finden und ungleichmäßig in den Regionen verteilt sind. Projekt- und maßnahmenbezogene Zusammenschlüsse und Bildungspartnerschaften im ländlichen Raum können dazu beitragen, Kompetenz und Nachhaltigkeit von politischen Bildungsangeboten zu bündeln. Wichtige Partnerinnen und Partner sind in diesem Zusammenhang unter anderem die in den jeweiligen Regionen verankerten Soziokulturellen Zentren, die gesamte Weiterbildungslandschaft, die Gedenkstätten und mobilen Beratungen gegen Rechtsextremismus sowie die Volkshochschulen, die mit ihren kommunalen Weiterbildungszentren eine flächendeckende Präsenz politischer Bildung im Land sicherstellen.

Handlungsfeld 7: Fortsetzung, Vertiefung und Ausschärfung der empirischen Forschung zum Stand der politischen Bildung in Nordrhein-Westfalen.

Der Demokratiebericht Nordrhein-Westfalen liefert erste Erkenntnisse und eine Datenbasis zum Stand der politischen Bildung in Nordrhein-Westfalen. Eine Fortsetzung und Vertiefung dieser ersten Untersuchung ist dringend notwendig, um beispielsweise Bildungseffekte und Varianzaufklärungen bestimmen sowie Entwicklungen im Zeitverlauf durch Längsschnittstudien, aber auch qualitative Methoden aufzeigen zu können. Da die Datengrundlage zum Stand der politischen Bildung und ihrer Effekte in Nordrhein-Westfalen insgesamt eher gering ist, sind weitere, vertiefende empirische Studien erforderlich.³¹

Um neben neuen Erkenntnissen auch Aufschluss über die Wirksamkeit von vorhandenen Angeboten und Maßnahmen der politischen Bildung zu gewinnen, sind zusätzliche Wirkungsstudien notwendig, neben dem schulischen insbesondere auch im außerschulischen politischen Bildungsbereich.

Des Weiteren regt der vorliegende Demokratiebericht an, mehr zu den Rahmenbedingungen politischer Bildung in den einzelnen Regionen Nordrhein-Westfalens zu erfahren. Wie unterscheiden sich Angebote der politischen Bildung im städtischen und ländlichen Raum? Welche unterschiedlichen didaktischen Herangehensweisen sind notwendig und sinnvoll? Wie kann aufsuchende politische Bildung insgesamt im Land stärker institutionalisiert werden und insbesondere im ländlichen Raum ankommen?

Daneben ist bislang viel zu wenig von den Arbeitsbedingungen politisch Bildender in Nordrhein-Westfalen und zu deren Ausbildungsbiografien bekannt. Unter welchen Rahmenbedingungen und mit welcher personellen Ausstattung arbeiten Einrichtungen und Träger politischer Bildung? Welche Profile bringen die hauptamtlichen und ehrenamtlichen Mitarbeitenden mit?

³¹ Eine Ausnahme bildet die Beteiligung Nordrhein-Westfalens an der International Civic and Citizenship Education Study 2016 (ICCS 2016) (Abs/Hahn-Laudenberg 2016) und ihrer Folgestudie.

Welche Arbeitsbedingungen prägen die Landschaft der politischen Bildung in Nordrhein-Westfalen? Nicht nur die Corona-Pandemie und deren Folgen für die Landschaft der politischen Bildung erfordert die dringende Auseinandersetzung mit diesen Fragen. Hierzu sind dringend empirische Daten erforderlich. Um vertiefende Einblicke in den Alltag politisch Bildender zu erhalten, sind vor allem qualitative Daten, z. B. in Form von Interviews, notwendig.

Auch Erkenntnisse zu Gemeinsamkeiten und Unterschieden zwischen verschiedenen Zielgruppen der politischen Bildung sind wichtig. Wodurch zeichnen sich unterschiedliche Zielgruppen aus? Welche Unterschiede in den Erwartungshaltungen gibt es? Wie können die Angebote der politischen Bildung zielgruppenspezifisch angepasst und flexibilisiert werden? Wie steht es beispielsweise um die Teilhabe bestimmter Gruppen, wie etwa Menschen mit Einwanderungsgeschichte? Wie und mit welchen Angeboten können diese von den Maßnahmen politischer Bildung erreicht werden?

Die vorliegenden Handlungsmöglichkeiten zeigen: An Ideen für neue Formate und Formen der Ansprache mangelt es der politischen Bildung nicht: politische oder demokratische Escape Rooms, Podcasts, Virtual Reality Games, Debatten-Blind-Dates. Auch innovative Alltagsräume, in die politische Bildung vordringen muss, sind vorstellbar: das Wartezimmer in der Arztpraxis, Bahnfahrten, der Supermarkt. Die Post-Corona-Zeit wird einen Genuss des Gesprächs an unterschiedlichen, auch ungewöhnlichen Orten mitbringen und eine Chance sein, mehr miteinander ins Gespräch zu kommen. Hier sind weitere Daten notwendig, um passende Angebote weiterzuentwickeln.

Als wichtigste Prämisse – und damit schließt der vorliegende, erste Demokratiebericht – muss bei der Weiterentwicklung von Angeboten der Mut der politisch Bildenden und auch die Erlaubnis der Verantwortlichen stehen, dass Ideen ausprobiert werden dürfen – und dabei gelingen sollen, aber auch scheitern dürfen.

Ausblick

Der vorliegende Demokratiebericht gibt erste Aufschlüsse über die politischen und demokratischen Lebenswelten der Menschen in Nordrhein-Westfalen sowie über die Organisation politischer Bildung im Land. Der Bericht bildet mit seinen Eckpunkten den Auftakt zur Weiterentwicklung der politischen Bildung in den nächsten Jahren. Dabei handelt es sich ganz ausdrücklich um kein abgeschlossenes Format, sondern um einen ersten Aufschlag, der weiterführende Fragen aufwirft: Wie sollte sich das Angebot politischer Bildung diversifizieren? Welche Themen und Aspekte müssen in Folgeberichten fokussiert werden? Wie können die Struktur und die Organisation politischer Bildung weiterentwickelt werden? Dies sind nur drei Beispiele, die stellvertretend für das große Forschungs- und Entwicklungspotenzial der politischen Bildung stehen. In den nächsten Jahren werden daher weitere Berichte folgen, die diesen „Grundlagenbericht“ fortschreiben und um aktuelle Aspekte und neue Schwerpunktthemen ergänzen. Dies können zum Beispiel konkrete inhaltliche Themen wie Klimawandel, Extremismus oder Menschenrechte sein sowie auch strukturelle Fragestellungen wie die Organisation politischer Bildung in Regionen mit einer hohen Bevölkerungsdichte oder die Gestaltung der schulischen politischen Bildung.

Der Demokratiebericht als Instrument zur Stärkung der Bedeutung politischer Bildung und zur Weiterentwicklung der demokratischen Gesellschaft möchte mit seinen Ergebnissen einen breiten gesellschaftlichen Dialog anregen. Denn: Demokratie ist keine Selbstverständlichkeit. Sie muss gelebt, gelernt und kontinuierlich gefestigt und verteidigt werden und ist dementsprechend auf eine politische Bildungslandschaft angewiesen, die demokratisches Handeln erlebbar und erfahrbar macht.

Literaturverzeichnis

Abs, Hermann Josef; Hahn-Laudenberg, Katrin (Hrsg.) (2017): Das politische Mindset von 14-Jährigen. Ergebnisse der International Civic and Citizenship Education Study 2016. Münster.

Achour, Sabine; Wagner, Susanne (2019): Wer hat, dem wird gegeben: Politische Bildung an Schulen. Bestandsaufnahme, Rückschlüsse und Handlungsempfehlungen. Berlin.

ARD-DeutschlandTREND (2020): Repräsentative Studie zur politischen Stimmung im Auftrag der tagesthemen. Online verfügbar unter: <https://www.tagesschau.de/inland/deutschlandtrend-2063.pdf>, zuletzt geprüft am 09.05.2021.

Antisemitismusbeauftragte des Landes Nordrhein-Westfalen (2020): Antisemitismus in Nordrhein-Westfalen. Wahrnehmungen und Erfahrungen jüdischer Menschen. 17.04.2020. Online verfügbar unter: https://www.land.nrw/sites/default/files/asset/document/2020-09-07_rias-bund_sabra_problembeschreibung-antisemitismus-in-nrw.pdf, zuletzt geprüft am 09.05.2021.

Beer, Wolfgang (2015): Kirchliche Bildungsarbeit. In: Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.): Politische Bildung. Online verfügbar unter: <https://www.bpb.de/gesellschaft/bildung/politische-bildung/193577/kirchliche-bildungsarbeit>, zuletzt geprüft am 09.05.2021.

Bertelsmann Stiftung (Hrsg.) (2021): Gesellschaftlicher Zusammenhalt in Zeiten der Pandemie. Ergebnisse einer Längsschnittstudie in Deutschland 2020 mit drei Messzeitpunkten. Gütersloh.

Besand, Anja (2014): Monitor politische Bildung an beruflichen Schulen. Probleme und Perspektiven. Schwalbach/Ts.

Bundesministerium des Innern (2020): Politische Bildung. Online verfügbar unter: <https://www.bmi.bund.de/DE/themen/heimat-integration/gesellschaftlicher-zusammenhalt/politische-bildung/politische-bildung-node.html>, zuletzt geprüft am 09.05.2021.

Bundeszentrale für politische Bildung (2021): Fachdebatte: Politische Bildung und Primärprävention. In: Radikalisierungsprävention. Online verfügbar unter: <https://www.bpb.de/politik/extremismus/radikalisierungspraevention/325195/fachdebatte-politische-bildung-und-primarpraevention>, zuletzt geprüft am 09.05.2021.

Bundeszentrale für politische Bildung (2018): Datenreport 2018. Ein Sozialbericht für die Bundesrepublik Deutschland. Herausgeber: Statistisches Bundesamt (Destatis), Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) in Zusammenarbeit mit Das Sozio-oekonomische Panel (SOEP) am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW). Bonn.

Bundeszentrale für politische Bildung (2015): Politische Bildung. Online verfügbar unter: <https://www.bpb.de/gesellschaft/bildung/politische-bildung/>, zuletzt geprüft am 21.07.2021.

Butterwegge, Christoph (2020): Die zerrissene Republik. Wirtschaftliche, soziale und politische Ungleichheit in Deutschland. Weinheim, Basel.

Courts, Brigitte (1994): Der Staat als Kommunikator politischer Bildung – dargestellt an der Landeszentrale für politische Bildung Nordrhein-Westfalen. Dissertation zur Erlangung des Doktorgrades der Philosophischen Fakultät der Westfälischen Wilhelms-Universität zu Münster. Münster.

Danner, Stefan (2012): Partizipation von Kindern in Kindergärten: Hintergründe, Möglichkeiten und Wirkungen, in: Aus Politik und Zeitgeschichte: Frühkindliche Bildung, Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.), 21.05.2012.

Decker, Frank; Best, Volker; Fischer, Sandra; Küppers, Anne (2019): Vertrauen in Demokratie. Wie zufrieden sind die Menschen in Deutschland mit Regierung, Staat und Politik? Bonn.

Detjen, Joachim (2013): Politische Bildung. Geschichte und Gegenwart in Deutschland. 2., aktualisierte und erweiterte Auflage. München

Eis, Andreas (2016): Vom Beutelsbacher Konsens zur »Frankfurter Erklärung: Für eine kritisch-emanzipatorische Politische Bildung«? In: Widmaier, Benedikt; Zorn, Peter (Hrsg.): Brauchen wir den Beutelsbacher Konsens? Eine Debatte der politischen Bildung. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, S. 131-139.

Europäische Kommission (2020): Standard-Eurobarometer 93. Sommer 2020. Anlage. Die öffentliche Meinung in der Europäischen Union. Umfrage von der Europäischen Kommission, Generaldirektion Kommunikation in Auftrag gegeben und koordiniert. Online verfügbar unter: <https://ec.europa.eu/comfrontoffice/publicopinion/index.cfm/ResultDoc/download/DocumentKy/90798>; zuletzt geprüft am 10.04.2021.

Frankfurter Erklärung (2015): Für eine kritisch-emanzipatorische Politische Bildung. Online verfügbar unter: <https://akg-online.org/arbeitskreise/fkpb/frankfurter-erklaerung-fuer-eine-kritisch-emanzipatorische-politische-bildung>, zuletzt geprüft am 09.05.2021.

Forschungsgruppe Wahlen (2021 a): Politbarometer. Wichtige Probleme in Deutschland seit 01/2000 (max. zwei Nennungen) Online verfügbar unter: https://www.forschungsgruppe.de/Umfragen/Politbarometer/Langzeitentwicklung_-_Themen_im_Ueberblick/Politik_II/9_Probleme_1.xlsx, zuletzt geprüft am 10.04.2021.

Forschungsgruppe Wahlen (2021 b): Politbarometer. Weitere wichtige Probleme in Deutschland seit 01/2000 (max. zwei Nennungen) Online verfügbar unter: https://www.forschungsgruppe.de/Umfragen/Politbarometer/Langzeitentwicklung_-_Themen_im_Ueberblick/Politik_II/10_Probleme_2.xlsx, zuletzt geprüft am 10.04.2021.

Goll, Thomas (2019): „Darf´s noch etwas mehr sein?“ – Anspruch und Wirklichkeit von Interdisziplinarität im Fach Sozialwissenschaften. In: Lotz, Matthias; Pohl, Kerstin (Hrsg.): Gesellschaft im Wandel. Neue Aufgaben für die politische Bildung und ihre Didaktik. Frankfurt a. M., S. 113-122.

Golz, Hanz-Georg; Kost, Andreas (2014): Die Bundeszentrale und die Landeszentralen für politische Bildung, in: Wolfgang Sander (Hrsg.): Handbuch Politische Bildung, 4. Aufl., Schwalbach/Ts., S. 156-164.

GPJE (2004): Anforderungen an Nationale Bildungsstandards für den Fachunterricht in der Politischen Bildung an Schulen. Ein Entwurf. Schwalbach

Gökbudak, Mahir; Hedtke, Reinhold (2020): 3. Ranking Politische Bildung. Politische Bildung an allgemeinbildenden Schulen der Sekundarstufe I im Bundesländervergleich 2019. Bielefeld: Universität, Fakultät für Soziologie (Didaktik der Sozialwissenschaften, Working Papers; 11).

Hirschmann, Kai (2017): Der Aufstieg des Nationalpopulismus. Wie westliche Gesellschaften polarisiert werden. Bonn.

Horizont (2017): Deutsche rechnen mit Fake News – und informieren sich vor allem im Fernsehen. Online verfügbar unter: <https://www.horizont.net/medien/nachrichten/Exklusivumfrage-zur-Bundestagswahl-Deutsche-rechnen-mit-Fake-News---und-informieren-sich-vor-allem-im-Fernsehen-156265>, zuletzt geprüft am 10.04.2021.

IfD Allensbach (2013): Sind Sie der Meinung, dass es nichts bringt sich politisch zu engagieren? Online verfügbar unter: <https://de.statista.com/statistik/>

[daten/studie/260788/umfrage/umfrage-zum-nutzen-von-politischer-partizipation-nach-ausgewaehlten-kriterien/](https://de.statista.com/statistik/), zuletzt abgerufen am 10.04.2021.

Jakobs, Ilka; Schultz, Tanjev; Viehmann, Oliver et al. (2021): Mainzer Langzeitstudie Medienvertrauen 2020. Medienvertrauen in Krisenzeiten. In: Media Perspektiven 3/2021, S. 152-162.

Kalina, Andreas (2014): erfolgreich.politisch.bilden. Faktensammlung zum Stand der politischen Bildung in Deutschland. 2. Auflage, Sankt Augustin/Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung.

Krüger, Thomas (2019): Neue Formen und Formate der politischen Erwachsenenbildung. In: Hessische Blätter für Volksbildung, 3, S. 234-241.

Landtag Nordrhein-Westfalen (2021): Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für die Enquetekommission zum Thema „Subsidiarität und Partizipation. Zur Stärkung der (parlamentarischen) Demokratie im föderalen System aus nordrhein-westfälischer Perspektive“. Drucksache 17/13750 vom 11.05.2021.

Landtag Nordrhein-Westfalen (2019): Antrag der Fraktionen der CDU, SPD, FDP, Bündnis 90/Die Grünen. Drucksache 17/6245 vom 14.05.2019.

Landtag Nordrhein-Westfalen (2019): Beschlussprotokoll der 58. Sitzung des Landtags Nordrhein-Westfalen vom 23.05.2019. Online verfügbar unter: <https://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/dokumentenarchiv/Dokument/MMPB17-58.html>, zuletzt geprüft am 09.05.2021.

Landtag Nordrhein-Westfalen (2021): Gesetzentwurf der Fraktionen CDU, SPD, FDP, Bündnis 90/Die Grünen, Drucksache 17/12755 vom 23.02.2021.

Landtag Nordrhein-Westfalen (2020): Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage 22 vom 18.09.2020.

Massing, Peter (2003): Politische Bildung. In: Andersen, Uwe; Woyke, Wichard (Hrsg.): Handwörterbuch des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland. 5., überarbeitete und aktualisierte Ausgabe, Opladen, S. 500-509.

Massing, Peter (2015): Politische Stiftungen. In: Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.): Politische Bildung. Online verfügbar unter: <https://www.bpb.de/gesellschaft/bildung/politische-bildung/193401/politische-stiftungen>, zuletzt geprüft am 09.05.2021.

Medienpädagogischer Forschungsverbund Südwest (2020): JIM Studie 2020. Jugend, Information, Medien. Basisuntersuchung zum Medienumgang 12- bis 19-Jähriger. Stuttgart.

Ministerium des Innern des Landes Nordrhein-Westfalen (2020): Verfassungsschutzbericht des Landes Nordrhein-Westfalen über das Jahr 2019. Online verfügbar unter: https://www.im.nrw/system/files/media/document/file/VS_Bericht_NRW_2019.pdf, zuletzt geprüft am 28.04.2021.

Ministerium für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration und Ministerium für Schule und Bildung des Landes Nordrhein-Westfalen (2018): Leitfaden Bildungsgrundsätze für Kinder von 0 bis 10 Jahren. Online verfügbar unter: <https://www.kita.nrw.de/kinder-bilden/bildungsgrundsaezte-leitfaden-bildungsgrundsaezte-fuer-kinder-von-0-bis-10>, zuletzt geprüft am 09.05.2021.

Ministerium für Schule und Bildung des Landes Nordrhein-Westfalen (2020): Referenzrahmen Schulqualität NRW. Schule in NRW Nr. 9051. Online verfügbar unter: <https://www.schulministerium.nrw/themen/schulentwicklung/referenzrahmen-schulqualitaet-nrw>, zuletzt geprüft am 09.05.2021.

Ministerium für Schule und Bildung des Landes Nordrhein-Westfalen (2016): Kerncurriculum für die Ausbildung im Vorbereitungsdienst für Lehrämter in den Zentren für schulpraktische Lehrerbildung und in den Ausbildungsschulen. Online verfügbar unter: <https://www.schulministerium.nrw/bp/Lehrer/Lehrkraft-werden/Vorbereitungsdienst/Kerncurriculum.pdf>, zuletzt geprüft am 09.05.2021.

Ministerium für Schule und Bildung des Landes Nordrhein-Westfalen (2020): Das Schulwesen in Nordrhein-Westfalen aus quantitativer Sicht 2019/20. Statistische Übersicht Nr. 408. 13. Mai 2020. Düsseldorf.

Negt, Oskar (2010): Der politische Mensch. Demokratie als Lebensform. Göttingen

Netzwerk Stiftungen und Bildung (2020): Politische Bildung. Online verfügbar unter: <https://www.netzwerk-stiftungen-bildung.de/wissenscenter/glossar/politische-bildung>, zuletzt geprüft am 09.05.2021.

Neuß, Norbert (2014): Vorschulische Einrichtungen, in: Wolfgang Sander (Hrsg.): Handbuch Politische Bildung, 4. Aufl., Schwalbach/Ts., S. 177-185.

Reheis, Fritz (2016): Politische Bildung. Eine kritische Einführung. 2. Auflage. Wiesbaden

Schaetz, Nadja; Leißner, Laura et al. (2020): Politische Partizipation in Deutschland 2019. Weizenbaum Report 1. Berlin.

Schmidt, Manfred (2010): Demokratietheorien. Eine Einführung. Wiesbaden.

Shell Deutschland Holding (Hrsg.) (2019): Jugend 2019. Eine Generation meldet sich zu Wort. Weinheim, Basel.

Sutor, Bernhard (2002): Politische Bildung im Streit um die „intellektuelle Gründung“ der Bundesrepublik Deutschland. Die Kontroversen der siebziger und achtziger Jahre. In: Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.): Aus Politik und Zeitgeschichte, Nr. 45, S. 17-27.

Virchow, Fabian; Häusler, Alexander (2020): Pandemie-Leugnung und extreme Rechte in Nordrhein-Westfalen, core-nrw. Netzwerk für Extremismusforschung in Nordrhein-Westfalen (Hrsg.). Online verfügbar unter: https://www.bicc.de/uploads/tx_bicctools/CoRE_Kurzgutachten3_2020.pdf, zuletzt geprüft am 26.05.2021.

Vodafone Stiftung Deutschland (2019): Alles auf dem Schirm? Wie sich junge Menschen in Deutschland zu politischen Themen informieren. Düsseldorf.

Wehling, Hans-Georg (1977): Konsens à la Beutelsbach? Nachlese zu einem Expertengespräch. In: Schiele, Siegfried; Schneider, Herbert (Hrsg.): Das Konsensproblem in der politischen Bildung. Stuttgart, S. 173-183.

Wentzel, Lothar (2015): Gewerkschaftliche Bildung. Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.): Politische Bildung. Online verfügbar unter: <https://www.bpb.de/gesellschaft/bildung/politische-bildung/193579/gewerkschaftliche-bildungsarbeit>, zuletzt geprüft am 09.05.2021.

YouGov (2019): Die Hälfte der Deutschen sieht die Demokratie in Gefahr. YouGov-Studie zum Tag der Demokratie (15. September) in Kooperation mit SINUS-Institut. Online verfügbar unter: <https://yougov.de/news/2019/09/12/die-halfte-der-deutschen-sieht-die-demokratie-gefa/>, zuletzt geprüft am 10.04.2021.

Abbildungsverzeichnis

Abb. 1	Alle Einrichtungen der politischen Bildung in Nordrhein-Westfalen.....	21
Abb. 2	Zufriedenheit mit dem politischen System in Deutschland	31
Abb. 3	Zufriedenheit mit dem Funktionieren des politischen Systems	32
Abb. 4	Bestandteile einer Demokratie – „Staatsform“	34
Abb. 5	Bestandteile einer Demokratie – „Lebensform“	34
Abb. 6	Bestandteile einer Demokratie – „Staatsform“: nach Bildung	36
Abb. 7	Bestandteile einer Demokratie – „Lebensform“: nach Bildung.....	36
Abb. 8	Interesse für das politische Geschehen in Deutschland und Nordrhein-Westfalen	39
Abb. 9	Bedeutung politischer Mitwirkung / Einflussmöglichkeiten des Einzelnen	40
Abb. 10	Nutzung der Möglichkeiten politischer Einflussnahme.....	41
Abb. 11	Nutzung der Möglichkeiten politischer Einflussnahme – nach Alter	42
Abb. 12	Ehrenamtliches Engagement – nach Alter	43
Abb. 13	Politisches Informationsverhalten – nach Alter	45
Abb. 14	Die größten Herausforderungen für Deutschland – nach Geschlecht	47
Abb. 15	Die größten Herausforderungen für Nordrhein-Westfalen – nach Wählerschaft (1/2)	48
Abb. 16	Die größten Herausforderungen für Nordrhein-Westfalen – nach Wählerschaft (2/2).....	49
Abb. 17	Problemprioritäten	50
Abb. 18	Problemprioritäten – nach Wählerschaft (1/2).....	51
Abb. 19	Problemprioritäten – nach Wählerschaft (2/2)	52
Abb. 20	Themeninteressen (offen) – nach Geschlecht	54
Abb. 21	Themeninteressen (offen) – nach Alter	54
Abb. 22	Bekanntheit von Institutionen als Informationsquelle – nach Bildung	56
Abb. 23	Nutzung von Informationsangeboten – nach Alter.....	59
Abb. 24	Nutzung von politischen Bildungsangeboten – nach Bildung	60

Quelle Abbildung 1: Landeszentrale für politische Bildung NRW 2021, eigene Darstellung

Quelle Abbildung 2-26: forsa: repräsentative Befragung 2020 im Auftrag der Landeszentrale für politische Bildung Nordrhein-Westfalen

Anhang

1. Politische Bildungsangebote der für Bildungsfragen zuständigen Ressorts

Im Folgenden wird eine detaillierte Beschreibung der einzelnen Maßnahmen der Landesregierung unter dem Stichwort „politische Bildung“ aufgeführt. Die Textbeiträge wurden von den jeweiligen Ressorts verfasst.

Ministerium für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration

- Gemeinsames Projekt des Landesjugendamtes des „Landschaftsverbands Westfalen-Lippe“ (LWL) und des Landesjugendamtes des „Landschaftsverbands Rheinland“ (LVR) „Demokratiebildung und Politische Bildung in der landesgeförderten Jugendsozialarbeit in NRW“:** Ziel des Projekts ist es, benachteiligte Jugendliche im Handlungsfeld Jugendsozialarbeit in ihrem gesellschaftlichen Engagement und in ihrem demokratischen Handeln stärker zu unterstützen und zu fördern. Dies soll erreicht werden durch Erarbeitung alltagstauglicher Methoden der politischen Bildung/Demokratiebildung anhand der Themen der Jugendlichen im Handlungsfeld landesgeförderter Jugendsozialarbeit. Dabei sollen nicht nur aktuelle „große“ politische Themen (wie anstehende Wahlen) behandelt werden, sondern niederschwellig an den Themen der Jugendlichen bzw. deren politischen Diskussionen angesetzt werden. Zielgruppe des Projekts sind Leitungs- und Fachkräfte von Trägern der landesgeförderten Jugendsozialarbeit NRW mit den Angeboten Jugendwerkstatt, Beratungsstellen und Projekte zur Vermeidung schulischen Scheiterns. Das Projekt besteht aus zwei Bausteinen, die ineinandergreifen: Baustein 1 beinhaltet eine Entwicklungswerkstatt zur Erarbeitung und Aufbereitung von Methoden der Demokratiebildung für den Kontext Jugendsozialarbeit. Baustein 2 beinhaltet eine Workshop-Reihe zur Weiterentwicklung und anschließender Systematisierung bestehender Ansätze von politischer Bildung in der Jugendsozialarbeit. Die Ergebnisse werden im Rahmen einer Abschlussveranstaltung zum Projekt vorgestellt und begleitend auf Netzwerk- und Fachveranstaltungen multipliziert. Die Ergebnisse aus den Bausteinen werden über Fortbildungen und Fachberatungen der Landesjugendämter veröffentlicht und eingearbeitet. Die Werkstattreihe wird wissenschaftlich entwickelt und begleitet. Die Laufzeit beträgt 1,5 Jahre. Wesentliche Akteure sind die Landesjugendämter und teilnehmende Träger der Jugendsozialarbeit. Gefördert wird das Projekt aus Mitteln des NRW-Kinder- und Jugendförderplans. Das Angebot hat deshalb besondere Relevanz, da in den Engagementformen der Jugendarbeit benachteiligte Jugendliche häufig als unterrepräsentiert beschrieben werden. Anzunehmen ist, dass dies nicht auf mangelndes Interesse zurückzuführen ist, sondern eher die Folge von fehlenden Zugängen – also Ausdruck struktureller Barrieren und nicht passgenauer Angebote – ist. Bisherige Angebote nehmen keinen Bezug auf die Lebenswelten und Themen, für die sich die Jugendlichen interessieren.
- Landesprogramm „Wertevermittlung, Demokratiebildung und Prävention sexualisierter Gewalt in der und durch die Jugendhilfe“:** Seit dem Jahr 2016 stellt das Ministerium für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration (MKFFI) des Landes Nordrhein-Westfalen jährlich Mittel in Höhe von 3 Millionen Euro für das Landesprogramm „Wertevermittlung, Demokratiebildung und Prävention sexualisierter Gewalt in der und durch die Jugendhilfe“ bereit. Die Mittel wurden aufgrund der erhöhten Zuwanderungen junger Geflüchteter eingestellt und sind vorgesehen für Maßnahmen zur kommunalen Arbeit in der Kinder- und Jugendhilfe mit jungen Geflüchteten. Gefördert werden Maßnahmen, die die gesellschaftliche Teilhabe und Mitbestimmung von jungen Menschen – insbesondere jungen geflüchteten Menschen

– vor Ort fördern. Die Planungs- und Steuerungsverantwortung liegt bei den öffentlichen Trägern der Jugendhilfe. Darüber hinaus sollen die freien Träger der Jugendhilfe und weitere Kooperationsakteure einbezogen werden. Die durchzuführenden örtlichen Maßnahmen sollen sich auf die Themenschwerpunkte Wertevermittlung durch Wertedialog, Demokratiebildung, Prävention sexualisierter Gewalt und sexuelle Bildung sowie die Weiterentwicklung von Schutzkonzepten bei der Unterbringung von unbegleiteten, minderjährigen Geflüchteten beziehen. Unter dem Landesprogramm wurden und werden sehr unterschiedliche Angebote und Projekte auf kommunaler Ebene durchgeführt. Die Angebote richten sich insbesondere an junge (geflüchtete) Menschen, es werden aber auch Qualifizierungsangebote für Fachkräfte verschiedener Handlungsfelder sowie Eltern und Erziehungsberechtigte und kommunale Konzeptentwicklungen für die Arbeit mit jungen geflüchteten Menschen gefördert. Ein Schwerpunkt der Angebote, die zumeist als Gruppenangebote für die jungen Menschen durchgeführt werden, liegt im Bereich des Wertedialogs und der sexuellen Bildung, dem Austausch über sensible und gesellschaftsrelevante Themen und der Verständigung über die Anliegen der jungen Teilnehmenden. Die Angebote werden beispielsweise als sportliche / künstlerische Aktivitäten oder Aktionen, Ausflüge und Ferienfreizeiten, aber auch als Workshops oder Veranstaltungen durchgeführt. Dabei bilden das Grundgesetz mit seinen festgelegten Werten und Grundrechten sowie die Staatsform eines demokratischen und sozialen Bundesstaates und Rechtsstaates die Grundlage. Aufgrund der erhöhten Zuwanderungen junger Geflüchteter in den vergangenen Jahren bleibt es bei der Notwendigkeit, über unterschiedliche Werte, die die jungen (geflüchteten) Menschen mitbringen, im Dialog zu bleiben bzw. in den Austausch zu treten. Damit verbunden ist auch der Dialog über die im Grundgesetz festgelegten Werte und Grundrechte sowie die in Deutschland herrschende Staatsform eines demokratischen und sozialen Bundesstaates und Rechtsstaates. Hierzu zählen beispielsweise auch Informationen zu anstehenden Wahlen in Deutschland.

- **Kompetenzstelle Demokratieförderung/Landesnetzstelle des Netzwerkes Demokratie und Courage (NDC):** Das Netzwerk wird von jungen Menschen getragen, die sich ehrenamtlich für eine demokratische Kultur und gegen menschenverachtendes Denken engagieren. Hauptarbeitsfeld ist die Durchführung von Projekttagen und Bildungsangeboten für Jugendliche ab 14 Jahren zu den Themen Vorurteile, Demokratie und couragiertes Handeln. Das NDC bildet junge Erwachsene in einer einwöchigen Ausbildung zu Teamenden aus. Vermittelt werden Inhalte und Methoden sowie Basiswissen zur Jugend- und Erwachsenenbildung. Diese Qualifizierung wird ergänzt durch eine professionelle Betreuung und kontinuierliche Weiterbildung der freiwillig Engagierten. Das NDC hat sich mittlerweile zu einem starken und kompetenten Partner vieler Verbände und Vereine im Bereich der Demokratieförderung und des Freiwilligenmanagements entwickelt.
- **Förderung der Jugendbeteiligung:** Nach Einschätzung des Jugendministeriums ist die Jugendbeteiligung/Jugendpartizipation als Teil einer einmischenden Jugendpolitik ein zentrales Element der demokratischen Weiterentwicklung der Gesellschaft und damit ein wichtiges Feld der politischen Bildung. Die Jugendbeteiligung ist dabei gleichzeitig ein wichtiges Zukunftsfeld unserer Gesellschaft, nicht zuletzt vor dem Hintergrund des demografischen Wandels. Partizipationsmöglichkeiten zu verbessern bedeutet einerseits, Übungsfelder für demokratische Prozesse anzubieten, und andererseits, Kindern und Jugendlichen mehr soziale Teilhabe zu ermöglichen. Der Anteil junger Menschen an der Gesellschaft wird seit Jahren kleiner. Es ist daher notwendig, dafür zu sorgen, dass die Möglichkeiten der politischen und gesellschaftlichen Einflussnahme junger Menschen gestärkt werden. Sie müssen mitwirken können an der zukünftigen Gesellschaft, denn sie sind diejenigen, die in wenigen Jahren in dieser Gesellschaft Verantwortung tragen. Dabei kann eine gelingende Jugendbeteiligung die Demokratie nachhaltig und dauerhaft befördern. Um diese Ziele umsetzen zu können, ist es wichtig, die guten und nachhaltigen Strukturen der Kinder- und Jugendarbeit in NRW zu stärken und weiterzuentwickeln. Eine zentrale Rolle spielt hierbei der Kinder- und Jugendförderplan des Landes

Nordrhein-Westfalen, in dem das Handlungsfeld Einmischende Jugendpolitik / Jugendbeteiligung eine wichtige Rolle spielt. Für Förderung entsprechender Projekte stehen darin im Haushaltsjahr 2021 rund 1,6 Mio. EUR zur Verfügung. Ein Fokus der Einbindung liegt auf der kommunalen Ebene, denn dort gestalten junge Menschen ihre Lebenswelten mit und beteiligen sich an Erhalt und Weiterentwicklung einer Infrastruktur, die sie persönlich betrifft. Um eine umfassende Verbesserung von Beteiligungsmöglichkeiten von Kindern und Jugendlichen in Nordrhein-Westfalen zu erreichen, wurde beim Landesjugendamt Westfalen-Lippe im Jahr 2014 die „Servicestelle Kinder- und Jugendbeteiligung NRW“ eingerichtet, die aus Mitteln des Kinder- und Jugendförderplans gefördert wird. Die Servicestelle hat u.a. die Aufgabe, Informationen, Beratungen und Vernetzungsangebote für die Kommunen und Jugendämter zur Beteiligungsthematik anzubieten und politische Entscheidungsträger in der Kommune für die Partizipationsthematik zu sensibilisieren. Zusammen mit den über 80 kommunalen Kinder- und Jugendgremien in Nordrhein-Westfalen können so wichtige Impulse für eine Stärkung der Jugendbeteiligung vor Ort geschaffen werden und damit gleichzeitig ein wichtiger und verlässlicher Beitrag zur Demokratiebildung erbracht werden. Bedarfe und Interessen junger Menschen müssen vermehrt Berücksichtigung finden und Kinder und Jugendliche insbesondere in Zukunftsfragen aktiv einbezogen werden. Insbesondere die Beteiligungsformen – vor Ort – müssen weiter ausgebaut und zielgruppengerecht ausgestaltet werden. Dabei spielen auch digitale Beteiligungsformen und -formate eine zunehmend wichtige Rolle, da hierdurch der Zugang der Kinder und Jugendlichen zu verschiedenen Themenstellungen erleichtert und ihre Einbindung niedrigschwelliger gestaltet werden kann. Um die Möglichkeiten digitaler Jugendbeteiligung auf kommunaler Ebene zu unterstützen, fördert das Jugendressort in den Jahren 2021 – 2023 das Projekt „Qualifizierungsangebote zur digitalen Jugendbeteiligung für Fachkräfte in NRW“, das die Deutsche Kinder- und Jugendstiftung (DKJS) mit Unterstützung der Servicestelle Kinder- und Jugendbeteiligung NRW durchführt.

- **„Gehört werden!“:** Das MKFFI fördert seit Anfang 2017 aus Mitteln des Kinder- und Jugendförderplans das Projekt „Gehört werden!“ Ziel des Projekts ist die Entwicklung von Beteiligungsstrukturen in stationären Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe in NRW. Die Kinder und Jugendlichen, die außerhalb ihrer Familie leben, sollen bei der Gestaltung dieser konkreten politischen Beteiligungsformen mit ihren Wünschen und Interessen ernst genommen und einbezogen werden. Innerhalb des Projekts wurde mit „Jugend vertritt Jugend“ eine Vertretung der Kinder und Jugendlichen in Einrichtungen gewählt, die sich praktisch für deren Rechte einsetzt. „Jugend vertritt Jugend“ ist Ausdruck einrichtungsübergreifender Partizipation in NRW. Beispielsweise wurde innerhalb weniger Wochen eine Petition zur Abschaffung der Kostenheranziehung für junge Menschen in stationären Einrichtungen der Jugendhilfe auf den Weg gebracht.

Ministerium für Schule und Bildung

- **Landesprogramm Kinderrechteschulen:** Seit 2016 konnten über 100 Grundschulen in Nordrhein-Westfalen am Landesprogramm Kinderrechteschulen teilnehmen. 30 Schulen haben zudem das Format eines Pädagogischen Tages zum Thema Kinderrechte wahrgenommen. Das Programm befördert die Ausbildung und Weiterentwicklung sozialer Kompetenzen und leistet einen wichtigen Beitrag zur Demokratiebildung. Gefördert wird eine Schulkultur, die Verantwortungsübernahme, Selbstwirksamkeit und Partizipation in den Mittelpunkt rückt. Im Sommer 2018 ging das Kooperationsprojekt zwischen EDUCATION Y e.V. als Träger des buddy-Programms Kinderrechteschulen in eine zweite Kooperationsphase bis 2023.
- **Fahrten zu Gedenk- und Erinnerungsstätten:** Seit dem Schuljahr 2018/2019 unterstützt das Land die Schulen in Nordrhein-Westfalen bei der Durchführung von Fahrten zu Gedenk- und Erinnerungsstätten. Mit dem Haushalt 2018 wurden zu diesem Zweck 250.000 Euro zur Verfügung gestellt. Seither wurden die Fördermittel in mehreren Schritten auf eine Million Euro im Jahr 2020 erhöht. Ein Bericht der Landesregierung an den Landtag zeigt nun, dass

dieses Programm von den Schulen hervorragend angenommen wird. Insgesamt wurden bisher 544 Exkursionen zu Erinnerungsorten im In- und Ausland gefördert. Die Nachfrage nach diesen Mitteln ist weiterhin grundsätzlich hoch, Einschränkungen gibt es aufgrund der Corona-Pandemie.

- **Bildungspartnerschaften:** Durch die Möglichkeit, Bildungspartnerschaften mit Archiven, Museen und Gedenkstätten einzugehen, sind außerschulische Lernorte für Schülerinnen und Schüler zu attraktiven Partnern geworden. Auch hier steigt die Zahl der Bildungspartnerschaften stetig an. Aktuell beteiligen sich 1.375 nordrhein-westfälische Schulen und insgesamt 423 Bildungs- und Kultureinrichtungen an der Initiative Bildungspartner NRW (Stand: März 2020). Einige Schulen sind in mehreren Initiativen aktiv, insgesamt gibt es 1.733 Bildungspartnerschaften, u. a. im Bereich „Archiv und Schule“ (110 Bildungspartnerschaften), im Bereich „Gedenkstätte und Schule“ (82 Bildungspartnerschaften, bei insgesamt 29 im Arbeitskreis organisierten Gedenkstätten in Nordrhein-Westfalen) oder im Bereich „Museum und Schule“ (279 Bildungspartnerschaften).
- **Förderprogramm „Demokratisch Handeln“:** Durch das vom Land finanziell und personell unterstützte Förderprogramm werden Schülerinnen und Schüler angeregt, sich aktiv in ihrem Umfeld zu beteiligen und Demokratie zu erlernen. Das Land Nordrhein-Westfalen beteiligt sich seit 2014 an dem Förderprogramm „Demokratisch Handeln“. Der Verein „Demokratisch Handeln“, der das Förderprogramm durchführt, wurde im Jahr der Wiedervereinigung gegründet mit dem Ziel, durch die Verbindung von Wissen und Handeln eine realitätsnahe politische Bildung und das Engagement junger Menschen für die Demokratie zu fördern. Das geschieht durch die jährliche bundesweite Ausschreibung eines Demokratiewettbewerbs und die länderübergreifende Lernstatt Demokratie, durch Schulberatung und regionale Veranstaltungen, durch Veröffentlichungen sowie durch Implementation relevanter Themen in der Lehrerbildung. Seit dem Gründungsjahr

1990 wurden von bundesweit rund 6.000 Projekten mehr als 1.000 allein aus Nordrhein-Westfalen beigesteuert. Mittlerweile wurde aufgrund der hohen Nachfrage die Landeskoordination auf je eine Regionalkoordination Westfalen und Rheinland aufgeteilt, die finanzielle Unterstützung durch das Land auf mittlerweile jährlich 20.000 Euro erhöht.

- **Aktionsplan „Für Demokratie und Respekt – Entschieden gegen Diskriminierung und Gewalt“:** Der im Mai 2019 von Frau Ministerin Gebauer vorgestellte Aktionsplan umfasst zehn zentrale Maßnahmen, um Schulen gezielt in ihrem systematischen Engagement für Demokratie und Respekt und bei der Prävention und Intervention von Gewalt zu unterstützen³². Schulen sind sichere Orte, in denen Schülerinnen und Schüler in einem Klima der Demokratie in ihrer Entwicklung zu mündigen, verantwortungsbewussten und sozial kompetenten Persönlichkeiten begleitet werden. Demokratieerziehung als Kern des schulischen Bildungs- und Erziehungsauftrags leistet einen wesentlichen Beitrag dazu, junge Menschen zu befähigen, sich couragiert gegen jede Form von Diskriminierung und Gewalt einzusetzen.
- **„Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“:** Das Projekt bietet Kindern und Jugendlichen die Möglichkeit, das Zusammenleben an ihrer Schule aktiv mitzugestalten, indem sie sich bewusst gegen jede Form von Diskriminierung, Mobbing und Gewalt wenden. Zurzeit gibt es über 900 Schulen in Nordrhein-Westfalen, die den Titel „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ verliehen bekommen haben, bundesweit sind es über 3.000 Schulen. Diese Schulen engagieren sich aktiv gegen jede Art von Diskriminierung, vor allem gegen jede Art von Rassismus, Antiziganismus und Antisemitismus und fördern Zivilcourage in der Schule und in ihrem Umfeld. Die Schülerinnen und Schüler sollen selbst entscheiden, in welcher Weise sie die formale Voraussetzung zur Teilnahme am Courage-Projekt erfüllen und sammeln dafür die Unterschriften von mindestens 70 Prozent der gesamten Schulgemeinschaft. Alle Schulen in Nordrhein-Westfalen können Mitglied des Netzwerks werden.

³² Siehe: <https://www.schulministerium.nrw.de/themen/schulsystem/praevention/gewaltpraevention-nordrhein-westfalen/aktionsplan-gewaltpraevention>.

- **„Schule der Vielfalt“:** Das Programm „Schule der Vielfalt“ ist ein Erfolgsprojekt. Es besteht seit 2008, initiiert von der Schwul Lesbisch Bi Trans* Aufklärung (SCHLAU NRW) und der Landeskoordination Anti-Gewalt-Arbeit für Lesben und Schwule in Nordrhein-Westfalen. Ziel war es, in Nordrhein-Westfalen eine gesellschaftliche Öffentlichkeit für die Ächtung von Homophobie in der Schule herzustellen und so sowohl strukturelle als auch individuelle homophobe Diskriminierung und Gewalt in Schulen zu stoppen. Das inklusive Antidiskriminierungsprojekt, seit 2012 getragen durch das Schulministerium, rubicon e.V., SCHLAU NRW und der Rosa Strippe e.V., möchte Vielfalt und LSBTI*Q im Bildungsbereich anerkennen und verankern. Derzeit nehmen 42 Schulen aus ganz Nordrhein-Westfalen an dem Programm teil, gestalten Projekttag und öffentlichkeitswirksame Veranstaltungen, bieten Beratung und Begleitung für Betroffene und arbeiten gemeinsam und fächerübergreifend an einer diskriminierungssensiblen und offenen Schulgemeinschaft. Hinzu kommen Schulen, die, obwohl sie nicht offiziell Teil des Netzwerks sind, regelmäßig das Aufklärungsprojekt SCHLAU einladen. 2019 haben die SCHLAU-Teams in Nordrhein-Westfalen etwa 12.500 Jugendliche in 562 Workshops erreicht. Das Programm „Schule der Vielfalt“ kooperiert im Bereich der Fortbildung der Lehrkräfte mit den Fortbildungsdezernaten bei den Bezirksregierungen. Im Bereich der Bezirksregierung Köln wurden regelmäßig Fortbildungen für Lehrkräfte zur Akzeptanz von geschlechtlicher und sexueller Vielfalt vom Moderationsteam „Gender und Diversität“ angeboten und durchgeführt. Im Bereich der Ausbildung arbeitet „Schule der Vielfalt“ mit zehn Zentren für schulpraktische Lehrerbildung zusammen (Aachen, Bielefeld, Düsseldorf, Engelskirchen [Beginn in 2020], Essen [Beginn in 2020], Hagen, Krefeld, Leverkusen, Lüdenscheid, Neuss, Solingen). Das Programm befindet sich nun in der dritten Kooperationsphase (2018–2023). Während in der ersten Projektphase (2012–2015) die allgemeine Projektentwicklung inhaltlicher Schwerpunkt der Arbeit war, widmete sich das Projekt in der zweiten Phase (2015–2018) den Themen Migration, Integration und Religion im Kontext von Gender & Diversity. Der nun anschließende neue Kooperationsvertrag wurde im Februar 2018 von Frau Ministerin Gebauer mit einer Laufzeit bis 2023 unterschrieben. Darin ist vorgesehen, nicht nur die Arbeit von Schulen in diesem Projekt quantitativ und qualitativ weiter auszubauen, sondern auch flankierende Qualifizierungsmaßnahmen im Bereich der Lehrkräfte(aus)bildung strukturell anzugliedern, neben dem Ausbau der Beratungsinfrastruktur im Themenfeld gendersensible und diskriminierungsfreie Schule. Geplant ist zudem, das inhaltliche Themenspektrum zu erweitern, insbesondere im Hinblick auf Demokratie, Menschenrechte, Sport und Anti-Diskriminierungsarbeit. Daran knüpft sich auch der schrittweise Aufbau von Qualifizierungsmaßnahmen für Beraterinnen und Berater im Schulsport/Gesundheit im Bereich LSBTI*Q/Gender & Diversity an. Ziel ist, Sensibilität und Handlungssicherheit der Lehrkräfte auszubauen, um Antidiskriminierungsarbeit als Querschnittsaufgabe noch stärker in verschiedenen Bereichen der Schule zu verankern.
- **„OPENION – Bildung für eine starke Demokratie“:** 17 Schulverbände in Nordrhein-Westfalen nehmen an dem bundesweiten Demokratieförderprogramm teil. Gemeinsam mit außerschulischen Kooperationspartnern widmen sich Schülerinnen und Schüler aller Schulformen aktuellen gesellschaftspolitischen Herausforderungen. Kinder und Jugendliche sollen sich einmischen und Gesellschaft mitgestalten – dies geschieht auf vielfältige Art und Weise, zum Beispiel an der St. Josef Grundschule in Greven, die im Projekt „Wir sind Demokratie – Vielfalt macht stark“ Demokratie leben und lernen. Die Kinder haben gemeinsam einen eigenen Kinderrechtevertrag erarbeitet, der Minderheitenrechte ebenso enthält wie Schutz vor Diskriminierung.
- **Lehrerbildung:** Die konkrete inhaltliche Ausgestaltung der Lehramtsstudiengänge obliegt in NRW den einzelnen Universitäten (im Rahmen der sog. Fachstandards der KMK). Wenn ausbildungsfachliche Themen in der zweiten Phase der Lehrerbildung in den lehramtsbezogenen Seminaren bearbeitet werden, so müssen diese durch das Kerncurriculum für die Ausbildung im Vorbereitungsdienst legitimiert sein. Das Kerncurriculum konturiert und strukturiert die Ausbildung im Vorbereitungsdienst. Auf dieser Grundlage gehen die

lehramtsbezogenen Seminare aller Lehrämter und Schulformen in eine konkrete Ausgestaltung ihrer Ausbildungsprogramme. Die im Kerncurriculum vorliegende Leitlinie „Vielfalt als Herausforderung annehmen und als Chance nutzen“ sowie die aufgeführten schulischen Handlungsfelder sind ausbildungsdidaktisch leitend. Den schulischen Handlungsfeldern sind praxisrelevante Handlungssituationen zugeordnet. In der obligatorischen Auseinandersetzung mit diesen Handlungssituationen erwerben und vertiefen Lehramtsanwärterinnen und Lehramtsanwärter im Vorbereitungsdienst die Kompetenzen, die sie benötigen, um in ihrem Beruf professionell agieren zu können. Ausgangspunkt der Arbeit in Kern- und Fachseminaren sind schließlich beispielhafte Handlungssituationen und die inhaltlichen Bezüge. Diese werden ausgehend von konkreten Ausbildungssituationen ausdifferenziert und in der praktischen Seminarbildung zu exemplarischen Lernaufgaben. Dies muss dem Anspruch der Exemplarität genügen, auch damit die Seminare vor Ort die Möglichkeit haben, Ausbildungsschwerpunkte (vor dem Hintergrund aktueller Probleme und Fragestellungen) ausdifferenzieren. Das aktuelle Kerncurriculum bietet mit seinen dort aufgeführten Handlungssituationen und inhaltlichen Bezügen in mehreren Handlungsfeldern Anknüpfungspunkte zur politischen Bildung. Beispielhaft sind zu nennen: Handlungsfeld U: Unterricht für heterogene Lerngruppen gestalten und Lernprozesse nachhaltig anlegen (Inhaltliche Bezüge: Demokratisches Handeln), Handlungsfeld E: Den Erziehungsauftrag **Schule und Unterricht wahrnehmen** (Unterrichten und Erziehen an reflektierten Werten, Normen und Erziehungszielen ausrichten; Inhaltliche Bezüge: Demokratisches Lernen). Auch weitere inhaltliche Bezüge, wie „*Migrationssensibler Unterricht, Kulturelle Bildung, Interkulturelles Lernen und Soziales Lernen*“, die verschiedenen Handlungsfeldern zugeordnet sind, zeigen, dass das Thema „Politische Bildung“ im aktuellen Kerncurriculum mitgedacht, legitimiert und umfassend verankert ist.

Ministerium für Kultur und Wissenschaft

- **Soziokulturelle Zentren:** Soziokulturelle Zentren sind Teil der kommunalen Kultur- und (Weiter-)Bildungslandschaft. Die Landesarbeitsgemeinschaft Soziokultureller Zentren zählt aktuell 71 Mitglieder, die über ganz NRW, sowohl im urbanen als auch im ländlichen Raum, verteilt sind. Die Demokratiebildung sowohl für Erwachsene als auch für jugendliche Zielgruppen ist Teil ihrer Gründungsgeschichte, hat dementsprechend eine lange Tradition und ist für die Einrichtungen ein wichtiges Anliegen. Soziokulturelle Zentren sehen sich selbst generell als „per se politisch“ und wollen sich mit Mitteln der Kunst und Kultur mit aktuellen gesellschaftspolitischen Themen auseinandersetzen. So widmen sie sich in ihrer Arbeit – neben der künstlerischen und kulturellen Programmarbeit – auf unterschiedlichste Art und Weise den Themenfeldern Politik und Gesellschaft. Formate sind hier künstlerisch-kulturelle Angebote (insbesondere Literatur, Theater und Filmkunst, Ausstellungen), Vorträge, Diskussionsveranstaltungen, Trainings und Workshops sowie die sozialräumliche Quartiersarbeit. Zielgruppen sind junge Menschen und Erwachsene, meist mit unterschiedlichen kulturellen Hintergründen und sozialen Herkunft. Angesprochen werden diese Zielgruppen durch allgemeine Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit (Flyer, Website, Social Media, Lokalpresse), vor allem aber auch im Rahmen der Quartiersarbeit und durch die Kooperation mit Partnern, die oft Räumlichkeiten in den soziokulturellen Zentren nutzen (z. B. kommunale Integrationszentren, Vereine, politische Initiativen, Weiterbildungsträger etc.). Angebote der kulturellen und politischen Bildung sind in der Regel fester Bestandteil der soziokulturellen Zentren. Teilweise existiert ein eigenständiger Programmbereich. Am meisten findet kulturelle und politische Bildung im Rahmen von Projekten mit inhaltlichen Schwerpunkten und begrenzter Laufzeit statt. An der Planung sind die Einrichtungen selbst, aber auch andere kulturelle bzw. zivilgesellschaftliche Akteure in der Stadt/im Stadtteil sowie Partner aus Kunst, Kultur, Bildung und Soziales beteiligt. Somit finden die Angebote in den Häusern selbst, bei Kooperationspartnern, aber auch im öffentli-

chen Raum, im Rahmen von aufsuchender Arbeit, statt. Das Angebot ist besonders relevant, da soziokulturelle Zentren seit Jahrzehnten fest im Stadtteil verankert und vernetzt sind, ihrem Verständnis nach offene Häuser, Orte der Begegnung, der kulturellen Vielfalt, der Auseinandersetzung mit gesellschaftlichen Themen und des Dialogs sind. Unter anderem durch künstlerische und kulturelle Formate werden hier (auch niedrigschwellige) Zugänge zu gesellschaftspolitischen Themen für diverse Zielgruppen geschaffen. Aktuell werden in den Zentren Themen behandelt wie Rassismus in Schule und Gesellschaft, Fake News, Rechtspopulismus, Länderreporte, z. B. Mali, aktuelle Entwicklungen in Belarus, Kooperationen/Einbindung von kommunalem Jugendparlament und Organisation von Bürgermeisterhearings, Grundeinkommen.

- **Wissenschaft:** Die „Politische Bildung“ ist an den Hochschulen in Nordrhein-Westfalen in Forschung und Lehre vielfältig vertreten. **Forschungsschwerpunkte** zur politischen Bildung sind in elf Universitäten, vier Hochschulen für angewandte Wissenschaften und in einer außeruniversitären Institution, dem Deutschen Institut für Erwachsenenbildung/Leibniz-Zentrum für lebenslanges Lernen in Bonn, verankert. Besonders hervorzuheben ist die Universität Duisburg-Essen mit drei Instituten und sieben Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern. Die Thematik der politischen Bildung ist in den verschiedenen Fakultäten mit unterschiedlicher Schwerpunktsetzung zu finden. Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass die politische Bildung in den Sozial-, Politik-, Gesellschafts-, Bildungs- und Kulturwissenschaften behandelt wird. Relevante **Studienangebote** im Bereich der politischen Bildung finden sich an den nordrhein-westfälischen Hochschulen insbesondere in der Lehrerbildung. Die zehn lehrerbildenden Universitäten bieten für die verschiedenen Schulformen insgesamt 61 Studiengänge im Studienbereich Sozialwissenschaften an, 31 mit dem Abschluss Bachelor und 30 mit dem Abschluss Master. Im Wintersemester 2019/20 studierten ca. 12.500 Studierende in diesen Studiengängen. Im Weiteren können Studiengänge aus den Sozial- und Rechtswissenschaften einschlägig für das Thema „Politische Bildung“ sein.

Landeszentrale für politische Bildung im Ministerium für Kultur und Wissenschaft

Die Landeszentrale für politische Bildung Nordrhein-Westfalen versteht es als ihre Aufgabe, die Menschen im Land bei der Herausbildung einer demokratischen Haltung zu unterstützen und einen Beitrag zur Stärkung der demokratischen Teilhabe zu leisten. Um dieses Ziel zu erreichen, holt die Landeszentrale die Menschen in ihrer jeweiligen Lebenswirklichkeit – vom Quartier bis zu den sozialen Medien – ab und lädt sie ein, sich auf den gemeinsamen Weg des Demokratielebens und Demokratielernens zu begeben. Folgende Handlungsfelder stehen dabei im Mittelpunkt:

- **Aufsuchende politische Bildung:** Demokratische Teilhabe korreliert zunehmend mit der sozialen Lage eines Menschen. Soziale Problemlagen konzentrieren sich oftmals in bestimmten Stadtteilen der Ballungsräume, in denen eine geringe Wahlbeteiligung und eine hohe Akzeptanz für populistische Parolen besteht. Ziel ist es, Menschen in belasteten Stadtteilen dabei zu unterstützen, ein selbstverantwortliches Leben zu führen, teilzuhaben an der Quartiersentwicklung und die eigene Bildungs- und Berufsbiografie zu gestalten. Die Landeszentrale für politische Bildung Nordrhein-Westfalen ist davon überzeugt, dass gerade das Erlernen alltagsrelevanter, basaler Demokratiekompetenzen einen Beitrag dazu leistet, dass Menschen, die sich von allem abgehängt fühlen, unsere Demokratie als Chance betrachten. Die Landeszentrale für politische Bildung Nordrhein-Westfalen will verdeutlichen, dass Demokratie für alle attraktiv ist. Ein Großteil der Angebote ist daher aufsuchend und quartiersorientiert. Ein Grundgedanke der aufsuchenden politischen Bildung könnte mit dem Motto „Wenn ihr nicht zu uns kommt, kommen wir eben zu euch“ umschrieben werden. Um die Menschen in ihrem Lebensumfeld erreichen zu können und die Bildungsarbeit nachhaltig zu betreiben, arbeitet die Landeszentrale vor Ort eng mit den Einrichtungen der politischen Bildung in Nordrhein-Westfalen zusammen und fördert diese im Rahmen einer entwickelten Förderrichtlinie.

- **Auseinandersetzung mit menschenfeindlichen Einstellungen und Präventionsarbeit gegen politisch und religiös begründeten Extremismus:** Das friedliche Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher kultureller, religiöser, weltanschaulicher oder sexueller Orientierung ist Bestandteil des Alltags in Nordrhein-Westfalen. Diskriminierung, Rassismus, Antisemitismus sowie Demokratiefeindlichkeit sind daher in all ihren Erscheinungsformen nicht akzeptabel. Es bedarf eines entschiedenen Handelns gegen derartige Tendenzen. Demokratiebildung mit dem Ansatz der Grund- und Menschenrechtsbildung ist zentrale Handlungsprämisse und die Basis der Präventionsarbeit der Landeszentrale. Extremistische Gewalt sowie politisch und religiös motivierter Terror erschüttern leider vielerorts in Europa das friedliche Zusammenleben. Auch für Nordrhein-Westfalen ist diese Bedrohung keineswegs abstrakt. Die Landeszentrale versteht es als ihre Aufgabe, über politischen und religiösen Extremismus zu informieren. Dazu zählen sowohl die Vermittlung von Wissen über verschiedene Formen von Diskriminierung sowie antidemokratische Einstellungen und Verhaltensweisen als auch die Sensibilisierung für verschiedene Erscheinungsformen von Extremismus. Die Landeszentrale stärkt Handlungskompetenzen in der Auseinandersetzung mit sämtlichen Extremismen. Die Landeskoordinierungsstelle gegen Rechtsextremismus und Rassismus (LKS) koordiniert und steuert als Teil der Landeszentrale die Arbeit und die Kooperation der Beratungseinrichtungen (fünf Mobile Beratungen, zwei Opferberatungsstellen, eine zivilgesellschaftliche Ausstiegsberatung) im Themenfeld Rechtsextremismus- und Rassismusprävention. Sie ist zudem Schnittstelle zu den Partnerinnen und Partnern im Landesnetzwerk gegen Rechtsextremismus. Über das Förderprogramm „NRWeltoffen“ werden außerdem die lokale Ebene in der präventiven Arbeit gegen Rechtsextremismus und Rassismus gestärkt und Kommunen in der nachhaltigen Entwicklung und Umsetzung präventiver Handlungskonzepte unterstützt.
- **Weiterentwicklung und Profilbildung der Erinnerungskultur:** Wachsende Verunsicherung in der Gesellschaft, zunehmend öffentlich

geäußerte Ressentiments und populistische Versuche, Geschichte umzudeuten und nationalsozialistische Verbrechen zu relativieren, zeigen: Niemals war die Orientierung, die Erinnerungskultur einer Gesellschaft bieten kann, nötiger. Die Landeszentrale für politische Bildung fördert die Arbeit der NS-Gedenkstätten und -Erinnerungsorte im Land und stärkt sie dadurch als Orte der offenen Auseinandersetzung und Debatte über grundlegende ethische und gesellschaftliche Fragen. Grundlage der NS-Gedenkstättenarbeit sind fundierte Recherche- und Forschungsarbeiten. Nur so kann gesichertes Wissen darüber entstehen, was am authentischen Ort und in der Region geschehen ist. Von großer Bedeutung ist dabei die Frage nach der Verantwortung des Einzelnen. Die Landeszentrale ist davon überzeugt, dass diese Debatte Teil einer lebendigen Erinnerungskultur sein muss, denn die Frage nach individueller Verantwortung berührt unmittelbar auch die Grundlagen unseres heutigen Zusammenlebens.

- **Förderung der demokratischen Gesprächs- und Diskussionskultur in einer pluralen Gesellschaft:** Ob „Hatespeech“, „Shitstorm“ oder „Fake News“ – die Kommunikationskultur innerhalb unserer Gesellschaft hat sich in den letzten Jahrzehnten verändert. Der Ton, in dem die Menschen mitunter miteinander kommunizieren, reicht von rau über hart bis hin zu hasserfüllt. Die Verlagerung von Debatten in den digitalen Raum scheint vielerorts Hemmungen und Anstand abgebaut zu haben. Die Bereitschaft zu sachlichen, multiperspektivischen Debatten schwindet immer weiter. Die faire Debatte wird verlernt, wenn sie nicht gepflegt wird. In dieser Szenerie versteht es die Landeszentrale als ihre Aufgabe, eine wertebasierte Diskussions- und Streitkultur zu fördern. Oftmals kranken Debatten daran, dass sie in einer einfältigen Perspektive auf den Diskussionsgegenstand verharren und keinen echten Perspektivwechsel anstreben. Dieser ist jedoch der Schlüsselmoment, um gegenseitige Akzeptanz und auch gegenseitigen Respekt zu fördern. Anzuerkennen, dass es nicht nur die eigene Lebenswirklichkeit, sondern auch andere Lebenswirklichkeiten gibt, ist hierbei der erste Schritt, um Vielfalt zu leben.

- **Wahlen und politische Beteiligung:** Die Facetten politischer Beteiligung sind vielfältig. Jeder und jede Einzelne hat die Chance, sich in politische Entscheidungen einzubringen. Die Teilnahme an Wahlen, das Engagement in Parteien, Initiativen und Vereinen, die politische Debatte in der Familie und im Freundeskreis, die Mitwirkung in einer digitalen oder analogen Öffentlichkeit – dies sind nur einige der Optionen, die Teilhabe ermöglichen. Als überparteilich arbeitende Einrichtung der politischen Bildung motiviert die Landeszentrale Bürgerinnen und Bürger zu demokratischem Engagement, indem wir demokratische Handlungskompetenzen fördern. Die Landeszentrale versteht es als ihre Aufgabe, über die verschiedenen Möglichkeiten politischer Beteiligung zu informieren.
- **Politische und kulturelle Bildung:** Die Verknüpfung von kultureller und politischer Bildung bietet das große Potenzial, Demokratie in kreativer und künstlerischer Form erlebbar zu machen, Auseinandersetzungen mit politischen Fragestellungen anzuregen und alternative Zugänge zu gesellschaftspolitischen Debatten zu ermöglichen. Während die kulturelle Bildung häufig auf emotionale und kognitive Vermittlungswege setzt und Reflexionsprozesse mit Gefühlserfahrungen verbindet, wird dieses Vorgehen nicht per se mit politischer Bildung in Verbindung gebracht. Daher besteht für die Landeszentrale für politische Bildung die wichtige Prämisse, dass kulturelle Formen von politischer Bildung Moderation und Begleitung erfahren müssen. Auf diese Weise kann die Verknüpfung von politischer und kultureller Bildung einen großen Mehrwert bieten.
- **Historisch-politische Bildung und Landeskunde:** Die Förderung der politischen Kultur in Nordrhein-Westfalen ist Kernaufgabe der Landeszentrale. Den Blick auf Nordrhein-Westfalen, seine Geschichte, sein politisches System und seine „Alltagskultur“ greift sie mit landeskundlichen Angeboten auf. Die Kenntnis der Vergangenheit ist eine wichtige Voraussetzung, um die Gegenwart zu verstehen und die Zukunft mitzugestalten. Ziel ist daher, spezifische Themen, über die sich Bezüge und Vergleiche zur Gegenwart herstellen lassen, herauszuarbeiten und spannend aufzubereiten. Das Lernen aus der Vergangenheit für die Zukunft unter Berücksichtigung aktueller Herausforderungen – auch das gehört zu den Aufgaben politischer Bildung. Die Landeszentrale möchte das Geschichtsbewusstsein der Bürgerinnen und Bürger, ihr Verständnis für das politische, gesellschaftliche und kulturelle Leben in Nordrhein-Westfalen überparteilich und zugleich auf der Höhe der wissenschaftlichen Forschung fördern. Die nordrhein-westfälische Geschichte und Politik soll so verständlich und öffentlich wahrnehmbar werden.
- **Stärkung von politischer Bildungsarbeit und Forschung in der Auseinandersetzung mit aktuellem Antisemitismus:** Aktuell steigt in unserer Gesellschaft die Gefahr des Antisemitismus. Juden und Jüdinnen fühlen sich vielerorts in Deutschland nicht mehr sicher, auch in Nordrhein-Westfalen ist Judenfeindschaft ein Bestandteil ihres Alltags. Eine von der Antisemitismusbeauftragten des Landes Nordrhein-Westfalen veröffentlichte Studie nennt vor allem den israelbezogenen Antisemitismus als zunehmendes Problem. Die Landeszentrale für politische Bildung tritt allen Erscheinungsformen von Antisemitismus entschieden entgegen. Sie initiiert Bildungsprozesse, um im Vorfeld und in Frühphasen der Radikalisierung identitätsstiftend bei gefährdeten jungen Menschen zu wirken. Die Stärkung der demokratischen Haltung steht im Mittelpunkt. Gleichzeitig ist es wichtig, den Forschungsprozess in der Auseinandersetzung mit aktuellem Antisemitismus zu fördern.

Staatskanzlei

Verschiedenen Untersuchungen zufolge findet Radikalisierung zunehmend im Online-Bereich statt (Soziale Netzwerke, Video- und Spieleplattformen, Aggregatoren, Imageboards, Messenger). Daher wird das Themenfeld auch in die Aktivitäten des Landes Nordrhein-Westfalen im Bereich Medienkompetenzförderung einbezogen.

- **Videospiel „Leons Identität“:** Mit diesem Videospiel werden Kinder und Jugendliche über extremistische Einflüsse im Internet aufgeklärt. Das Innenministerium (Verfassungsschutz) und die Staatskanzlei haben das Projekt gemeinsam beauftragt und begleitet. Entwickelt wurde das Spiel von der bildundtonfabrik (btf), unter anderem mehrfacher Gewinner des Grimmepreises sowie des deutschen Videospieldpreises 2019. „Leons Identität“

tät“ ist ein detektivisches Abenteuerspiel. Die Spielenden schlüpfen in die Rolle von Jonas, der sich auf die Suche nach seinem vermissten Bruder macht und dabei dessen Abdriften in die rechtsextreme Szene aufdeckt. Zum Spiel gehört eine Website (<https://leon.nrw.de/>). Hier können Spielende sich weiter informieren. Die Erstellung von Begleitmaterialien für den Einsatz des Spiels im Schulunterricht ist geplant; die Entwicklung einer App, um das Spiel auf dem Smartphone nutzbar zu machen, wird derzeit geprüft.

- **#DigitalcheckNRW:** Der durch die Staatskanzlei geförderte „#DigitalcheckNRW“ nimmt – entsprechend dem Medienkompetenzrahmen NRW (<https://medienkompetenzrahmen.nrw/>) – mit den Bereichen „Informieren und Recherchieren“, „Kommunizieren und Kooperieren“ sowie „Analysieren und Reflektieren“ Fähigkeiten in den Blick, die für den demokratischen Diskurs grundlegend sind. Konkret geht es um die kritische Bewertung von Informationen, ihren Quellen sowie den dahinterliegenden Strategien, die Einschätzung von Medieninhalten hinsichtlich gesellschaftlicher Normen und Werte sowie die Gestaltung von Kommunikationsprozessen im Sinne einer aktiven Teilhabe an der Gesellschaft. Auf www.digitalcheck.nrw können Nutzerinnen und Nutzer ihre Kenntnisse in den verschiedenen Themenfeldern testen und werden über passende Bildungsangebote von externen Trägern (in zahlreichen Formaten von Präsenzveranstaltungen bis zu Online-Kursen) informiert. Das Angebot richtet sich vorrangig an junge Erwachsene nach Beendigung der Schulpflicht, ist aber grundsätzlich für alle Altersstufen offen. Umgesetzt wird es von der Gesellschaft für Medienpädagogik und Kommunikationskultur (GMK).

Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales

- **Projekt „Politische Partizipation Passgenau!“:** Hierbei handelt es sich um ein vom Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales (MAGS) gefördertes Projekt der Landesarbeitsgemeinschaft SELBSTHILFE NRW e.V. Menschen mit Behinderungen sind stark unterrepräsentiert in der (Komunal-)Politik. Die (Kommunal-)Politik ist noch sehr barriere-

behaftet und für Menschen mit Behinderungen oftmals nur schwer zugänglich. Für die Gestaltung eines inklusiven Gemeinwesens und die Einbeziehung von Menschen mit Behinderungen in politischen Planungs- und Entscheidungsprozessen ist sie aber entscheidend und unabdingbar. Das Projekt „Politische Partizipation Passgenau!“ will die partizipativen Strukturen in den Kommunen Nordrhein-Westfalens verbessern, um effektive (politische) Teilhabe von Menschen mit Behinderungen und chronischen Erkrankungen zu ermöglichen sowie strukturelle, kulturelle und praktische Voraussetzungen sichtbar zu machen, die es dafür braucht. Das Projekt unterstützt und berät bei den konkreten Schritten der Umsetzung auf kommunaler Ebene und trägt zur Bewusstseinsbildung und Sensibilisierung des Themas bei.

- **Kompetenzzentren „Selbstbestimmt Leben“:** Die vom MAGS u.a. aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds geförderten sechs Kompetenzzentren „Selbstbestimmt Leben“ bieten vielfältige Angebote zur politischen Bildung für Menschen mit Behinderungen in diversen – barrierefreien – Formaten an (z. B. zu anstehenden Wahlen oder zu Wegen zu einem politischen Mandat). Weitere Informationen unter www.ksl-nrw.de.

Ministerium des Innern

Politische Bildung wird im Geschäftsbereich des Ministeriums des Innern in der Aus- und Fortbildung an den folgenden Einrichtungen gelehrt bzw. unterrichtet:

- Hochschule für Polizei und Verwaltung NRW (HSPV),
- Landesamt für Ausbildung, Fortbildung und Personalangelegenheiten der Polizei NRW (LAFP),
- Deutsche Hochschule der Polizei (DHPol),
- Institut der Feuerwehr Nordrhein-Westfalen (IdF NRW),
- Fortbildungsakademie Mont-Cenis (FAH) und
- Institut für öffentlich Verwaltung (IöV).

Zudem ergeben sich Berührungspunkte zur Arbeit des Verfassungsschutzes des Landes NRW.

- **Hochschule für Polizei und Verwaltung NRW (HSPV):**

a) Öffentliche Verwaltung: Die HSPV NRW ist die zentrale Einrichtung für die Ausbildung von Polizei und öffentlicher Verwaltung des gehobenen Dienstes (LG 2.1) in NRW. Mit der Verantwortung für die Qualifizierung des Beamtennachwuchses ist es von besonderer Bedeutung, neben Wissen, Fähigkeiten und Fertigkeiten auch Haltung zum Staat im Sinne der freiheitlich-demokratischen Grundordnung zu fördern. Die ausschließliche Zielgruppe ist dabei der Beamtennachwuchs. Die HSPV hat aktuell keine Aufgaben für die Bildung anderer Zielgruppen, obgleich es durchaus verstreute Aktivitäten im Bereich der sog. Third-Mission gibt. Dem Charakter der Hochschule folgend, werden die Elemente der politischen Bildung in eher wissenschaftsbasierter Form (Vorlesung, Seminar, Vorträge etc.) vermittelt, wobei hier diverse Anknüpfungspunkte bestehen. Besondere fachliche Verantwortung liegt hier bei den Sozialwissenschaften (Politikwissenschaft [z.B. Demokratische Willensbildung und Entscheidungsfindung, Partizipation, Pluralismus, Governance], Soziologie [z.B. Soziale Ungleichheit], Psychologie [z.B. zu Vorurteilen] oder Ethik [Akzeptanz von Diversität]). Besondere Bedeutung haben aber auch Staats- und Europarecht (Prinzipien der Demokratie, Gestaltung der politischen Strukturen und Prozesse, Rechtsstaatlichkeit). In der fachpraktischen Ausbildung sind vor allem die Kommunalverwaltungsstudierenden an demokratischen Prozessen der kommunalen Selbstverwaltung beteiligt bzw. erhalten direkten Einblick, z. B. im Kontext von Vorbereitungen von Rats-/Ausschusssitzungen, beobachtender Teilnahme an kommunaler Demokratie sowie Mitwirkung an demokratischen Prozessen wie z. B. in die Durchführung von Wahlen oder Bürgerentscheiden. Politische Bildung darf nicht nur kognitiv vermittelt werden. Vielmehr muss demokratisches Lernen gelebt werden. Insofern eröffnet die Hochschule auch Mitwirkungsmöglichkeiten für die Interessen und Belange der Studierenden: Aufgaben als Kurssprecher, Mitwirkung im Studierendenparlament, Teilnahme an örtlichen Qualitätszirkeln, Mitwir-

kung in gewählten Gremien (Fachbereichsrat, Senat) und Kommissionen.

Politische Bildung an der HSPV NRW ist ein breit angelegter, nicht auf einzelne Lehr-Disziplinen zu verengender kognitiver, affektiver und konativer Prozess. Für die angehenden Staatsbediensteten ist die Orientierung an den Grundwerten des Systems und den Prinzipien der freiheitlich-demokratischen Grundordnung sowie der Rechts- und Sozialstaatlichkeit von zentraler Bedeutung. Diese in allen Lehr- und Lernformaten zu betonen ist die Herausforderung an Studierende und Lehrende gleichermaßen. Aus Sicht der HSPV ist es wichtig, die benötigten Freiräume für politische Bildung zu gewährleisten. In den hochschulinternen Diskussionen geht es vielfach um berufsrelevantes Wissen, Fähigkeiten und Fertigkeiten, während die zugehörigen „Softskills“, die sich – auch im Sinne der politischen Bildung – auf Haltung und Verantwortung beziehen, nicht so im Vordergrund stehen. Hier ist die allgemeine Aufwertung der politischen Bildung gefordert, um sie auch im speziellen Anwendungsfeld der Beamtenqualifizierung angemessen zu würdigen.

b) Polizei: Zur Wahrnehmung ihres Auftrags in einer entsprechend komplexen Umwelt benötigen Polizistinnen und Polizisten neben rechtlichen und polizeifachlichen Kenntnissen zudem politische Bildung, welche sie befähigt, kritisch-reflektiert Einsatzanlässe in ihrem politisch-sozialen Kontext zu verstehen, Urteilsfähigkeit zu entwickeln und die Menschenwürde achtend im Sinne der freiheitlich-demokratischen Grundordnung zu handeln. Vor dem Hintergrund der aufgezeigten Dynamiken bedarf es dabei einer stetigen Weiterentwicklung der polizeilichen Aus- und Fortbildung unter Einbeziehung polizeilicher sowie polizeiexterner Expertise. Menschenrechtsbildung ist Leitlinie in Grund- und Hauptstudium des Bachelorstudiengangs Polizeivollzugsdienst an der HSPV. Schulungen hinsichtlich der Verfassungsprinzipien und Grundrechte in ihrer Bedeutung für die Berufspraxis und für polizeiliche Maßnahmen sind immanent. Die Thematisierung von Interkultureller Kompetenz und Politikwissenschaft, insbesondere von Rassismus, Politisch Motivierter

Kriminalität, Demokratie, Extremismus und Terrorismus, findet im Grundstudium statt. Durch einzelne Lehrende werden Besuche von ausgewählten Gedenkstätten im Rahmen des Teilmoduls 3.1.5 „Polizei im historischen Wandel“ durchgeführt. Es existiert darüber hinaus eine Bildungs Kooperation der HSPV mit der International School for Holocaust in Yad Vashem mit jährlich stattfindenden Studienfahrten. Ferner lehren an der HSPV zahlreiche national ausgewiesene Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, die zur Polizeigeschichte im Nationalsozialismus gearbeitet haben. Diese Forschungen werden institutionell im „Institut für Geschichte und Ethik der Polizei und öffentliche Verwaltung“ (IGE) gebündelt.

- **Landesamt für Ausbildung, Fortbildung und Personalangelegenheiten der Polizei NRW (LAFP):** Im Rahmen der Fortbildung der Polizei NRW beim LAFP sind die Themen Demokratie, Rassismus, Antisemitismus, Ausländerfeindlichkeit und Formen der Ausgrenzung und Anfeindung sowie das Training zu Interkultureller Kompetenz im Einsatztraining NRW und in der Einführungsfortbildung der Spezialeinheiten platziert. Im Bildungszentrum Selm-Bork befindet sich derzeit eine Ausstellung über die Polizei in der Zeit des Nationalsozialismus in der Umsetzung. Diese soll historisches Wissen über die Rolle der Polizei und ihre aktive Teilnahme am begangenen Unrecht vermitteln. Im Rahmen der Fortbildungsmaßnahme „Extremismusbeauftragte – Einführungsfortbildung“ wird der Geschichtsort „Villa Ten Hompel“ in Münster und die dortige Ausstellung „Geschichte, Gewalt, Gewissen“ besucht.
- **Deutsche Hochschule der Polizei (DHPol):** An der DHPol gibt es gegenwärtig die Koordinierungsstelle „Politische Bildung und Polizei“ (KOST PoBiP), die auf Basis einer Modellprojektförderung der Bundeszentrale für politische Bildung eingerichtet wurde. Partner des entsprechenden Projekts mit dem Titel „Politische Bildung und Polizei 2“ sind die DHPol sowie die HSPV. Ziel ist die Stärkung von Kooperationen zwischen polizeilichen und nicht-polizeilichen Bildungsakteurinnen und -akteuren. Begleitet werden die Arbeiten des Projekts von einem Arbeitskreis „Politische Bildung und Polizei“, welcher sich aus Vertreterinnen und Vertretern der Projektpartner, Polizei, Wissenschaft und

Zivilgesellschaft zusammensetzt. Ein besonderer Aufgabenschwerpunkt der KOST PoBiP ist die Installierung und Etablierung geeigneter Dialogformate für den inhaltlich-fachlichen sowie methodisch-didaktischen Austausch zwischen polizeilichen, wissenschaftlichen und zivilgesellschaftlichen Akteurinnen und Akteuren der politischen Bildung. Entsprechend wird angestrebt, interdisziplinäre sowie interorganisationale Synergiepotenziale im Bereich der polizeilich-politischen Bildungsarbeit langfristig zu nutzen und damit die Voraussetzungen für eine kontinuierliche Reflexion über die Aus- und Fortbildung der Polizei zu schaffen. Weiterhin gilt es, die Entwicklung praxisrelevanter Bildungsangebote (Seminare, Workshops, Trainings etc.) zu unterstützen und diese innerhalb der deutschen Polizeien bekannt zu machen.

- **Institut der Feuerwehr Nordrhein-Westfalen (IdF NRW):** Das IdF NRW ist fachspezifisch für die Führungskräfteaus- und -fortbildung für die Feuerwehren im Land zuständig. Das Thema politische Bildung oder Demokratiebildung steht am IdF NRW nicht als eigener Lehrgang oder als eigenes Unterrichtsfach auf dem Lehrplan. Gleichwohl fließen aktuelle gesellschaftspolitische Positionen regelmäßig in die Aus- und Fortbildung mit ein. Auch finden diese Themen indirekt über einen Werteansatz und ein grundlegendes demokratisches Verhalten und entsprechenden Umgang und Miteinander in der Aus- und Fortbildung statt. Inhaltliche Bezüge zur politischen Bildung/Demokratiebildung ergeben sich in der Aus- und Fortbildung naturgemäß bei techniklastigen Veranstaltungen wie z.B. vorbeugender Brandschutz, Brandschutztechniker und Gerätewarte weniger als bei Führungslehrgängen wie Gruppen- und Zugführerlehrgängen oder bei den feuerwehrtechnischen Laufbahnausbildungen inkl. Personal- und Mitarbeiterführung. Das IdF NRW hat an dem Aktionsplan „Gemeinsam gegen Gewalt“ der gemeinsamen Initiative des Ministeriums des Innern NRW, des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales NRW, der Unfallkasse NRW, der komba gewerkschaft nrw, des Verbandes der Feuerwehren NRW, des Städtetages NRW, des Landkreistages NRW und des Städte- und Gemeindebundes NRW mitgearbeitet. Im Januar 2018 war der Abschlussbericht der für den Aktionsplan impulsgebenden Studie „Gewalt gegen Einsatz-

kräfte der Feuerwehren und Rettungsdienste in Nordrhein-Westfalen“ der Ruhr-Universität Bochum im Rahmen eines Symposiums am IdF NRW vorgestellt worden. Auch hier geht es um gesellschaftliche Werte und demokratisches Grundverständnis.

- **Fortbildungsakademie Mont-Cenis (FAH):** In NRW gibt es eine Vielzahl an guten Adressen, die Veranstaltungen zur politischen Bildung anbieten: parteinahe Stiftungen, gewerkschaftliche und kirchliche Einrichtungen sowie Einrichtungen von Bürgerbewegungen und Initiativen. Diese Einrichtungen sind alle nach dem Weiterbildungsgesetz anerkannt und bieten zu konkreten Themenstellungen ein umfassendes Angebot an, das im Wege von Freistellungen in Anspruch genommen werden kann und zu dem die Fortbildungsakademie des Ministeriums des Innern nicht in Konkurrenz tritt. Die FAH in Herne hat den Auftrag, allgemeine Fortbildungsangebote für alle Beschäftigten der Landesverwaltung im beruflichen Kontext zu konzipieren und durchzuführen. Damit leistet sie einen wichtigen Beitrag zu einer modernen, leistungsfähigen und rechtsstaatlichen Landesverwaltung. Die Angebote, die die FAH im Rahmen ihres Fortbildungsprogramms unterbreitet, stützen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer auftragsgemäß in erster Linie in der Bewältigung ihrer dienstlichen Aufgabenwahrnehmung und dem Umgang mit den Bürgerinnen und Bürgern. Sie haben darüber hinaus Einfluss auf die Handlungsmöglichkeiten im privaten, sozialen und politischen Umfeld und fördern damit indirekt auch die Demokratiekompetenzen. Demokratische Kompetenzen werden vor allem in den Themenfeldern Kommunikation und Kooperation, Führungskräfteentwicklung, Entscheidungsfindung und Durchsetzung am Beispiel Europa, Diversität und interkulturelle Kompetenz vermittelt. Darüber hinaus werden in zweistündigen Vorträgen Lernimpulse „Herne vor Ort“ nach Wahl der Behörden Themen behandelt, die auch politische Zielsetzungen wie die Themen Nachhaltigkeit oder Digitalisierungsreife beleuchten.
- **Institut für öffentliche Verwaltung (IÖV):** In allen Lehrgängen der Vorbereitungsdienste zur Qualifizierung und Ausbildung im Bereich der allgemeinen Verwaltung wird die Teilnehmerschaft nach Maßgabe der jeweiligen

Lernzielkataloge in Staats- und Verfassungsrecht unterrichtet. Auf diese Weise werden die Grundzüge des Demokratieverständnisses bei den Nachwuchskräften der allgemeinen Verwaltung – unabhängig von dem späteren Einsatzbereich – verankert. Im Wesentlichen werden folgende Themen behandelt: Staatsrecht, Verfassungsgrundsätze, Bundesorgane, Gesetzgebungszuständigkeiten/-verfahren, Ausführung der Bundesgesetze, Grundrechte. Die Teilnehmerschaft ist nach Abschluss ihrer Lehrgänge in der Lage, die Bedeutung der Verfassung der Bundesrepublik Deutschland und die Bedeutung der Grundrechte zu interpretieren. Sie verknüpft europäisches Recht mit deutschem Recht. Sie kann die verfassungsrechtlichen Grundentscheidungen, den Aufbau der Bundesrepublik, die Aufgaben der Verfassungsorgane, die staatliche Tätigkeit und Stellung der Rechtsprechung, die Systematik und die Sicherung der Grundrechte erklären. Zudem kennt sie die Entstehungsgeschichte der EU und die Organe der EU. Sie ist über die Entstehung und die Auswirkung des Europarechts informiert.

Verfassungsschutz

Informierte, mündige Bürgerinnen und Bürger sind der beste Schutz für eine demokratische Gesellschaft. Eine wachsame Bevölkerung kann die Propaganda, die Einstiegsmuster und das Agieren extremistischer Bestrebungen frühzeitig erkennen und entlarven. „Verfassungsschutz durch Aufklärung“ lautet daher ein wesentlicher Arbeitsauftrag des nordrhein-westfälischen Verfassungsschutzes. Die Aufklärung über Erscheinungsweisen, Aktionsformen und Agitationsmuster des Extremismus zählt zu den Präventionsmaßnahmen, die der Verfassungsschutz insbesondere in den Bereichen Islamismus, Rechtsextremismus und Linksextremismus ergreift. Er bringt seine Erkenntnisse in alle drei grundlegenden Felder der Prävention ein: die primäre (bzw. universelle), sekundäre (selektive) und tertiäre (indizierte) Extremismusprävention. Diese werden danach unterschieden, ob extremistisch aktive Personen adressiert werden (tertiäre Prävention), Menschen in Annäherungsbewegungen (sekundäre Prävention) oder Personen, die keine Nähe zum Extremismus haben und insofern besonders wichtige Stützen der Demokratie sind

(primäre Prävention). Der Verfassungsschutz NRW bietet im Rahmen der Prävention zu den Themen Rechtsextremismus und Islamismus Sensibilisierungsmaßnahmen an, die Aufklärung über diese Formen des Extremismus beinhalten und zur Stärkung demokratischer Haltungen und Wachsamkeit beitragen.

- **Rechtsextremismusprävention:** Die Rechts- extremismusprävention umfasst mehr als 100 Aufklärungsveranstaltungen pro Jahr (für Schülerinnen und Schüler – in der Regel ab Stufe 9, Lehrerinnen und Lehrer, Beschäftigte aus Justizvollzugsanstalten, der Polizei und aus Kommunalverwaltungen). Veranstaltungsformate sind variabel, von Vorträgen über Vortragsgespräche bis hin zu Projekttagen mit verschiedenen Workshops. Diese Veranstaltungen durchleuchten das Thema häufig anhand des Leitbegriffs der „Erlebniswelt Rechtsextremismus“. Mit ihm werden Beweggründe analysiert, aus denen sich Jugendliche und junge Erwachsene der Szene annähern. Zu den zentralen Reizen zählt eine Erlebniswelt, in der menschenverachtende Botschaften und zum Teil moderne, jugendnahe Angebote verschmelzen.
- **Islamismusprävention:** Im Rahmen der Islamismusprävention werden regelmäßig Veranstaltungen unter anderem für die Bereiche Schule, Wissenschaft, Jugend, Polizei und Justiz durchgeführt. Die Darstellung aktueller Erscheinungsformen des Islamismus durch Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Verfassungsschutzes wird häufig durch Vorträge und Workshops von Beraterinnen und Beratern des Programms „Wegweiser“ ergänzt, die aus der Arbeit mit Betroffenen und deren Umfeld berichten. Schulen und Einrichtungen der Jugendarbeit können darüber hinaus beim Verfassungsschutz kostenlose Module, zum Beispiel Theaterstücke und Workshops, buchen, mit denen das Thema extremistischer Salafismus im Unterricht, in AGs oder Projektwochen behandelt werden kann.
- **Fachtagungen:** Der Verfassungsschutz richtet darüber hinaus, in der Regel jährlich, Fachtagungen aus, die aktuelle Fragen des Extremismus aufgreifen und analysieren, zuletzt die Tagung „Antisemitismus – alter Hass in neuen Formen?“ am 23. September 2019 in Kooperation mit der Jüdischen Gemeinde Düsseldorf und dem Bürgerbündnis „Düsseldorfer Appell“.

Etwa 170 Multiplikatorinnen und Multiplikatoren aus Politik und Verbänden, Sicherheitsbehörden und Bildungspraxis nahmen daran teil.

- **Projekt Prisma:** Im Rahmen des Projekts Prisma bietet der nordrhein-westfälische Verfassungsschutz Veranstaltungen mit Aussteigerinnen und Aussteigern aus extremistischen Szenen an. Mit dem Namen Prisma drücken die Projektbeteiligten aus, dass sie – so wie das Prisma einen Lichtstrahl bricht – mit ihrer extremistischen und kriminellen Vergangenheit gebrochen haben. Prisma ist ein Projekt der Primärprävention und richtet sich an Schülerinnen und Schüler sowie an Multiplikatorinnen und Multiplikatoren. Voraussetzung für die Veranstaltung eines Aussteigergesprächs ist die Einbettung in einen didaktischen Kontext, sodass die Eindrücke mit den Teilnehmenden reflektiert und Informationen zur jeweiligen Form des Extremismus ergänzt werden können.
- **Projekt „Kommunen gegen Extremismus“:** Seit 2014 betreibt der Verfassungsschutz NRW zudem das Projekt „Kommunen gegen Extremismus“ – eine Kooperation des Verfassungsschutzes und des polizeilichen Staatsschutzes mit Landräten, Städten und Gemeinden, um jeglicher Art von Extremismus zeitnah entgegenzuwirken. Gleichzeitig werden den Kommunalverwaltungen Infoveranstaltungen zu allen Extremismusbereichen angeboten. Bisher sind sechs Landkreise und zwei kreisfreie Städte an diesem Projekt beteiligt. Eine Ausweitung auf weitere Kommunen ist beabsichtigt.
- **„Wegweiser“:** Wegweiser ist ein Präventionsprogramm gegen gewaltbereiten Salafismus und andere Formen des Islamismus. Es soll Radikalisierungsprozesse bei Jugendlichen und jungen Heranwachsenden bereits in ihren Anfängen verhindern. Kern des Programms ist die Beratung vor Ort. Sie steht Jugendlichen und deren Angehörigen sowie anderen Personen offen, die Probleme erkennen und Veränderungen an jungen Menschen feststellen. Darüber hinaus bietet „Wegweiser“ für Behörden, Schulen oder andere Institutionen individuelle Beratungsangebote, Hilfestellungen und Sensibilisierungsveranstaltungen. Das Programm wird seit 2014 durch zivilgesellschaftliche und kommunale Träger vor Ort umgesetzt. Mit insgesamt 25 Beratungsstellen ist eine landesweite Abdeckung erreicht.

- **Intervenierende Prävention:** Im Bereich der intervenierenden Prävention betreibt der Verfassungsschutz NRW die drei Aussteigerprogramme „Spurwechsel“ (im Bereich Rechtsextremismus), „API“ (Islamismus) und „Left“ (deutscher und auslandsbezogener Linksextremismus), die sich an ausstiegswillige Extremistinnen und Extremisten richten. Wesentliche Bestandteile der oft langjährigen Begleitungen sind die systematische Aufarbeitung der Ideologie und die soziale Stabilisierung der Betroffenen. Dabei werden Impulse für Reflexions- und Bewusstwerdungsprozesse gesetzt, die ausstiegswilligen Personen zu einem selbstbestimmten Leben in der demokratischen Gesellschaft verhelfen.
- **Projekt VIR:** Darüber hinaus zählt der Verfassungsschutz NRW zum Trägerkreis des Projekts VIR („Veränderungsimpulse setzen bei Rechtsorientierten Jugendlichen und jungen Erwachsenen“), einem Qualifizierungskonzept für Personen, die beruflich oder ehrenamtlich mit rechtsorientierten Jugendlichen oder jungen Erwachsenen im Kontakt sind. Ziel ist es, in Alltagssituationen Impulse zu setzen, die zur

Veränderung motivieren und den Prozess der Veränderung unterstützen. VIR ist ein Kooperationsprojekt mit zivilgesellschaftlichen Partnern, es basiert auf einem Train-the-Trainer-Ansatz. VIR-Trainerinnen und -Trainer sind zum Beispiel Fachkräfte der politischen Bildung, aus Aussteigerprogrammen, Jugendhilfe, Fanprojekten, Polizei und Justiz.

Neben dem Verfassungsschutzbericht veröffentlicht der Verfassungsschutz Nordrhein-Westfalen Publikationen, die sich gezielt an Akteure der politischen Bildung oder andere Akteure der Prävention richten: zum Beispiel den mit einem Online-Angebot verzahnten Sammelband „Erlebniswelt Rechtsextremismus. modern – subversiv – hasserfüllt. Hintergründe und Methoden für die Praxis der Prävention“ (5. Auflage 2017, Kooperationsprojekt mit jugendschutz.net) sowie die Broschüre „Wegweiser – Ressourcen aktivieren, Expertisen bündeln“ (Juli 2020), deren Fokus auf der Beschreibung von Radikalisierungshintergründen sowie der Darstellung der pädagogischen Ansätze des „Wegweiser“-Programms liegt.

2. Fragebogen der repräsentativen Umfrage

Politikinteresse und Demokratiezufriedenheit

1. Wie stark interessieren Sie sich für das politische Geschehen in Deutschland: sehr stark, stark, weniger stark oder überhaupt nicht?
2. Und wie stark interessieren Sie sich für das politische Geschehen in Nordrhein-Westfalen: sehr stark, stark, weniger stark oder überhaupt nicht?
3. Wie zufrieden sind Sie alles in allem mit den heutigen Lebensbedingungen und Lebensverhältnissen in Nordrhein-Westfalen allgemein: sehr zufrieden, eher zufrieden, eher unzufrieden oder sehr unzufrieden?
4. Und wie zufrieden sind Sie alles in allem mit Ihrer persönlichen Lebenssituation: sehr zufrieden, zufrieden, eher unzufrieden oder sehr unzufrieden?
5. Wie zufrieden sind Sie allgemein mit der Demokratie in Deutschland, also mit unserem gesamten politischen System, so wie es im Grundgesetz festgelegt ist? Sind Sie damit sehr zufrieden, eher zufrieden, eher unzufrieden oder sehr unzufrieden?
6. Und wie zufrieden sind Sie mit der Demokratie in Deutschland, so wie sie tatsächlich funktioniert? Sind Sie damit sehr zufrieden, eher zufrieden, eher unzufrieden oder sehr unzufrieden?
7. Man kann unterschiedliche Vorstellungen davon haben, was zu einer Demokratie dazugehört. Bitte sagen Sie mir / geben Sie bei den folgenden Aspekten jeweils an, ob dieser Ihrer Ansicht nach unbedingt zu einer Demokratie dazugehört, eher zu einer Demokratie dazugehört, eher nicht zu einer Demokratie dazugehört oder ob er gar nicht zu einer Demokratie dazugehört.
 - dass durch Wahlen Machtwechsel möglich sind
 - Gewaltenteilung, also die Trennung und Unabhängigkeit von Regierung, Parlament und Gerichten
 - Konflikte offen auszutragen
 - Kompromissfähigkeit bei politischen Entscheidungen
 - das Recht von Minderheiten, nach ihren eigenen Regeln zu leben, solange dadurch nicht die allgemeinen Grundrechte verletzt werden
 - Respekt vor Andersdenkenden
 - Meinungsfreiheit
 - soziale Marktwirtschaft
 - Chancengleichheit, also gleiche Aufstiegschancen für alle
 - Gewaltmonopol des Staates, d.h., dass nur der Staat Gewalt anwenden darf, nicht der Einzelne
 - Pressefreiheit
 - Rechtsstaatlichkeit, also das Vorhandensein von allgemeingültigem und verbindlichem Recht und Gesetz

Herausforderungen und Probleme

8. Was sind Ihrer Meinung nach die größten Herausforderungen für Deutschland in den kommenden fünf Jahren?
9. Und was sind Ihrer Meinung nach die größten Herausforderungen für Nordrhein- Westfalen in den kommenden fünf Jahren?
10. Ich nenne Ihnen/Sie sehen nun einige Themenbereiche. Wie wichtig ist es aus Ihrer Sicht, dass in den nächsten Jahren in diesen Bereichen Verbesserungen erreicht werden: sehr wichtig, wichtig, weniger wichtig oder gar nicht wichtig?
 - bei den Möglichkeiten der politischen Mitwirkung für die Bürger
 - beim Zustand unseres Schul- und Bildungssystems
 - bei der Integration von Zuwanderern und Geflüchteten
 - bei der Gesundheitsversorgung
 - bei der öffentlichen Sicherheit
 - beim Umwelt- und Klimaschutz
 - bei der Sicherung von Arbeitsplätzen
 - beim sozialen Zusammenhalt in unserer Gesellschaft
 - beim Vorgehen gegen Rassismus, Antisemitismus und jede Form von Extremismus
 - beim Zusammenhalt Europas
 - beim Thema alternde Gesellschaft
 - bei der Debattenkultur im Land
 - bei der Gleichberechtigung der Geschlechter

Informations- und Kommunikationswege, politische Teilhabe

11. Wenn Sie sich über die politischen Themen in Nordrhein-Westfalen bzw. politische Entscheidungen informieren wollen, welche Informationswege nutzen Sie dann hauptsächlich?

MEHRFACHNENNUNG:

- Fernsehen
- Radio
- gedruckte Zeitungen
- Zeitungen im Internet
- soziale Medien im Internet, z. B. Facebook, Instagram, Twitter oder YouTube
- persönliche Gespräche mit Freunden, Verwandten und Bekannten
- Gespräche im beruflichen Umfeld, z. B. mit Kollegen, Kunden oder Geschäftspartnern
- Informationen der Landesregierung
- Informationen der politischen Parteien
- Podcasts
- Fachliteratur
- Zeitschriften, Magazine
- Recherchen im Internet
- Sonstiges: NOTIEREN
- nichts davon, informiere mich nicht aktiv

12. Wie wichtig ist Ihnen persönlich, die Möglichkeit zu haben, sich an politischen Entscheidungen zu beteiligen bzw. diese zu beeinflussen? Finden Sie das sehr wichtig, eher wichtig, nicht so wichtig oder unwichtig?
13. Neben der Teilnahme an politischen Wahlen gibt es weitere Möglichkeiten für die Bürger, politischen Einfluss zu nehmen, darunter auch solche, die nicht alle Bürger gutheißen. Ich lese Ihnen jetzt verschiedene Möglichkeiten vor und Sie sagen mir bitte jeweils, ob Sie diese Möglichkeit schon einmal genutzt haben, ob Sie sich das grundsätzlich vorstellen könnten oder ob das für Sie nicht in Frage kommt.
- bei einer Unterschriftensammlung unterschreiben
 - im Internet seine politische Meinung kundtun
 - an einem Volksbegehren oder Bürgerentscheid teilnehmen
 - an einer genehmigten Demonstration teilnehmen
 - sich direkt an einen Politiker oder eine Politikerin wenden
 - in einer Bürgerinitiative oder einem politisch tätigen Verein mitarbeiten
 - sich in einer politischen Partei engagieren
 - sich an einem Streik beteiligen
 - an einer nicht genehmigten Demonstration teilnehmen
 - bei einem Boykott mitmachen, also bestimmte Waren oder Geschäfte aus politischen Gründen meiden
 - an einer Sitzblockade teilnehmen
 - an einer Besetzung teilnehmen, z. B. eines Hauses, Geländes oder Waldstücks
 - gewaltsamen Widerstand leisten
14. Und haben Sie das bislang schon häufiger oder eher selten getan?
- bei einer Unterschriftensammlung unterschrieben
 - im Internet seine politische Meinung kundgetan
 - an einem Volksbegehren oder Bürgerentscheid teilgenommen
 - an einer genehmigten Demonstration teilgenommen
 - sich direkt an einen Politiker oder eine Politikerin gewendet
 - in einer Bürgerinitiative oder einem politisch tätigen Verein mitgearbeitet
 - sich in einer politischen Partei engagiert
 - sich an einem Streik beteiligt
 - an einer nicht genehmigten Demonstration teilgenommen
 - bei einem Boykott mitgemacht, also bestimmte Waren oder Geschäfte aus politischen Gründen gemieden
 - an einer Sitzblockade teilgenommen
 - an einer Besetzung teilgenommen, z. B. eines Hauses, Geländes oder Waldstücks
 - gewaltsamen Widerstand geleistet
15. Glauben Sie, dass der einzelne Bürger durch seine oder ihre Aktivitäten großen, etwas oder keinen Einfluss auf die Politik nehmen kann?

16. Hatten Sie schon einmal wegen irgendeiner Sache oder Angelegenheit Kontakt mit einem Abgeordneten im Landtag, Bundestag oder Europäischen Parlament oder einem Ratsmitglied?
17. Manche Leute arbeiten ja in ihrer Freizeit ehrenamtlich in einem Verein oder einer anderen Organisation mit. Wie ist das bei Ihnen: Sind Sie in Ihrer Freizeit in einer oder mehreren der folgenden Organisationen oder Vereinen aktiv tätig?

MEHRFACHNENNUNG:

- in einem kulturellen Verein
- in einem Sportverein
- in einer Gewerkschaft oder beruflichen Interessenvertretung
- in einer politischen Partei
- in einer Kirche oder religiösen Vereinigung
- in einer Bürgerinitiative
- in einer anderen Vereinigung oder Gruppe: NOTIEREN

- nichts davon
- weiß nicht/keine Angabe

Themen

18. Für welche Themen aus dem Bereich Politik, Wirtschaft und Gesellschaft interessieren Sie sich persönlich besonders?
19. Ich nenne Ihnen / Sie sehen nun verschiedene Themen aus den Bereichen Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Bitte geben Sie jeweils an, ob Sie sich für dieses Thema bzw. dieses Themenfeld sehr stark, stark, weniger stark oder gar nicht interessieren.
- die Funktionsweise unserer Demokratie und ihrer Institutionen
 - Möglichkeiten der politischen Beteiligung für die Bürger
 - Medien, Medienlandschaft und ihre Veränderungen
 - Schule, Bildung und lebenslanges Lernen
 - Menschenrechte
 - Zeitgeschichte
 - Zuwanderung und Integration
 - Internationale Politik und Europa
 - Wirtschaft und Globalisierung
 - Umwelt und Klimawandel
 - Extremismus und Populismus
 - Antisemitismus
 - Landesgeschichte Nordrhein-Westfalen
 - Genderthemen bzw. Gleichberechtigung

Formen der Ansprache und Formate

20. In Nordrhein-Westfalen bieten verschiedene Institutionen den Bürgern Informationen zu politischen und gesellschaftlichen Themen an. Von welchen der folgenden Institutionen war Ihnen bekannt, dass sie Informationen zu politischen und gesellschaftlichen Themen anbieten?

MEHRFACHNENNUNG:

- Parteien
- Verbände, z. B. Verbraucher- oder Wirtschaftsverbände
- Vereinigungen und Vereine
- Bürgerinitiativen
- Bundeszentrale für politische Bildung
- Landeszentrale für politische Bildung Nordrhein-Westfalen
- Stiftungen
- Bildungswerke und andere freie Träger
- von keiner davon
- weiß nicht/keine Angabe

21. Als Bürger kann man sich auf verschiedene Weise zu politischen und gesellschaftlichen Themen informieren. Welche der folgenden Möglichkeiten, um sich zu politischen und gesellschaftlichen Themen zu informieren, haben Sie selbst schon einmal genutzt?

MEHRFACHNENNUNG:

- Teilnahme an Lesungen
- Teilnahme an Vorträgen und Diskussionsveranstaltungen
- Teilnahme an Workshops
- Bücher bzw. E-Books zu aktuellen Themen
- Filme zu aktuellen Themen
- soziale Medien, z. B. Facebook, Instagram, YouTube, Twitter
- interaktive Angebote wie z. B. Quiz, Escape Game oder Planspiel
- Podcasts
- TV-Formate
- Besuch einer Gedenkstätte oder eines zeitgeschichtlichen Museums
- Besuch einer politischen Theateraufführung
- Teilnahme an Wochenend-/Tagesseminaren
- Sonstiges: NOTIEREN
- nichts davon
- weiß nicht/keine Angabe

22. Welche der folgenden Möglichkeiten könnten Sie sich denn vorstellen, einmal zu nutzen, um sich zu politischen und gesellschaftlichen Themen zu informieren?

MEHRFACHNENNUNG:

- Teilnahme an Lesungen
- Teilnahme an Vorträgen und Diskussionsveranstaltungen
- Teilnahme an Workshops
- Bücher bzw. E-Books zu aktuellen Themen
- Filme zu aktuellen Themen
- soziale Medien, z. B. Facebook, Instagram, YouTube, Twitter
- interaktive Angebote wie z. B. Quiz, Escape Game oder Planspiel
- Podcasts
- TV-Formate
- Besuch einer Gedenkstätte oder eines zeitgeschichtlichen Museums
- Besuch einer politischen Theateraufführung
- Teilnahme an Wochenend-/Tagesseminaren

- nichts davon
- weiß nicht/keine Angabe

23. Haben Sie persönlich schon einmal Informationsangebote der Landeszentrale für politische Bildung Nordrhein-Westfalen genutzt?

FALLS ANGEBOTE DER LZpB NRW GENUTZT

24. Was war das denn genau? Welche Angebote der Landeszentrale haben Sie schon einmal genutzt?

25. Und haben die Informationsangebote der Landeszentrale für politische Bildung Nordrhein-Westfalen alles in allem Ihre Erwartungen erfüllt, nur teilweise erfüllt oder gar nicht erfüllt?

- ja, Erwartungen erfüllt
- teilweise erfüllt
- gar nicht erfüllt
- weiß nicht/keine Angabe

FALLS ANGEBOTE TEILWEISE/GAR NICHT ANSPRECHEND UND HILFREICH

26. Warum haben die Informationsangebote der Landeszentrale für politische Bildung Nordrhein-Westfalen Ihre Erwartungen (teilweise) nicht erfüllt?

3. Soziodemografische Merkmale der Befragten

	%		%
Männer	49	Menschen mit Einwanderungsgeschichte	12
Frauen	51		
14- bis 29-Jährige	21	Konfessionszugehörigkeit:	
30- bis 44-Jährige	21	• evangelisch	33
45- bis 59-Jährige	27	• katholisch	36
60 Jahre und älter	32	• sonstige Religionsgemeinschaft	3
		• konfessionslos	28
Hauptschule	37	Politische Selbsteinschätzung:	
mittlerer Abschluss	22	• Links (1-4)	40
Abitur, Studium	33	• Mitte (5-6)	42
Erwerbstätige	53	• Rechts (7-10)	11
Schüler, Studenten	10	Bundestagswahlabsicht:	
Rentner, Pensionäre	28	• CDU	30
Sonstiges	10	• SPD	15
Selbstständige, Freiberufler*	5	• FDP	3
Beamte	7	• Bündnis 90/Die Grünen	21
Angestellte	69	• Die Linke	4
Arbeiter	12	• AfD	4
Sonstiges	7	• Nichtwählende/Unentschlossene	22
		• Sonstige	2
Haushaltsnettoeinkommen:			
• unter € 2.000	23		
• € 2.000 bis € 3.000	24		
• € 3.000 und mehr	24		

* Basis: Erwerbstätige

